Mitmenschen im Schatten 2011

www.offenes-sachsen.de



"Heim-TÜV" 2011 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften



Mitmenschen im Schatten

"Heim-TÜV" 2011 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften

Soweit in diesem Bericht die männliche Form gebraucht wird, werden Männer und Frauen in gleicher Weise angesprochen. Für einen leichteren Sprachfluss verwenden wir in diesem Bericht den Begriff "Heim" gleichbedeutend mit dem Begriff "Gemeinschaftsunterkunft".

	Inhaltsverzeichnis	3
	Vorwort: Am Anfang war die Transparenz	5
1.	Die Welt der Flüchtlinge	7
1.1	Erst die Menschenwürde! Dann die Ordnungspolitik!	8
1.2	Das System der Unterbringung in Sachsen	10
2.	Der "Heim-TÜV" für sächsische Gemeinschaftsunterkünfte	14
2.1	Unser Ansatz	14
2.2	Unsere Vorgehensweise	15
2.3	Die zehn Faktoren in der Datenerhebung	16
2.4	Das Bewertungsverfahren	16
3.	Ergebnisse unserer Besuche	18
3.1	Ergebnisse geordnet nach den zehn Faktoren	19
3.2	Ergebnisse für die 30 Gemeinschaftsunterkünfte	40
3.3	Erste positive Entwicklungen seit unseren Besuchen	103
4.	Systemische Probleme: Gute Absichten – Ungewollte Konsequenzen	104
4.1	Finanzierung	104
4.2	Unterbringung in Kasernen	105
4.3	Hygiene und Gesundheit	106
4.4	Akkulturation	107
4.5	Bildung	108
4. 6	Sprache	109
4.7	Demokratie leben	110
4.8	Das System den Menschen anpassen – und nicht umgekehrt	111
5.	Systemische Lösungen für eine menschenwürdigere Unterbringung	113
5.1	Verantwortung, Finanzierung und Zuweisung	113
5.2	Sozialarbeit, Sicherheit und Gesundheit	114
5.3	Soziale Inklusion, Bildung und Sprache	115
5.4	Heime und Gesellschaft	118
	Mit Herz gesehen	120
	Nachwort: Unsere gemeinsame Zukunft	121
6.	Anhang	122
6.1	Soziale Inklusionsrechte und -pflichten	122
6.2	"Heim-TÜV" Fragenkatalog 2011	124
6.3	Errechnung der Einschätzung eines Heimes	129
6.4	"Heim-TÜV" Bewertungsschema 2011	130
6.5	"Besondere Bildungsberatung" für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bis 27 Jahre	135
6.6	Unsere Perspektive für die Besuche und Gespräche in den Gemeinschaftsunterkünften	136
	Impressum	1/(0

Vorwort: Am Anfang war die Transparenz

Liebe Leserinnen und Leser,

zu den gesetzlichen Aufgaben des Sächsischen Ausländerbeauftragten gehört die Wahrung der Belange der im Freistaat lebenden Ausländer. Zu ihnen gehören auch Asylbewerber und Geduldete, die in Sachsen überwiegend in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften leben.

Diese Aufgabe kann man im Sinne einer Einzelfallbearbeitung, aber auch systematisch angehen. Dabei braucht man zu allererst Einblick in die Verhältnisse.

Ich habe in den vergangenen anderthalb Jahren alle Gemeinschaftsunterkünfte in Sachsen zweimal besucht. Dabei musste ich feststellen, dass man bei solchen Besuchen schnell Gefahr läuft, abzustumpfen. Nach dem anfänglichen Schock beginnt man, die Verhältnisse für normal zu halten und vor allem für unveränderbar: Weil Verhältnisse eben sind, wie sie sind.

Um jeglicher Abstumpfung entgegenzuwirken und um die Wahrung des Rechts auf eine menschenwürdige Behandlung sicherzustellen, haben wir einen "Heim-TÜV" für die sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte entwickelt.

Es gibt für solche Prozesse in unserer Gesellschaft gute Vorbilder: Ein Beispiel sind die Zustände in den deutschen Pflegeheimen. Bis vor nicht allzu langer Zeit galt ein Heim als ordentlich, wenn seine Bewohner "trocken, sauber und satt" waren. Mittlerweile gibt es einen "Heim-TÜV", der Pflegeheime detailliert einstuft und damit zu verbesserter Pflegequalität geführt hat. Transparenz ist hier die Grundlage für die Verbesserung.



Martin Gillo

Das gilt auch für die Verbesserung der Unterbringungssituation von Asylbewerbern und Geduldeten. Unser "Heim-TÜV" hat es uns ermöglicht, das, was wir vor Ort gesehen haben, systematisch zu erfassen, verbesserungswürdige Zustände zu kennzeichnen und gute Beispiele zu identifizieren. Wir haben die Bewertungen gemeinsam mit den Verantwortlichen besprochen und geben konkrete Anregungen für Verbesserungen. Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse dieser Arbeit vor.

Flüchtlinge sind unsere Mitmenschen, solange sie hier mit uns leben. Diese Haltung ergibt sich aus unserem Grundgesetz. Der Bericht will helfen, diesem Bekenntnis bei der Unterbringung und beim Umgang mit Flüchtlingen gerecht zu werden. Dabei suchen wir nicht nach einzelnen Schuldigen. Wir haben immer das gesamte System im Blick und stellen uns die Frage, wie das System verbessert werden kann, damit alle davon profitieren. Dass dieses Vorgehen erfolgreich ist, zeigen die vielen positiven Veränderungen des vergangenen Jahres, die wir in den Landkreisen und Kommunen bereits vorgefunden haben.

Wichtig ist nun, dass der Weg weiter geht. In Abwandlung von Goethes Faust "Im Anfang war die Tat" würden wir für unseren Bericht sagen: "Am Anfang war die Transparenz".

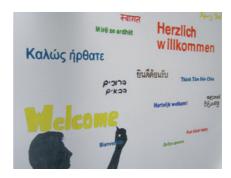
Ihr Martin Gillo.

1. Die Welt der Flüchtlinge

Flüchtlinge sind aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken. Menschen versuchen ihrer tiefen Not zu entkommen, indem sie ihre Heimat unter großen Risiken verlassen.

Viele wollen einer menschenbedrohenden Politik oder einer lebensgefährlich-repressiven Gesellschaft entkommen. Viele fliehen vor Kriegen und wollen ihr Leben retten. Andere werden durch Hungersnöte aus ihrer Heimat vertrieben. Und immer mehr Menschen müssen als Klimaflüchtlinge ihre Regionen verlassen, weil aus fruchtbaren Böden staubige Wüsten oder überschwemmte Landstriche geworden sind. Mehr als 45 Millionen Menschen sehen sich deshalb weltweit gezwungen, woanders als Flüchtlinge eine neue Chance auf Leben zu finden. Drei Viertel von ihnen finden in einem Nachbarland Zuflucht, 80 Prozent der grenzüberschreitenden Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen.1

Auch Europa, die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Sachsen sind von diesen Flüchtlingsströmen betroffen. Und natürlich ist die Zahl der Flüchtlinge zu groß, um sie alle bei uns aufzunehmen. Deshalb hat sich die Europäische Union entschlossen, auf der einen Seite die Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge durch aktive Maßnahmen an seinen Außengrenzen einzu-



dämmen und auf der anderen Seite zu helfen, die Not in den verschiedenen Regionen zu lindern. Die Festungspolitik zeigt Wirkung. Der Flüchtlingsstrom nach Europa ist im Vergleich zu den 90er Jahren wesentlich zurückgegangen. Davon hat auch die Bundesrepublik Deutschland "profitiert".

Die Flüchtlingsströme nach Deutschland fanden 1992 ihren Höhepunkt. Über 400.000 Menschen kamen zu uns und baten um Asyl bzw. um Anerkennung als Flüchtling. Im Jahre 2010 waren es nur noch 10 % von dieser Zahl, also 40.000. Genau 5 % davon kamen nach Sachsen, oder besser gesagt, sie wurden uns über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach dem "Königsteiner Schlüssel" zugeteilt, weil praktisch kaum Flüchtlinge direkt nach Sachsen kommen.

¹ UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR "Global Trends 2010", veröffentlicht im Juli 2011.

² Der Königsteiner Schlüssel legt die Zuweisungsquote der Asylbewerber auf die einzelnen Bundesländer fest. Der Schlüssel geht auf das Königsteiner Abkommen von 1949 zurück, das zur Finanzierung von Forschungseinrichtungen entstanden ist. Die Länderanteile werden jedes Jahr von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) neu berechnet.

Die meisten versuchen, in westdeutschen Städten unterzukommen.

Die Flüchtlinge durchlaufen nach ihrer Ankunft die Verwaltungsprozesse, die über ihre Anerkennung als Flüchtling entscheiden. Eigentlich sollte das innerhalb von 1-2 Jahren abgeschlossen sein. Doch die Praxis sieht anders aus. Nicht wenige von ihnen warten bis zu sieben Jahre oder länger, bis endgültig über ihren Antrag oder Folgeantrag entschieden wird.

Die Statistiken besagen, dass von zehn Asylbewerbern etwa drei wieder gehen und dass drei einen Aufenthaltsstatus bekommen. Vier sind eigentlich ausreisepflichtig, gehen aber nicht zurück. Das sind die Geduldeten. Zwei der vier Ausreisepflichtigen dürfen bleiben, weil sie aus verschiedensten Gründen nicht abgeschoben werden dürfen. Die anderen beiden bleiben, weil sie ihre wahre Identität verschweigen und nach den europäischen Menschenrechtsregeln nicht abgeschoben werden können.

Die Verhältnisse variieren von Jahr zu Jahr. 2010 waren es beispielsweise nicht drei, sondern fünf von zehn, die wieder gegangen sind, wenn man die freiwilligen Rückkehrer und die nach dem Dubliner Übereinkommen³ in die EU-Länder zurückgesendeten Flüchtlinge miteinbezieht.

Die Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das Asylverfahrensgesetz geregelt. Gemäß § 53 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften unterge-

bracht werden. Hierbei sind, so heißt es in § 53 Abs. 1 Satz 2, "... sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen."

Genau an dieser Stelle setzt unser "Heim-TÜV" an. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, den ordnungspolitischen und öffentlichen Interessen gerecht zu werden und den humanitären Ansprüchen zu genügen. Wir wollen sicherstellen, dass die Bedingungen in den Unterkünften den allgemeinen Menschenrechten und unseren eigenen Ansprüchen an eine menschenwürdige Behandlung gerecht werden.

1.1 Erst die Menschenwürde! Dann die Ordnungspolitik!

1992 hat der sogenannte Asylkompromiss in Deutschland zu weitreichenden Änderungen in der deutschen Asylpolitik geführt: Eine Grundgesetzänderung, neue Regelungen zu den Leistungen und Asylverfahren sollten Asylmissbrauch verhindern helfen und sichern, dass nur tatsächlich politisch Verfolgte Asyl bekommen. Mit dieser Strategie wollte man den hohen Flüchtlingszahlen begegnen, denn Deutschland war zu dieser Zeit Hauptaufnahmeland für Flüchtlinge in der EU.

Der Gesetzgeber machte Deutschland unattraktiver für Flüchtlinge in der Hoffnung, die Flüchtlingsströme wenn schon nicht einzudämmen, dann wenigstens innerhalb der EU umzulenken. Diese Vergrämungspolitik war in den vergangenen Jahren insofern erfolgreich, als dass Deutschland heute bei der Zahl der Asylanträge hinter Frankreich und Großbritannien liegt.

³ Das "Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags vom 15. Juni 1990" (Dubliner Übereinkommen) ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es regelt die Verteilung der Zuständigkeit für die Durchführung von Asylverfahren innerhalb der Europäischen Union und ist für alle Mitgliedstaaten am 1. Januar 1998 in Kraft getreten (Bundesministerium des Innern, Stand Oktober 2011).

Nun können Flüchtlinge zwar davon abgehalten werden, sich Deutschland als Zielort zu wählen, aber kaum davon, vor Krieg, politischer Verfolgung oder reiner Not aus ihren Heimatländern zu fliehen. Deshalb dürfte diese Umlenkung an Deutschland vorbei bald ein Auslaufmodell sein; denn Europa hat ein Flüchtlingsproblem, das sich nicht durch einzelstaatliche Umlenkungsversuche lösen lässt. Richtig sind deshalb die gegenwärtigen Bemühungen, die Regeln für den Umgang mit der Unterbringung von Asylbewerbern in Europa weiter anzugleichen.

Kritiker kennzeichnen den Asylkompromiss von 1992 und die daraus entstandenen Gesetze und Regelungen als Strategie der Abschreckung und Vergrämung, die auch deutliche Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Asylbewerber in Deutschland haben. Zu diesen Auswirkungen zählen räumlich isolierte Gemeinschaftsunterkünfte, äußerst beschränkte Inklusionsrechte oder fehlende Zugangsmöglichkeiten zur deutschen Sprache und die latente und selten transparent gemachte Haltung, hinter jedem Asylantrag einen potentiellen Asylmissbrauch zu vermuten – zumindest so lange, bis seine "Unschuld" bewiesen ist.

Hier entsteht der Eindruck, als würden in unserem Umgang mit Asylbewerbern und Geduldeten zwei kaum miteinander vereinbare Strategien gegenüber stehen: Auf der einen Seite steht die gezielte Unattraktivität, die die Menschen soweit entmutigen soll, dass sie unser Land meiden bzw. nach abschlägigem Bescheid verlassen.

Auf der anderen Seite steht unser klares Bekenntnis zum humanen Umgang mit allen bei uns lebenden Menschen. Wir bekennen uns zu Solidarität und zur Beachtung der Menschenwürde aller, auch der der Asylbewerber und Geduldeten. Aus gutem Grund enthält unser Grundgesetz Prinzipien, die menschenrechtseinschränkende Vergrämungsstrategien gegenüber Menschen nicht zulassen.

Auch die Wohlfahrtsverbände Deutschlands beschäftigen sich mit diesem Thema. Zu ihnen gehören z.B. Caritas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt. Sie orientieren ihr Handeln an religiösen und humanitären Überzeugungen. Wenn die Wohlfahrtsverbände das Thema Unterbringung der Asylbewerber in Deutschland aufgreifen,



dann tun sie das also mit der Perspektive jener Werte, die uns am wichtigsten sind.

Die Liga der Wohlfahrtsverbände des Landes Baden-Württemberg e. V. erstellte im Jahr 2009 einen Bericht, in dem sie Standards für eine menschenwürdige und solidarische Unterbringung der Asylbewerber und Geduldeten beschrieben und vorgeschlagen haben:

"Kerngehalt der Menschenwürde ist es, jeden Menschen als Subjekt zu begreifen. Die Menschenwürdegarantie des Art.1 Abs.1 Grundgesetz verbietet es, den Menschen zum bloßen Objekt hoheitlichen Handelns zu degradieren."⁴

Hinter diesem Satz steht die Überzeugung, dass unsere grundgesetzliche Verpflichtung zur Menschenwürde auch bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten in Gemeinschaftsunterkünften Geltung hat: Zuerst kommt die Menschenwürde, dann kommt die Ordnungspolitik.

Deshalb ist unser oberstes Kriterium bei der Beurteilung der Gemeinschaftsunterkünfte das Kriterium der Menschenwürde. Die Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten soll mehr vom Gedanken der Humanität und der sozialen Fürsorge geleitet sein als vom Gedanken der Abschreckung.

Asylbewerber und Geduldete haben ein Recht auf soziale Inklusion in unserer Gesellschaft, so lange sie bei uns leben. Sie sollten die Gelegenheit bekommen, sich als Menschen in unsere Gesellschaft einzubringen, ob als Eltern in der Schule, als Mitglieder in Migrantenbeiräten, gemeinnützigen Vereinen oder anderen Aktivitäten. Das ist nichts Neues – das ist zum großen Teil schon gelebte Praxis. Welche universellen Rechte und Pflichten der sozialen Inklusion Asylbewerber in Deutschland de facto schon haben, beschreiben wir im Anhang unter 6.1.

Auch in Sachsen gibt es gute Beispiele für diese soziale Inklusion. So bekennen wir uns in vorbildlicher Weise zur schulischen Integration für alle Kinder, egal welchen Status ihre Eltern haben mögen. Das gilt auch für die Kinder illegal hier lebender Eltern und ist Konsens der Innenministerkonferenz der Bundesrepublik seit 2010.

Vorbildwirkung entfaltet Sachsen dadurch, dass es den besonderen Bedürfnissen von zweisprachigen Kindern beim Deutschunterricht Rechnung trägt, indem das Fach "Deutsch als Zweitsprache" schulbegleitend angeboten wird, und sich nicht nur auf einen Anfangskurs beschränkt. Auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhalten Unterstützung, damit auch sie eine Chance auf menschenwürdige Behandlung und Entfaltung ihrer Talente bekommen.

Hier handeln wir in klarer Übereinstimmung mit unserem Bekenntnis zur Mitmenschlichkeit. Die gleiche Haltung sollten wir bei der Frage der Unterbringung der bei uns lebenden Asylbewerber und Geduldeten einnehmen.

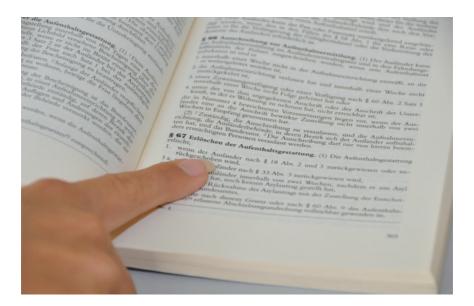
1.2 Das System der Unterbringung in Sachsen

In Sachsen wird die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung von Asylbewerbern nach dem Asylverfahrensgesetz durch das Gesetz zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen geregelt.

Zuständig für die Unterbringung sind das Staatsministerium des Innern als oberste Unterbringungsbehörde, die Landesdirektionen als höhere und die Landkreise und Kreisfreien Städte als untere Unterbringungsbehörden.

Die Landesdirektion Chemnitz verteilt in Abstimmung mit der Landesdirektion Dresden oder Leipzig die aufzunehmenden Ausländer

⁴ Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.: Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen, Stand 2009, Seite 1.



auf die unteren Unterbringungsbehörden.⁵ Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil des jeweiligen Landkreises oder der Kreisfreien Stadt an der Wohnbevölkerung des Freistaates Sachsen errechnet. Der Freistaat Sachsen erstattet den Landkreisen und Kreisfreien Städten die entstehenden Kosten in Form einer Pauschale.⁶ Die Zuordnung der einzelnen Asylbewerber zu bestimmten Heimen erfolgt nach dem Zufallsprinzip.

Aus systemischer Sicht lässt sich die Praxis der Unterbringung als gesellschaftliches System mit Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen und je verschiedenen Aufgaben beschreiben. Alle Akteure tragen mit ihrem Handeln oder Nichthandeln dazu bei, ob die Unterbringung menschenwürdig ist oder nicht. Mindestens vier Gruppen sind hier erwähnenswert:

Die Geldgeber:

Gemeinschaftsunterkünfte müssen finanziert werden. Die finanziellen Aufwendungen sollen eine einfache, funktionelle und sichere Unterbringung ermöglichen, die aber nicht menschenunwürdig sein darf. Was bedeutet das heute in der Praxis?

In vielen Fällen reicht die festgesetzte Pauschale für eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr aus. Der Freistaat Sachsen hat diese Pauschale seit etwa zehn Jahren nicht mehr erhöht. Gleichzeitig steigen die Kosten-Heimbetreiber haben uns eindringlich darauf hingewiesen, dass sich z. B. ihre Erdgaskosten in diesem Zeitraum um 240 % und die Elektrizitätskosten um 170 % erhöht haben.

Die Landkreise und Kreisfreien Städte beteiligen sich mit eigenen Beiträgen an der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber und Geduldeten, beispielsweise durch die

⁵ Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Aufenthaltsgesetz und Asylverfahrensgesetz (SächsAAZuVO) vom 22. Dezember 2008, § 3 Abs. 2.

⁶ Gesetz zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen (SächsFlüAG) vom 25. Juni 2007, §10.

Finanzierung der schulischen Integration der Kinder, durch Beiträge zu Krankheitskosten oder auch durch Zuschüsse für Unterbringung und soziale Betreuung von Asylbewerbern.

Die Heimbetreiber:

Die meisten Heime in Sachsen werden von Drittanbietern betrieben, die nach öffentlichen Ausschreibungen den Zuschlag bekommen haben. Bei den konstanten Mitteln für die Unterbringung wird es trotz steigender Unterbringungskosten nicht überraschen, dass sich bei den Ausschreibungen immer weniger Firmen bewerben, bzw. dass es z. T. überhaupt keine Bieter gibt, bis die Anforderungen herunter- oder die Vergütung heraufgeschraubt werden.

Ebenso wird nachvollziehbar, dass über die Jahre immer mehr Leistungen abgebaut wurden, um kostendeckend zu bleiben. Ergebnis? In vielen Heimen in Dritthand werden die Heimbewohner weitgehend sich selbst überlassen. Mittlerweile müssen sich die Dienstleistungen vieler Betreiber aus Kostengründen im Wesentlichen auf Hausmeisterdienste beschränken.

Da kann der professionelle Wachdienst schnell zur freundlichen Anwesenheit Geringbeschäftigter abgeschwächt werden, die zwar da sind, aber bei Konflikten schnell ihre Tür verschließen können, bis Ruhe eintritt. Es kann sogar dazu kommen, dass nachts niemand mehr da ist.

Einige Heimleiter erwecken den Eindruck, dass sie sich den Provokationen und Bedrohungen durch Bewohner mehr oder weniger wehrlos ausgesetzt fühlen und scheinen darauf mit Resignation zu antworten. Die Ursachen für das Verhalten der Bewohner werden dann nicht mehr hinterfragt, sondern den Bewohnern auf stereotype Art zugeschrieben.

Die Heimbewohner:

Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften werden in sehr unterschiedlichem Maß betreut. Werden sie sich selbst überlassen. kommt es häufig zu negativen Entwicklungen:

- Nur wenige Heimbewohner haben die Möglichkeit, sich sinnvoll zu beschäftigen oder gar zu arbeiten. Die erzwungene Untätigkeit führt deshalb häufig zu einer schleichenden Lähmung der Initiative, zu Depressionen und anderen physischen und psychischen Krankheiten bis hin zu einer gesteigerten Selbstmordneigung unter den Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte.
- Bei anderen führt die fehlende Möglichkeit, sich konstruktiv einzubringen, dazu, dass sie sich auf organisierte Kriminalität oder Schwarzarbeit einlassen und damit unserer Gesellschaft schaden.
- Hohe Frustration und soziale Isolation führen immer wieder zu Zerstörungen von Einrichtungen und Mitteln, die von den Heimbetreibern ersetzt werden müssen. Das kann dann aus Kostengründen zur weiteren Reduzierung der Versorgung führen und das wiederum wieder zu mehr Zerstörung usw.
- Angesichts einer weitgehenden gesellschaftlichen Isolation gehören auch Alkoholismus und Drogenkonsum für eine Reihe alleinstehender Männer zum täglichen Leben in den sächsischen Heimen.
- Gewalt unter den Bewohnern scheint in manchen Heimen keine Seltenheit zu sein, ebenso kommt Gewalt zwischen Heimbewohnern und Heimleitung vor.

Heimbewohner können aber auch konstruktiv auf das Zusammenleben und die Form der Unterbringung einwirken, nämlich dort, wo ihnen die Möglichkeit gegeben wird, das Leben in der Gemeinschaftsunterkunft mitzugestalten und zu bereichern.

Die Gesellschaft:

Auch sie spielt eine erhebliche Rolle in diesem System, denn in der Demokratie hören Politik und öffentliche Verwaltung auf die Wählerinnen und Wähler. Wer Asylbewerber und Geduldete für "Schmarotzer" hält, der will sie möglichst schnell vertrieben wissen, fast egal mit welchen Mitteln – solange diese Mittel nur im Verborgenen bleiben und in

der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigt werden müssen. Schnell können so unsere menschlichen Grundwerte in Frage gestellt werden.

Über die Lebenswirklichkeit der Asylbewerber und Geduldeten ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Schlagzeilen machen zumeist Negativberichte und Informationen über Kriminalität. Deshalb wehren sich Anwohner häufig gegen die Errichtung großer Gemeinschaftsunterkünfte mit über 100 Bewohnern in der eigenen Nachbarschaft. Daraus entsteht der Druck, Heime möglichst weit abgelegen von Ortschaften zu unterhalten. Dieser öffentliche Druck ist bei kleinen Heimen deutlich geringer.

Allerdings tragen auch weit abgelegene Heime zu einer ablehnenden Haltung durch die heimische Bevölkerung bei, denn sie vermitteln die Botschaft, dass es guten Grund dafür gibt, Asylbewerber an den Rand unserer Gesellschaft zu schieben. Die Ressentiments auf der einen Seite schüren die Ressentiments auf der anderen Seite. Die wiederum können die Ressentiments auf der einen Seite erhöhen und so weiter und so fort.

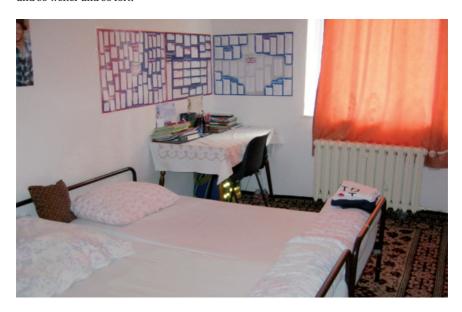
Eine der Chancen zur Verbesserung der Einstellung der Öffentlichkeit zum Umgang mit den Asylbewerbern liegt in einer besseren Kenntnis ihrer Situation, und ein Einsetzen für menschliche Umstände ihres täglichen Lebens. Nicht umsonst ist die Einstellung der Menschen in den großen Städten entspannter als in den ländlichen Regionen – und das, obwohl (oder vielleicht gerade weil) der Anteil der Ausländer in den Städten größer ist als auf dem Land.

Alle tragen Verantwortung

Alle Beteiligten in einem System tragen Mitverantwortung für das System, im Schlechten wie im Guten, manche mehr, manche weniger. Die Betonung liegt allerdings auf dem Wort "alle". Deshalb gibt es auch keine Einzelschuldigen für systemische Fehlentwicklungen.

Wenn wir Probleme in einem System erkennen, dann lohnt sich nur eins: Die Ursachen zu erkennen, sie abzustellen oder zu verändern und dadurch zu den Ergebnissen zu gelangen, die unseren eigenen Werten entsprechen.

13



2. Der "Heim-TÜV" für sächsische Gemeinschaftsunterkünfte

Die folgenden Seiten zeigen unseren methodischen Ansatz, die Vorgehensweise, die Darstellung der Faktoren und das Bewertungsverfahren.

Die Ergebnisse dieses "Heim-TÜVs" stammen aus einer zweiten Runde von Besuchen der sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte. Die erste Runde fand im Jahr 2010 statt. Dabei wurde die Situation in den 30 Heimen des Freistaates Sachsen das erste Mal umfassend protokolliert.

Da es sich um das erste Mal handelte, dass die Situation in den Heimen erfasst und bewertet wurde, sollten die Ergebnisse der ersten Runde nicht öffentlich kommuniziert werden. Sie wurden nur mit den Zuständigen, also den entsprechenden Landräten bzw. Oberbürgermeisterinnen und dem Oberbürgermeister besprochen.

Unsere Rolle entsprach dabei den Aufgaben der "Innenrevision" in der Wirtschaft. Die Innenrevision hat dort die Aufgabe, zu überprüfen, inwieweit das betroffene Unternehmen im täglichen Handeln den Vorgaben des Aufsichtsrates entspricht, und bei Nichteinhaltung auch Verbesserungen anzuregen. Im öffentlichen Bereich haben die Beauftragten für Datenschutz oder Gleichstellung ähnliche Funktionen.

Der Sächsische Ausländerbeauftragte ist Ombudsmann für die Belange der Ausländer im Freistaat. Bei der Einschätzung der Heime haben wir daher zwei Aufgaben aufgegriffen. Die erste ist die Überprüfung der Heime auf humanitäre und menschenwürdige Unter-

bringung, die unseren Standards als Gesellschaft gerecht wird. Unsere zweite Aufgabe war es auch, konkrete Anregungen für Verbesserungen zu machen.

Der ersten Runde des "Heim-TÜVs" folgte, mit einem Jahr Abstand, die zweite. Es war auch vereinbart worden, dass die Ergebnisse der zweiten Runde dem Landtag, der Staatsregierung und der Öffentlichkeit zugängig gemacht würden. Dieses zweistufige Verfahren gab den Landräten und Oberbürgermeistern die Chance, Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich dieses Verfahren bewährt. Wie wir noch berichten werden, gab es eine Reihe von wichtigen Verbesserungen zwischen der ersten und der zweiten Besuchsrunde.

Bei den Besuchen haben uns bis auf wenige Ausnahmen die Vertreter der zuständigen Unterbringungsbehörden, der Sozial- bzw. Ordnungsämter, die Koordinatoren für Migration der zuständigen Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur sowie die zuständigen kommunalen Integrations- und Ausländerbeauftragten begleitet. Außerdem baten wir den jeweiligen Wahlkreisabgeordneten bei dem Besuch mit dabei zu sein.

2.1 Unser Ansatz

Erhebungsinstrument des "Heim-TÜVs" ist ein Fragenkatalog für Gemeinschaftsunterkünfte, der von uns für eine umfassende Einschätzung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und Geduldete entwickelt wurde.

Grundlage der Einschätzungen sind immer beobachtbare Indikatoren, die die Realität der Asylbewerber und Geduldeten im Alltag wiedergeben. Diese Einschätzungen können von Jedem beobachtet bzw. nachvollzogen werden, der mit den Bewohnern, den Betreibern, und auch mit der Unterbringungsbehörde ins Gespräch kommt. Der Fragenkatalog des "Heim-TÜVs" besteht aus 46 Fragen, die in zehn Faktoren gruppiert sind.

Eine angemessene Unterbringung für Asylbewerber und Geduldete in Sachsen lässt sich optimal nur im Dialog mit allen Betroffenen verwirklichen. Deshalb wurde die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften sowohl aus der Sicht und der Wahrnehmung der Betreiber als auch aus der der Asylbewerber erfasst. Wichtige Basisinformationen haben wir vorab von der zuständigen Unterbringungsbehörde eingeholt. Der Fragenkatalog im Anhang unter 6.2 zeigt, welche Fragen wir an welche Gruppe gestellt haben. Die meisten wurden allen drei Gruppen gestellt.

Bei unseren Besuchen standen bewusst die betroffenen Menschen in ihrer alltäglichen Situation, ihre Sicherheit und ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Jede Einschätzung ist eine Momentaufnahme. Sie spiegelt die aktuelle Lebenssituation wider, wie sie am Tag des Besuches vorgefunden wurde. Die Gespräche mit den Beteiligten erfassten aber auch längerfristige Trends.

Grundsätzlich wurde die Datenerhebung von der Bewertung getrennt. Beim Besuch und in den Gesprächen stand ausschließlich die Datenerhebung im Vordergrund. Erst im Nachhinein erfolgte die Beurteilung im Beobachterteam.

Wir haben im Vergleich zur Besuchsrunde im ersten Jahr die Faktoren teilweise verfeinert und weitere Einzelaspekte aufgenommen, um so die zum Teil sehr verschiedenen Heimsituationen fairer bzw. differenzierter erfassen zu können. Dadurch haben wir auch die Trennschärfe verbessert.

Neben der reinen Datenerhebung haben wir in den Heimen mit vielen Heimbewohnern gesprochen und dabei auch eine Vielzahl von Einzelanliegen aufgenommen. Die Einzelfälle haben wir je nach Zuständigkeit an die Unterbringungsbehörde oder die Sächsische Bildungsagentur zur Bearbeitung übergeben und werden deren Bearbeitung nachverfolgen.

Alles was wir tun, kann auch verbessert werden. Das gilt auch für unseren Ansatz. In diesem Sinne werden wir vor unserem nächsten "Heim-TÜV" Experten einladen, um mit uns gemeinsam über Verfeinerungen unserer Methode nachzudenken.

2.2 Unsere Vorgehensweise

Wir kündigten unsere Besuche mit einer sehr kurzen Vorlaufzeit von drei Tagen an, um zu verhindern, dass der Zustand der Unterkunft auf den Besuch hin verändert wurde. Das ist nicht immer gelungen. Häufig haben wir Gemeinschaftsküchen und Sanitäranlagen vorgefunden, in denen es beispielsweise sehr stark nach Reinigungsmitteln roch, oder in denen neue Duschvorhänge befestigt wurden, die noch den üblichen Plastikgeruch der Verpackung und die Verpackungsfalten aufwiesen. Die Bewohner sagten uns dann oft, dass es bis dahin solche Vorhänge nicht gab. Es gab auch Fälle, in denen uns Räume mit neuen und noch ungenutzten Einrichtungsgegenständen oder Freizeitgeräten vorgeführt wurden.

Die Besuche selbst bestanden aus einem Vorgespräch mit den Betreibern, der Kreis- bzw. Stadtverwaltung vor Ort im Heim, und einer anschließenden Besichtigung der Unterkunft und vielen Gesprächen mit anwesenden Bewohnern, die uns auf unsere Bitten hin auch ihre jeweiligen Zimmer bzw. Wohneinheiten zeigten. Außerdem hatten viele Heimbetreiber entsprechend unserer Bitte den Bewohnern unsere Besuche vorher angekündigt und ihnen so ermöglicht, mit uns direkt ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluss an unsere Besuche fanden Einschätzungsgespräche mit den Teilnehmenden statt, an denen neben den Mitgliedern des Teams des Sächsischen Ausländerbeauftragten (SAB) auch die Mitarbeitenden der Landkreis-, Stadt- und Schulverwaltung teilgenommen haben. Dabei wurden die Beobachtungen durchgesprochen und, wenn notwendig, ergänzt. Die Beobachtungen waren damit immer gemeinsame, intersubjektive Ergebnisse auf einer breiten Basis.

Die Ergebnisse der Besuche, die Einschätzungen und unsere Anregungen für Verbesserungen wurden im Anschluss in einem Gespräch mit den zuständigen Landräten und Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern erörtert. Die detaillierten Unterlagen einschließlich aller Notizen und Fotografien stehen den interessierten Landräten und Oberbürgermeistern selbstverständlich zur Einsicht zur Verfügung.

2.3 Die zehn Faktoren in der Datenerhebung

Die Unterbringung der Asylbewerber und Geduldeten haben wir anhand der folgenden zehn Faktoren beurteilt:



 Unterbringung von Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft



2. Sicherheit



3. Betreuung



 Frauen- und Familiengerechtheit



Integration von Kindern



6. Bildungsangebote



7. Mitwirkungsmöglichkeiten



8. Lage und Infrastruktur



Zustand und Umfeld



10. Gesellschaftliche Einbindung

Der Grad der dezentralen Unterbringung von Familien und Frauen im Landkreis oder der Kreisfreien Stadt fließt in die einzelnen Bewertungen nicht mit ein, ist aber wichtig, weil er zeigt, inwieweit von der Möglichkeit der dezentralen Unterbringung von Familien und Anderen im Landkreis bzw. der Kreisfreien Stadt Gebrauch gemacht wird.

Höchste Priorität haben für uns die angemessene Unterbringung und Behandlung von Familien, Alleinerziehenden und Frauen, die innere Sicherheit im Heim sowie die Integration von Kindern. Deshalb werden diese Faktoren in der Bewertung stärker gewichtet.

Jeder Faktor setzt sich aus einer Reihe von Einzelfragen zusammen, die auf beobachtbare Sachverhalte zielen. Zusätzliche Angaben zu den Faktoren finden sich im dritten Kapitel.

2.4 Das Bewertungsverfahren

Jede der 46 Fragen wurde nach einem Bewertungsschema (siehe Anhang 6.4) gemäß unseres Ampelsystems mit rot, gelb oder grün beurteilt. Da jeder der zehn Faktoren

zwischen zwei und sieben Fragen widerspiegelt, haben wir die Einzelwerte für jeden Faktor mittels des arithmetischen Durchschnitts errechnet. Dazu wurden die Farbwerte in Zahlenwerte konvertiert. Rot wurde -1 zugeordnet. Gelb wurde als o und Grün wurde als +1 wiedergegeben.

Die Form erleichtert nicht nur die Errechnung der Durchschnitte, sondern gibt auch deren Konnotationen richtig wieder. Der Wert -1 entspricht unserem Empfinden einer unangemessenen Situation. Im Gegensatz dazu repräsentiert der Wert +1 unser Empfinden der positiven Wertung von "angemessen".

Alle Farbeinschätzungen im Bewertungsverfahren entsprechen der Ampelperspektive. Um die Einzeltrends differenziert wiederzugeben, enthält die graphische Darstellung neben den Farben auch die Werte von -1 bis +1.

Für jeden der zehn Faktoren wurde der Durchschnitt berechnet und die Einstufung vorgenommen. Damit gibt es für jeden Faktor sowohl einen Ampelwert als auch ein numerisches Ergebnis. Eine Einstufung von -0,49 bis +0,49 repräsentiert Gelb. Von +0,5 bis +1,0 ergibt sie Grün. Von -0,5 bis -1,0 führt sie zu Rot.

Für die Einschätzung des Heimes insgesamt wurde ein Gesamtdurchschnitt errechnet. Dabei erhielten die ersten fünf Faktoren eine doppelte Gewichtung im Vergleich zu den letzten fünf. Die Methode dieser Errechnung wird im Anhang unter 6.3 in einem Rechenblatt aufgeführt.

Unser Bericht wird die Ergebnisse der Heimeinschätzung in ähnlicher Art wiedergeben, wie es in der Wirtschaft üblich ist. Dort wird diese Darstellung als "Balanced Scorecard" bezeichnet, weil sie den Führungskräften auch optisch auf einen Blick zeigt, wie es um das Unternehmen steht und wo Veränderungen angesagt sind.

Wichtig ist die farbliche Einschätzung der Heime und der Faktoren. Sie zeigen, wo die dringendsten Verbesserungen angesagt sind.

⁷ Wenn eine Einzelfrage nicht auf eine Unterkunft zutraf, haben wir den Durchschnitt für diesen Faktor unter Weglassung der betreffenden Frage errechnet. Wo der komplette Faktor nicht berechnet werden konnte, wurde er nicht bei der Errechnung des Gesamtdurchschnitts berücksichtigt.

3. Ergebnisse unserer Besuche

Wir sind der Überzeugung, dass Transparenz und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Information der Öffentlichkeit in wichtigen Themen die Einhaltung von Werten, Prinzipien und Regeln erhöht. Die Ergebnisse unserer Besuche haben uns in dieser Überzeugung bestärkt. Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben sich einige Heime in der Gesamteinstufung von Rot auf Gelb und von Gelb auf Grün verbessert. Wir gehen davon aus, dass sich auch zukünftig die Zustände in den Heimen verbessern werden und wir diese Verbesserungen in den kommenden Heimberichten sichtbar machen können.

Vor allem bei der dezentralen Unterbringung lassen sich in einigen Landkreisen deutliche Verbesserungen erkennen. Familien werden verstärkt dezentral untergebracht, so dass wir davon ausgehen können, dass der Prozentsatz der dezentral Untergebrachten in ganz Sachsen gestiegen ist.

Weitere Verbesserungen lassen sich bei der Einbindung der Bewohner in die Gesellschaft erkennen. Vereine kommen jetzt vereinzelt auch in relativ weit abgelegene Heime. Nur wenige Heime verweigern gemeinnützigen Vereinen noch den Zutritt. Auch gibt es Verbesserungen im Angebot von gelegentlichen Sprachkursen und sozialer Betreuung.

Ebenso haben sich Heime im Allgemeinen darin verbessert, dass zumindest einige wenige Bewohner die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten erhalten. Das ist ein erfreulicher Anfang und wir erwarten für die Zukunft, dass solche Arbeitsgelegenheiten vermehrt angeboten werden. Positiv ist auch, dass Sanitäranlagen für Frauen und Männer jetzt meist getrennt sind und einige Unterkünfte renoviert und besser ausgestattet wurden, wie z.B. mit neuen Fenstern, neuem Mobiliar und neuer Kücheneinrichtung.

Mittlerweile haben sich alle Landkreise außer einem für die Bargeldzahlung entschieden. Ein Landkreis hat ganz aktuell von der Magazinverpflegung auf ein Gutscheinsystem gewechselt. Das ist begrüßenswert.

Die folgenden Seiten beschreiben die Einzelergebnisse des "Heim-TÜVs".

Zunächst werden die Gesamtergebnisse des "Heim-TÜVs" entlang der zehn Faktoren vorgestellt. Anhand der erfassten Faktoren zeigen wir gleichzeitig konkrete Verbesserungsmöglichkeiten auf, mit denen man eine bescheidene, aber trotzdem angemessene Unterbringung ermöglichen kann.

Der zweite Teil zeigt die Gesamteinschätzung der Heime nach Gesamtnote sowie die Einschätzung der Heime aus der Summe aller Faktoren.

Anschließend folgen die Einzeleinschätzungen für die 30 Gemeinschaftsunterkünfte. Dabei zeigen wir, wo ein Heim seine Stärken hat und wo Verbesserungen notwendig sind. Für jedes Heim zeigen wir das Gesamtergebnis sowie die Ergebnisse für die zehn Faktoren. Wir haben bewusst auf die Auflistung der Ergebnisse bei jeder der 46 Fragen bei jedem Heim verzichtet. Für die erstmalige Diskussion der Heimsituationen in Sach-

sen im öffentlichen Bereich erschien uns diese Zurückhaltung als angemessen.

Im dritten Teil berichten wir von ersten positiven Entwicklungen in den Gemeinschaftsunterkünften, die bereits nach unseren diesjährigen Gesprächen in den Landkreisen und Städten eingeleitet wurden. Diese Verbesserungen gehen nicht mehr in die Bewertung ein, wir wollen sie aber dennoch nicht unerwähnt lassen.

3.1 Ergebnisse geordnet nach den zehn Faktoren

Gemäß Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Innern von 2001 sollen Asylbewerber und Geduldete dann außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden, wenn dies amtsärztlich aufgrund einer schwerwiegenden Erkrankung zur Besserung des Gesundheitszustandes, zur Ermöglichung der vollständigen Genesung empfohlen oder vorgeschlagen, oder aus humanitären Gründen geboten ist. In einer Protokollnotiz aus dem Jahre 2010 erkannte das Sächsische Innenministerium die Familiensituationen als humanitär an und unterstützt seit dieser Zeit die Entscheidungen der Landkreise und Kreisfreien Städte für eine dezentrale Unterbringung von Familien von Asylbewerbern und Geduldeten im Freistaat Sachsen. Deshalb haben wir uns mit diesem Faktor besonders auf den Grad der dezentralen Unterbringung dieser Gruppe im Landkreis bzw. der Kreisfreien Stadt konzentriert.

Von einer dezentralen Unterbringung profitieren besonders die Kinder der Familien, weil diese Unterbringungsform ihre Integration in den Schulalltag unterstützt. Sie eröffnet ihnen Rückzugsmöglichkeiten, um Schulaufgaben zu erledigen, bietet einen sicheren Lebensraum und ist weniger störanfällig als beispielsweise eine Unterbringung in kasernenartigen Heimen. All das sind Voraussetzungen dafür, dass die gesetzlich vorgeschriebene schulische Integration auch tatsächlich gelingen kann.

Bei dezentraler Unterbringung könnten Kinder beispielsweise auch Klassenkameraden nach Hause einladen und so Kontakte mit gleichaltrigen deutschen Kindern knüpfen. Deutsche Kinder bekämen auf diese Weise einen Einblick in ein Familienleben, das von der Kultur eines anderen Landes geprägt ist. Während unserer Besuche haben wir von keinen deutschen Eltern gehört, die ihre Kinder in eines der Asylbewerberheime hätten gehen lassen. Kinder in Gemeinschaftsunterkünften wachsen daher meist ohne die normalen sozialen Kontakte zu ihren Klassenkameraden auf. Dezentrale Unterbringung vermeidet diese Probleme.

Eine gelingende Bildung für Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten ist letztendlich auch in öffentlichem Interesse, weil sie die jungen Menschen auf ein produktives Leben vorbereitet, sei es hier bei uns in Deutschland oder in ihren Herkunftsländern.

Die dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden hat darüber hinaus einen wichtigen Schutzaspekt, da Frauen und Kinder in Gemeinschaftsunterkünften, in denen überwiegend alleinstehende Männer wohnen, möglichen Übergriffen ausgesetzt sind.

Faktor 1: Unterbringung von Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft

Wenn Familien und Frauen in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, dann ist maßgeblich, wie hoch ihr Anteil gegenüber der gesamten Bewohnerzahl ist. Bei einer besonders geringen Anzahl von Familien in einem mehrheitlich männerbelegten Heim können Familienangehörige, insbesondere Frauen und Kinder, möglichen Übergriffen von allein lebenden Bewohnern ausgesetzt sein.

Ist der Familienanteil in den Heimen dagegen sehr hoch, profitieren Familien voneinander. Ein hoher Familienanteil in der Heimbelegung ermöglicht auch spezifisch familienbezogene Angebote und den Zusammenhalt unter den Kindern und Eltern.

Außerdem werden Familien häufig als ordnungs- und strukturgebender Faktor in Gemeinschaftsunterkünften angesehen. Der Alltag für alleinstehende Männer ohne Aufgaben führt zu einer Verschiebung des Schlaf-WachRhythmus und teilweise auch zu ruhestörendem Verhalten. Bei einer Vielzahl von Familien orientieren sich die alleinstehenden Männer an dem Alltagsgerüst und den Tagesabläufen der Familien, die auch vom Kita- und Schulbesuch geprägt sind. Bei einer geringen Anzahl von Familien verkehrt sich das ins Gegenteil und sie werden von der Vielzahl der Männer und deren Lebensweise unter Druck gesetzt. Ruhestörungen bei Nacht unterbrechen den Schlaf der Kinder und stören ihre Entwicklung.

In jedem Fall ist wichtig, dass bei Anwesenheit von Familien im Heim Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, die auf die besonderen Belange dieser Gruppe eingehen und rechtzeitig möglichen Problemen entgegenwirken können.

Bei der Unterbringung von Familien in Heimen ist es ebenfalls wichtig, dass sich Schulen und hier insbesondere Schulen mit Vorbereitungsklassen⁸ in erreichbarer Nähe⁹ befinden.

- 8 Sächsische Konzeption zur Integration von Migranten, 1. August 2000.
- 9 Die Regelung im Freistaat zur Schulnähe ergibt sich aus dem Landesentwicklungsplan 2003 (Punkt 16.3.1 - Begründung) unter Berücksichtigung der Gehzeiten zur Haltestelle des ÖPNV.

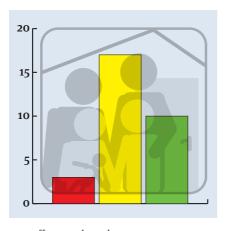
Richtiges Handeln heute

- Familien dezentral oder hohen Prozentanteil an Familien im Heim unterbringen
- Opfer von Gewalt dezentral oder getrennt von Tätern unterbringen
- Schule sollte in erreichbarer Nähe liegen
- Regelmäßig (aufsuchende) Betreuung anbieten, um auf die spezifischen Belange der Frauen und Familien einzugehen

Vermeidet morgen

- Gewaltsame Übergriffe, Belästigungen, Bedrohungen bis hin zu Vergewaltigungen durch alleinstehende Männer
- Physische und psychische Krankheiten und Kosten für medizinische Versorgung sowie Krankenhauskosten
- Soziale Betreuungskosten
- Stress, Schlafstörungen, Angstzustände, Panikattacken, Suizidversuche
- Fehlgeschlagene Integration in die Schule
- Fehlende Schul- und Bildungsabschlüsse

Einschätzung aller Heime nach Faktor 1			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



Das Diagramm zeigt, dass 17 Heime in diesem Faktor gelb bewertet wurden, drei rot und zehn Heime grün. Acht der zehn grünen Heime befinden sich in einer Stadt.

Außerdem wird deutlich, dass in einigen Landkreisen sehr wenige Frauen und Familien in Gemeinschaftsunterkünften leben, was darauf schließen lässt, dass viele von ihnen bereits dezentral untergebracht sind.

Faktor 2: Sicherheit

Mit der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird auch die Verantwortung für die Sicherheit der Bewohner der Unterkunft und indirekt auch für das Umfeld mit übernommen.

Die Sicherheit in den Heimen sollte den gleichen Stellenwert haben wie die Sicherheit im Umfeld. Regeln und Verantwortungsbewusstsein müssen auch im Heim gelten, damit sie von den Bewohnern anerkannt und gelebt werden und sich auch dementsprechend gegenüber ihrer Nachbarschaft verhalten.

Optimal sind Heimgrößen zwischen 50 und 100 Bewohnern, denn sie nehmen schnell den Charakter von ganz normalen Wohnprojekten in Wohnhäusern an. Konflikte lassen sich so schneller erkennen und eindämmen.

Von einer überschaubaren Zahl von Heimbewohnern profitieren nicht nur die Heimbewohner selbst, sondern auch die im Umfeld lebenden Menschen. Erfahrungen in Sachsen zeigen, dass Heime mit Wohnhauscharakter auch für ihre Nachbarschaften wenig Belastung darstellen und weniger Betreuung und Wachdienst benötigen. Auch viele Heimleiter sind sich dessen bewusst.

Ein effektiver Wachdienst ist ein weiterer Sicherheitsfaktor. Wenn Wachdienste täglich Kontroll- und Schutzaufgaben wahrnehmen, kann die tatsächliche Sicherheit der Bewohner gegenüber Übergriffen von außen und innerhalb der Unterkunft gewährleistet werden.

Richtiges Handeln heute

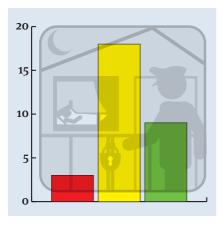
- Heime mit 50 bis 100 Bewohnern belegen
- Wachdienste 24 h am Tag gewährleisten
- Sicherstellen, dass Bewohner über Verhalten im Brandfall instruiert werden
- Sicherstellen der Abschließbarkeit der Wohnungs- und Haustüren
- Bereitstellen von qualifizierten Sozialarbeitern, um der Entwicklung von repressiven Hierarchien entgegen zu wirken
- Positive Einstellung des Heimpersonals gegenüber allen Bewohnern unterstützen

Vermeidet morgen

- Konflikte, die spät erkannt und schwer einzudämmen sind
- Sicherheitsgefährdung der Bewohner und der Heimleitung durch Übergriffe von außen und innen
- Dominanz und repressive Machtausübung durch Hierarchieführer
- Immer wieder auftretende Kosten für Reparatur und Wiederbeschaffung durch Zerstörung und Vandalismus im Heim
- Straftaten mit Folgekosten

- Drogen- und Alkoholkonsum sowie Abhängigkeit
- Physische und psychische Krankheiten sowie Krankenhausaufenthalte
- Fortdauernde Angst des Heimpersonals
- Angstzustände, Panikattacken bis hin zu Suizidversuchen bei den Bewohnern
- Zerstörerisches Verhalten gegen sich selbst, die Heimmitarbeiter, seine Mitbewohner und auch gegen die Öffentlichkeit

Einschätzung aller Heime nach Faktor 2			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



Positiv ist, dass neun Heime mit grün bewertet werden. Allerdings sind immer noch drei Heime rot. Eines davon wird demnächst geschlossen. Die Heime, die in Städten gelegen sind, wurden überwiegend mit grün bewertet.

In roten Heimen gab es beispielsweise trotz hoher Belegungszahlen vor allem nachts keinen Wachdienst, außerdem waren Haustüren nicht abschließbar.

Faktor 3: Betreuung

Soziale Betreuung ist ein wesentliches Kriterium für eine menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten in Gemeinschaftsunterkünften.

Die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften kennen in der Regel bei ihrer Ankunft weder unsere Kultur noch die Regeln des sozialgerechten Verhaltens in Deutschland, Sie sollten sich nicht selbst überlassen bleiben. Qualifizierte Sozialarbeiter, wo vorhanden, helfen den Heimbewohnern, die Anforderungen der deutschen Verwaltung zu erkennen. zu respektieren und ihnen nachzukommen. Sie unterstützen die Betroffenen bei ihren Behördengängen, stehen als Ansprechpartner für alltägliche Fragen zur Verfügung, organisieren Hausaufgabenbetreuung, sie intervenieren und vermitteln auch bei interkulturellen Konflikten. Sie klären die Bewohner über ihre Rechte und Pflichten auf und schaffen Verbindlichkeiten für das Heimleben. Gleichzeitig unterstützen Sozialarbeiter auch die Heimbetreiber bei ihren Aufgaben,

wenn sie beispielsweise Krankheiten und Pflegebedarf erkennen, die richtigen Stellen einschalten, soziale Bedrohungen frühzeitig erkennen und insgesamt für ein konstruktives Miteinander der Bewohner untereinander und mit dem Heimpersonal sorgen. Ihre Aufgaben liegen also zwischen Fürsorge und Empowerment auf der einen, und wichtigen Beiträgen für ein sicheres Heimleben auf der anderen Seite.

Wir halten einen Betreuungsschlüssel von einer Vollzeitstelle pro 100 Bewohner für angemessen. Das ist bundesweit das Mittelmaß. Nach unseren Informationen gelten in den anderen Bundesländern Betreuungsschlüssel von 1:40 bis 1:150.

Wir haben bei diesem Faktor erfasst, ob und wie viel qualifizierte Sozialarbeit in den Heimen angeboten wird, ob ein schriftliches Betreuungskonzept vorliegt und wie sich das Heimpersonal gegenüber den Heimbewohnern während des Besuches verhalten hat.

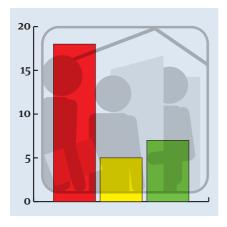
Richtiges Handeln heute

- Erarbeiten eines schriftlichen Konzepts für qualifizierte soziale Betreuung
- Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Supervision und Fortbildung für das Heimpersonal anbieten (vom Umgang mit ansteckenden Krankheiten bis hin zur Information darüber, wer Zugang zu Beruflichen Schulzentren hat)

Vermeidet morgen

- Überforderung des Heimpersonals in seiner Verantwortung, seinen Aufgaben und seinen Möglichkeiten
- Distanziertes, resigniertes und respektloses Verhalten untereinander
- Krankheiten der Heimbewohner und
- damit höhere Krankenkosten
- Straftaten mit Folgekosten
- Vandalismus im Heim
- Unkooperativ erscheinendes Verhalten der Bewohner gegenüber Behörden aus Unkenntnis heraus

Einschätzung al	ler Heime nach Faktor 3	
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung
Bautzen	Kamenz	
	Seeligstadt	
Chemnitz	Furth	
	Schloßchemnitz 1	
	Schloßchemnitz 2	
Dresden	Mickten	
	Friedrichstadt	
	Altstadt	
	Johannstadt	
	Hosterwitz	
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda	
	Schneeberg	
	Venusberg	
Görlitz	Niesky	
Landkreis Leipzig	Thräna	
	Elbisbach	
	Hopfgarten	
	Bahren	
Leipzig	Schönefeld-Ost	
	Grünau-Süd	
Meißen	Weinböhla	
	Radebeul	
Mittelsachsen	Freiberg	
	Striegistal	
	Döbeln	
Nordsachsen	Delitzsch	
	Torgau	
Vogtlandkreis	Plauen	
Zwickau	Zwickau	
	Werdau	



In diesem Faktor werden 18 Heime mit rot, sieben Heime mit grün und fünf Heime mit gelb bewertet. Bis auf ein Heim werden alle Heime, die in diesem Faktor rot bewertet wurden, von Unternehmen oder Privatpersonen geführt.

Die Betreuung liegt vor allem in Städten im grünen Bereich. Nur dort haben wir eine qualifizierte Sozialbetreuung, die nach einem schriftlichen Betreuungskonzept arbeitet, vorgefunden. Die Betreuung bei den privat geführten Heimen beschränkt sich meist auf Reparaturtätigkeiten und Kontrollvorgänge.

Faktor 4: Frauen- und Familiengerechtheit

Frauen und Familien brauchen aufgrund ihrer besonderen Schutz- und Sicherheitsbedürftigkeit eigene Rückzugsmöglichkeiten. Neben der Frage nach dem Anteil der Familien an der Gesamtzahl der Bewohner und dem Vorhandensein spezifischer Unterstützungsangebote, wie sie im Faktor 1 erhoben werden, spielt bei diesem Faktor die Frage der Wohnform eine Rolle.

Eine angemessene Unterbringung ist aus unserer Sicht dann gewährleistet, wenn Wohnraum, Küche und Sanitärbereiche von denen der alleinstehenden Männer getrennt und sicher abschließbar sind. Das ist nicht nur entscheidend für die Sicherheit, sondern gewährleistet ein Mindestmaß an Privatsphäre. Außerdem sind räumlich getrennte Wohneinheiten entscheidend für die Gewährleistung des Kinderschutzes.

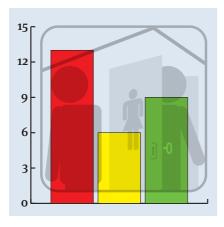
Richtiges Handeln heute

- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen bereitstellen
- Wohnräume bereitstellen, deren Küchen und Sanitärbereiche getrennt von denen der Männer liegen oder sicher abschließbar sind
- Kinderschutz durch räumlich getrennte Wohneinheiten gewährleisten
- Sozialarbeiter bereitstellen, um auf die spezifischen Belange der Frauen und Familien einzugehen

Vermeidet morgen

- Konflikte, die schwer einzudämmen sind
- Physische, psychische, chronische Krankheiten, die unser Gesundheitssystem finanziell auf lange Sicht belasten
- Straftaten und Übergriffe auf Frauen und Familien
- Kindeswohlgefährdungen und Gewalt gegen Kinder

Einschätzung al	ler Heime nach Faktor 4	
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung
Bautzen	Kamenz	
	Seeligstadt	
Chemnitz	Furth	
	Schloßchemnitz 1	
	Schloßchemnitz 2	
Dresden	Mickten	
	Friedrichstadt	
	Altstadt	
	Johannstadt	
	Hosterwitz	
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda	
	Schneeberg	
	Venusberg	
Görlitz	Niesky	
Landkreis Leipzig	Thräna	
	Elbisbach	
	Hopfgarten	
	Bahren	
Leipzig	Schönefeld-Ost	
	Grünau-Süd	
Meißen	Weinböhla	
	Radebeul	
Mittelsachsen	Freiberg	
	Striegistal	
	Döbeln	
Nordsachsen	Delitzsch	
	Torgau	
Vogtlandkreis	Plauen	
Zwickau	Zwickau	
	Werdau	



Insgesamt werden 13 Heime in diesem Faktor mit rot eingestuft, sechs mit gelb und neun mit grün. Zwei Heime werden in die Statistik nicht miteinbezogen, da es dort keine Familien oder alleinstehende Frauen gibt.

Auch hier wird deutlich, dass in einigen Landkreisen und Städten Familien verstärkt dezentral untergebracht werden. Zu einer roten Bewertung kam es zum Beispiel dann, wenn Sanitäranlagen gemeinsam genutzt werden mussten und nicht sicher abschließbar waren.

Faktor 5: Integration von Kindern

Mit diesem Faktor machen wir deutlich, ob und wie Kinder aus Gemeinschaftsunterkünften der Schulpflicht nachkommen und ob sie dabei entsprechend unterstützt werden, beispielsweise durch den vorherigen Besuch eines Kindergartens. Dabei erfassen wir, inwieweit eine Kooperation zwischen Stadt- bzw. Landkreisverwaltung und der Sächsischen Bildungsagentur besteht. Erst eine gute Kooperation mit der Schulaufsicht gewährleistet die zügige Aufnahme einer schulischen Bildung und die Klärung von möglichen Problemen im schulischen Bereich.

Diese Kooperation gewährleistet, dass auch die Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten Zugang zur sog. "besonderen Bildungsberatung" bekommen, die in Sachsen allen Kindern mit Migrationshintergrund angeboten wird und die auf die spezifischen Herausforderungen dieser Kinder eingeht. ¹⁰ Eine Übersicht zum Verfahren dieser "besonderen Bildungsberatung" ist dem Anhang unter 6.5 beigefügt.

Außerdem haben wir erfasst, ob im Heim Hausaufgabenunterstützung für die Kinder angeboten wird. Wegen fehlender Sprachkompetenz der Eltern ist eine Unterstützung bei den Hausaufgaben durch Muttersprachler förderlich.

Der Schutz des Kindeswohls gilt selbstverständlich für alle bei uns lebenden Kinder, auch für die, die noch kein längerfristiges Bleiberecht besitzen. Deshalb bewerten wir auch, ob Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung "sofort nachgegangen wird.

Richtiges Handeln heute

- Kinder in den Kindergarten und in die Schule einbinden
- Bessere Kooperation zwischen Stadt- bzw. Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Unterstützung der Sprachkompetenz anbieten
- Gemeinschaftsraum zur Hausaufgaben-

- betreuung zur Verfügung stellen
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten (auch für Begleitpersonen zum Kindergarten)
- Familien in eigenen Wohneinheiten oder im unmittelbaren Umfeld von anderen Familien zur Sicherstellung des Kinderschutzes unterbringen
- Sofortiges Eingreifen bei Hinweisen auf Gefährdung des Kindeswohls

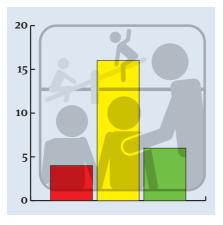
Vermeidet morgen

- Nichteinhaltung der Schulpflicht
- Schwierigkeiten beim Spracherwerb
- Versäumte Integration der Kinder in Kindergarten und Schule und Entfremdung
- der Kinder von der Mehrheitsgesellschaft
- Probleme im schulischen Bereich
- Gefährdung des Kindeswohls durch
 Übergriffe von innen oder außen

¹⁰ Sächsische Konzeption zur Integration von Migranten vom 1. August 2000, § 7 Abs.4 Schulordnung der Mittel- und Abendmittelschule vom 11. Juli 2011.

¹¹ Einschalten des Jugendamtes für Maßnahmen nach § 8a Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe.

Einschätzung aller Heime nach Faktor 5			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



In diesem Faktor liegen 16 Heime im gelben Bereich, sechs sind grün und nur vier rot. Das zeigt, dass die Schulpflicht weitestgehend gut umgesetzt wird.

Vier Heime werden nicht bewertet, da es keine Kleinkinder und Kinder im schulpflichtigen Alter gibt.

29

Faktor 6: Bildungsangebote

Zur Bildung gehören deutsche Sprachkenntnisse. Sie sind sowohl für den Umgang der Bewohner untereinander als auch für die Kommunikation mit Nachbarn und Behörden wichtig. Deshalb beziehen wir in unsere Bewertung auch ein, ob den Bewohnern in der Gemeinschaftsunterkunft oder im Umfeld Sprachlernangebote über Vereine o. Ä. gemacht werden, und ob sie darüber regelmäßig informiert werden.

Einen weiteren Fokus legen wir auf die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 18 und 27 Jahren. Diese haben entsprechend der Sächsischen Konzeption zur Integration von Migranten vom 1. August 2000 die Chance auf Fortführung ihrer mitgebrachten Bildung. An Beruflichen Schulzentren werden spezielle Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten eingerichtet, die die sprachlichen Grundlagen für die Aufnahme einer berufli-

chen Ausbildung oder die Erlangung eines Schulabschlusses vorbereiten. Deshalb haben wir den Anteil derjenigen in dieser Altersklasse erhoben, die ein Berufliches Schulzentrum besuchen. Außerdem haben wir erfasst, inwieweit sie über die Angebote informiert, und ob und wie sie bei den Wegen zu den Beruflichen Schulzentren unterstützt werden.

Kinder erlernen die deutsche Sprache meist schnell im Schulunterricht und im Kontakt mit ihren deutschen Mitschülern. Dennoch haben sie als Fremdsprachler mehr Schwierigkeiten als deutschsprachige Kinder. Da ihre Eltern oft keinen Zugang zu regulärem Deutschunterricht erhalten, sind sie ihren Kindern dort unterlegen und können sie nicht unterstützen. Wenn Kinder gutes Deutsch sprechen, aber die Eltern nicht, kann es zu einer gefährlichen Verschiebung des Einflusses in der Familie kommen.

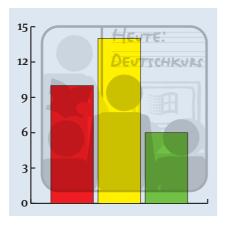
Richtiges Handeln heute

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um Besuch von Berufl. Schulzentren zu gewährleisten
- Zugang zu Bildungsangeboten in erreichbarer Nähe des Heimes vermitteln
- Ausbau der mitgebrachten Kompetenzen ermöglichen

Vermeidet morgen

- Weite Entfernungen verursachen höhere Kosten für die Fahrtwege zur Bildung
- Schwierigkeiten beim Spracherwerb
- Schlechte Beherrschung der deutschen Sprache
- Fehlende Integration in die Gesellschaft
- Arbeitslosigkeit bei denen, die bleiben
- Verlust der mitgebrachten Kompetenzen durch fehlende Praxis
- Ressentiments gegenüber der einheimischen Bevölkerung

Einschätzung al	ler Heime nach Faktor 6	
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung
Bautzen	Kamenz	
	Seeligstadt	
Chemnitz	Furth	
	Schloßchemnitz 1	
	Schloßchemnitz 2	
Dresden	Mickten	
	Friedrichstadt	
	Altstadt	
	Johannstadt	
	Hosterwitz	
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda	
	Schneeberg	
	Venusberg	
Görlitz	Niesky	
Landkreis Leipzig	Thräna	
	Elbisbach	
	Hopfgarten	
	Bahren	
Leipzig	Schönefeld-Ost	
	Grünau-Süd	
Meißen	Weinböhla	
	Radebeul	
Mittelsachsen	Freiberg	
	Striegistal	
	Döbeln	
Nordsachsen	Delitzsch	
	Torgau	
Vogtlandkreis	Plauen	
Zwickau	Zwickau	
	Werdau	



In diesem Faktor werden insgesamt zehn Heime mit rot bewertet, 14 mit gelb und sechs mit grün. Die Heimbewertungen innerhalb eines Kreises fallen ähnlich aus, weil für diesen Faktor grundsätzliche Entscheidungen des Landkreises zum Tragen kommen. Ausschlaggebend für eine rote Bewertung in fast allen Heimen ist die unzureichende Vermittlung der Berechtigten zwischen 18 und 27 Jahren.

Generell kann man hier sagen, dass in Städten bessere Vermittlungschancen bestehen.

Faktor 7: Mitwirkungsmöglichkeiten

Die Bundesrepublik ist eine Gesellschaft mit den Werten einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese Werte müssen vermittelt und geübt werden. Wer aus einem nochnicht-demokratischen Land kommt, der profitiert davon, wenn er Demokratie erlernt und praktiziert. Demokratie garantiert allen Menschen gleichen Einfluss auf Entscheidungen. Die Wichtigkeit und die Vorteile dieses Prinzips erkennt man allerdings erst in der Praxis.

Gemeinsam getroffene Entscheidungen werden von allen getragen und auch verteidigt. Bei Bewohnern eines Heimes, in dem es einen Heimbeirat gibt, wird aus einem den Menschen fremden Heim "unser gemeinsames Heim", für das man auch etwas zu tun bereit ist. Vandalismus in einem demokratisch organisierten Heim ist immer auch ein Angriff auf die Bewohner selbst und wird von ihnen sanktioniert. Mitwirkungsmöglichkeiten für Heimbewohner sind aus diesem Grund kein Luxus, sondern wichtige Angebote. Sie helfen, Zerstörungen in den Heimen zu minimieren. Und die Bewohner lernen, wie demokra-

tische Gesellschaften leben und können diese Prinzipien auch später praktizieren.

Bei diesem Faktor haben wir deshalb erhoben, wie die Bewohner in Heimabläufe einbezogen werden. Die Einrichtung eines Heimbeirates ist eine Möglichkeit. Eine andere sind die Arbeitsgelegenheiten nach Asylbewerberleistungsgesetz, die eben nicht nur dazu da sind, sich mit 1,05 € pro Stunde das Taschengeld aufzubessern, sondern auch ein wichtiger Bestandteil für ein angemessenes Unterbringungskonzept. Dazu gehört auch, dass die Bewohner über diese Möglichkeiten adäquat informiert werden.

Wir haben auch die Form der Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung unter diesem Faktor erfasst. Wir verstehen die Versorgung in Form von Bargeld (oder zumindest in Gutscheinform) als Möglichkeit für die Asylbewerber und Geduldeten, Eigenverantwortung zu praktizieren. Auch das ist ein Bestandteil einer menschenwürdigen Unterbringung.

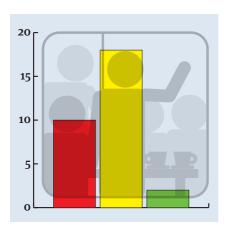
Richtiges Handeln heute

- Bewohner in Heimabläufe einbeziehen
- Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG schaffen
- Einrichtung eines aktiven Heimbeirates
- Erhalt von Bargeld statt Magazin oder Gutscheine ermöglichen

Vermeidet morgen

- Unverständnis und Widerstand gegenüber unseren demokratischen Prozessen und den Werten verantwortlichen Verhaltens
- Nichtakzeptanz demokratischer Strukturen
- Verantwortungslosigkeit gegenüber der Gemeinschaft
- Fehlende Sprachkenntnis
- Unfähigkeit mit einem geringen Geldbetrag einen Monat auszukommen – Beschaffungskriminalität
- Ressentiments gegenüber Einheimischen
- Vandalismus

Einschätzung aller Heime nach Faktor 7			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



In diesem Faktor sind zehn Heime mit rot bewertet, 18 gelb und nur zwei Heime werden mit grün bewertet. Nur in einem Heim arbeitet ein Heimbeirat. In einigen Heimen wird bereits darüber nachgedacht, einen Heimbeirat einzurichten.

Dabei gibt es aber spezifische Probleme zu lösen, z.B. der Umgang mit der Fluktuation im Heim und der Sprachenvielfalt der Bewohner.

Faktor 8: Lage und Infrastruktur

Wo sollen Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Geduldete am besten gelegen sein? Wer die Bevölkerung fragt, der hört oft: "Nicht bei mir". Wer die Heimbewohner fragt, der bekommt gesagt: "Bitte in großen Städten". Dabei zeigt die Erfahrung in den Städten und bei der dezentralen Unterbringung, dass es Lösungen gibt, die sowohl im Interesse der Öffentlichkeit, als auch im Interesse einer menschenwürdigen Unterbringung liegen.

Dieser Faktor zielt deshalb auf die Möglichkeiten für die Heimbewohner zur sozialen Inklusion und zum konstruktiven Verhalten inmitten unserer Gesellschaft. Dazu gehört die Nähe der Unterkunft zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Sie kann ausschlaggebend für die Möglichkeiten der Bewohner sein, sich ehrenamtlich zu betätigen, Bildungs-

angeboten wahrzunehmen oder am soziokulturellen Leben teilzunehmen. Je weiter die Gemeinschaftsunterkunft vom ÖPNV entfernt liegt, je weiter die Infrastruktur entfernt ist und je ausgedünnter die Verbindungen sind, desto größer ist die Gefahr der sozialen Isolation. Und soziale Isolation kann mit der Zeit zu antisozialem Verhalten führen.

In diesem Faktor erfassen wir auch, wie erreichbar Ausländerbehörden, Migrationsberatung, Ärzte oder z.B. Einkaufsmöglichkeiten sind. Bei einem Taschengeld von 10−40 € monatlich sind die Möglichkeiten für die Nutzung des ÖPNV sehr eingeschränkt. Uns interessierte deshalb, ob und wie die Kommunen die Mobilität der Bewohner der Heime möglicherweise unterstützen.

Richtiges Handeln heute

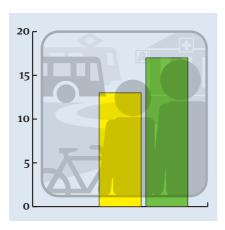
- Ortsnahe, zentrale Gemeinschaftsunterkünfte in Form von Wohnhäusern schaffen
- ÖPNV, Schule, Kita und Einkaufmöglichkeiten in erreichbarer Nähe beachten
- Angemessene Infrastruktur für ein Mindestmaß an Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beachten
- Wichtige Behörden und Migrationsberatungsstellen in erreichbarer Nähe beachten
- Möglichkeit zu Kontakten und Gesprächen mit Menschen schaffen, die die eigene Herkunftssprache sprechen
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen

Vermeidet morgen

- Fremdenfeindlichkeit auf allen Seiten
- Angst von Seiten der einheimischen Bevölkerung
- Angst von Seiten der Bewohner das Heim zu verlassen
- Fehlende Kontakte zu Vereinen oder fehlende Möglichkeiten zum Ehrenamt
- Uneigenständigkeit der Bewohner

- Abgrenzung von und Unverständnis gegenüber der einheimischen Bevölkerung
- Nichtakzeptanz demokratischer Strukturen
- Soziale Isolation, Depression bis hin zu Suizidversuchen
- Klassenkameraden und Freunde werden nicht ins Heim eingeladen oder sie getrauen sich nicht, in Heime zu kommen

Einschätzung aller Heime nach Faktor 8			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



Auffallend positiv ist, dass keines der Heime in diesem Faktor mit rot bewertet wird. Insgesamt werden 17 Heime mit grün bewertet und 13 Heime mit gelb.

Ausschlaggebend für eine positive Bewertung ist meist die Entfernung oder die Häufigkeit des ÖPNV.

Faktor 9: Zustand und Umfeld

Besonders in Gebäuden mit Kasernencharakter sind die Gefahren für repressive Hierarchien und Gewalt groß, wenn die Bewohner im Wesentlichen sich selbst überlassen bleiben. Sozialarbeit kann diese Gefahr eingrenzen, indem sie unsere Werte verständlich vermittelt, dadurch die Akzeptanz von Regeln und Normen erhöht und darüber beispielsweise auch einen sorgfältigen Umgang mit den zur Verfügung gestellten Einrichtungsgegenständen fördert.

Die Ausstattung des Heimes sollte angemessen, sicher und funktional sein. Die Sanitäranlagen sollten ebenfalls funktional, sauber gehalten und sicher abschließbar sein.

Zu einer menschenwürdigen Unterbringung gehört außerdem die Einhaltung von Mindeststandards im Bereich Hygiene. Schimmelbefall und Schädlinge sind keine Nebensächlichkeiten, sondern gesundheitsschädlich und außerdem eine gravierende emotionale Belastung für diejenigen, die beispielsweise mit Schädlingsbefall leben müssen.

Für dieses Mindestmaß an Hygiene müssen natürlich alle Beteiligten zusammenarbeiten und eine regelmäßige Überprüfung muss gewährleistet werden.

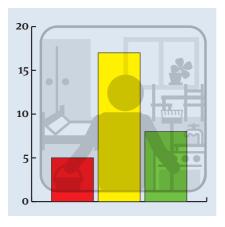
Richtiges Handeln heute

- Wohnplatte oder kleinere Wohnplatte schafft eine angemessene Atmosphäre
- Mit adäquatem, sicherem und funktionalem Mobiliar ausstatten
- Vollständig mit Wohnmöbeln ausstatten
- Mit funktionalen, sauber gehaltenen und sicher abschließbaren Sanitäranlagen ausstatten
- Funktionalen baulichen Zustand beachten
- Für ausreichende Beheizung entsprechend der Außentemperatur sorgen
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schimmelund Schädlingsbefall einleiten

Vermeidet morgen

- Schlechten Umgang mit Wohnmöbeln und Verwahrlosung
- Vandalismus
- Aggressionen zwischen Personal und Bewohnern
- Hohe Instandhaltungskosten aufgrund von Zerstörung des Mobiliars
- Hohe soziale Betreuungskosten
- Hohe soziale Spannungen im Heim und Umfeld
- Krankheitskosten durch Gesundheitsschädigungen
- Teure Maßnahmen zur Schimmel- und Ungezieferbeseitigung

Einschätzung aller Heime nach Faktor 9			
Landkreis / Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



Insgesamt haben wir 17 Heime gelb, fünf rot und acht grün bewertet. Vielfach fanden wir Militärbetten und Militärspinde vor, die Ausstattung und die Sanitärbereiche sind teilweise sehr alt.

Schimmel und Schädlinge wurden teilweise vom Personal lediglich auf fehlerhaftes Verhalten der Bewohner zurückgeführt, auch wenn wir von einem massiven Schädlingsbefall ausgehen mussten.

Faktor 10: Gesellschaftliche Einbindung

Auch Asylbewerber und Geduldete sind unsere Mitmenschen und haben entsprechende universale soziale Inklusionsrechte und -pflichten. Wir wollen, dass sie unsere Wertegemeinschaft kennen- und respektieren lernen. Das ist im sozialen Vakuum nicht möglich. Dazu bedarf es der gesellschaftlichen Einbindung.

Angebote von Vereinen in den Gemeinschaftsunterkünften sind hier ein erster und wichtiger Schritt. Dabei handelt es sich meist um beratende Angebote, aber auch um kulturelle oder Bildungsangebote wie z. B. Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe oder Bildungspatenschaften.

Darüber hinaus haben wir bei diesem Faktor erfragt, inwieweit Möglichkeiten an die Heimbewohner herangetragen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren, in Vereinen mitzuarbeiten oder beispielsweise in Sportvereinen mitzumachen. Möglichkeiten der aktiven Einbindung gibt es beispielsweise auch bei gesellschaftlichen Projekten, wie dem "Markt der Kulturen" oder Sommerfesten.

Solche Möglichkeiten zeigen auch unserer Bevölkerung, dass Asylbewerber und Geduldete unsere Mitmenschen sind, dass wir sie als Menschen respektieren und dass wir erwarten, dass sie in gleichem Maße auch uns und unsere Gesellschaftsordnung respektieren. Wenn wir die Integrationsfähigkeit der Asylbewerber und Geduldeten erhalten wollen, dann kommt diesem Faktor eine besondere Bedeutung zu.

Richtiges Handeln heute

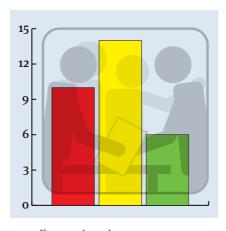
- Vereine besuchen regelmäßig die Gemeinschaftsunterkunft oder holen die Bewohner zu ihren Programmen und Aktivitäten ab
- Bewohner in Ehrenamt vermitteln und ihre persönliche Entwicklung fördern
- Bewohner ermutigen, sich in Projekte oder Veranstaltungen einzubringen
- Möglichkeit der sportlichen Betätigung und somit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung bieten

Vermeidet morgen

- Isolation und Depression
- Ressentiments gegenüber der einheimischen Bevölkerung
- Keine Kontakte zu Vereinen, ins Ehrenamt oder in Projekte
- Nichtakzeptanz demokratischer Strukturen

- Uneigenständigkeit der Bewohner
- Soziale Isolation, Depression bis hin zu Suizidversuchen
- Angst und Ablehnung von Seiten der einheimischen Bevölkerung
- Repressive Hierarchien und Gewalt in der Gemeinschaftsunterkunft

Einschätzung aller Heime nach Faktor 10			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		



In diesem Faktor sind insgesamt zehn Heime rot, 14 gelb und sechs grün. Im Vergleich zu unseren letzten Besuchen wird zunehmend versucht, Vereine mit in die Gemeinschaftsunterkunft einzubeziehen, teilweise werden die Bewohner abgeholt.

Deutlich erkennbar ist, dass in vier Landkreisen, kaum Einbindung in das öffentliche Gemeinschaftsleben erfolgt.

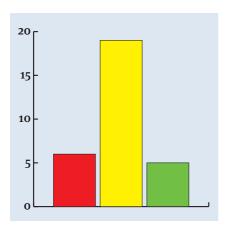
3.2 Ergebnisse für die 30 Gemeinschaftsunterkünfte

Diese Übersicht zeigt eine Rangliste der von uns bewerteten Heime nach ihrer Gesamtnote. Außerdem werden die Heime gezeigt, die voraussichtlich Ende dieses Jahres bzw. Anfang 2012 geschlossen werden sollen.

Einsc	Einschätzung nach Gesamtnote				
Rang	Landkreis/Stadt	Unterkunft	Note	Schließung	
1	Chemnitz	Schloßchemnitz 2	0,92		
2	Chemnitz	Furth	0,87		
3	Dresden	Friedrichstadt	0,80		
4	Leipzig	Grünau-Süd	0,73		
5	Chemnitz	Schloßchemnitz 1	0,67		
6	Dresden	Mickten	0,37		
7	Dresden	Altstadt	0,37		
8	Dresden	Johannstadt	0,35		
9	Zwickau	Zwickau	0,27		
10	Zwickau	Werdau	0,27		
11	Leipzig	Schönefeld-Ost	0,23		
12	Erzgebirge	Aue-Alberoda	0,23		
13	Mittelsachsen	Striegistal	0,10		
14	Vogtland	Plauen	0,08		
15	Dresden	Hosterwitz	0,03		
16	Mittelsachsen	Döbeln	-0,14		
17	Erzbgebirge	Venusberg	-0,17		
18	Mittelsachsen	Freiberg	-0,19	•	
19	Erzgebirge	Schneeberg	-0,23	•	
20	Görlitz	Niesky	-0,25		
21	Meißen	Weinböhla	-0,27		
22	Landkreis Leipzig	Bahren	-0,37		
23	Nordsachsen	Delitzsch	-0,47		
24	Landkreis Leipzig	Hopfgarten	-0,48		
25	Bautzen	Kamenz	-0,50		
26	Meißen	Radebeul	-0,50		
27	Bautzen	Seeligstadt	-0,51	•	
28	Landkreis Leipzig	Thräna	-0,51		
29	Landkreis Leipzig	Elbisbach	-0,54		
30	Nordsachsen	Torgau	-0,60	•	
	Sächs. Schweiz-Osterzgebirge 12	Langburkersdorf			

¹² Einschätzung von 2010. Wegen eines Brandes konnte 2011 nicht bewertet werden.

Gesamteinschätzung aus der Summe aller Faktoren			
Landkreis/Stadt	Unterkunft	Bewertung	
Bautzen	Kamenz		
	Seeligstadt		
Chemnitz	Furth		
	Schloßchemnitz 1		
	Schloßchemnitz 2		
Dresden	Mickten		
	Friedrichstadt		
	Altstadt		
	Johannstadt		
	Hosterwitz		
Erzgebirgskreis	Aue-Alberoda		
	Schneeberg		
	Venusberg		
Görlitz	Niesky		
Landkreis Leipzig	Thräna		
	Elbisbach		
	Hopfgarten		
	Bahren		
Leipzig	Schönefeld-Ost		
	Grünau-Süd		
Meißen	Weinböhla		
	Radebeul		
Mittelsachsen	Freiberg		
	Striegistal		
	Döbeln		
Nordsachsen	Delitzsch		
	Torgau		
Vogtlandkreis	Plauen		
Zwickau	Zwickau		
	Werdau		

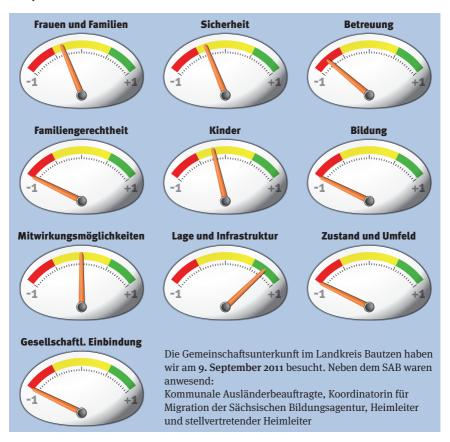


Insgesamt haben wir 2011 sechs Heime mit rot bewertet, 19 mit gelb und fünf mit grün. Dabei liegen alle grünen Heime in einer Stadt. Drei der rot bewerteten Heime sollen geschlossen werden.

Auffallend ist, dass sich die meisten Heime im gelben Bereich befinden. Wünschenswert wäre die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen positiven Ansätze und der Austausch zwischen den Heimen untereinander.

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Bautzen – Kamenz

Das Gebäude ist ein fünfstöckiger Kasernenplattenbau, abgewohnt und stark abgenutzt. Die Einrichtung ist alt und die Tapete löst sich von den Wänden. Es gibt keine qualifizierte Sozialarbeit und zwischen den Bewohnern herrscht ein hohes Aggressions- und Frustrationspotential. Die Unterkunft wird voraussichtlich im März 2012 geschlossen. Die Bewohner sollen dann in einer ehemaligen Polizeikaserne untergebracht werden.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Sicherstellen, dass adäquates Personal in der Gemeinschaftsunterkunft präsent ist
- Mehr räumlich getrennte Wohneinheiten für Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Abschließbarkeit der Duschkabinen sicherstellen
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen

- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Unterstützung bei der eigenständigen Mobilität im alltäglichen Leben anbieten
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schimmelbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

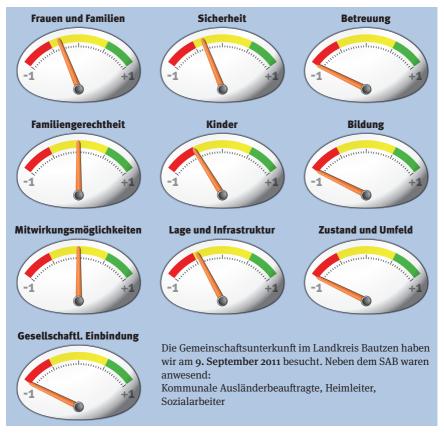
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Bewohner haben über Arbeitsgelegenheiten die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

43

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Bautzen – Seeligstadt

Die Unterkunft befindet sich mitten im Wald, abseits von der Durchgangsstraße. Die Gemeinschaftsunterkunft ist eine ehemalige Militäranlage bestehend aus Heizgebäude, Betriebsgebäuden, Wachhaus und drei einstöckigen Baracken. Die Wohnbaracken sind vollständig abgewohnt und verwahrlost.

Die Bewohner wurden von einem Mitarbeiter unhöflich und respektlos behandelt. Es gibt Übergriffe innerhalb der Unterkunft, sowohl auf Sachen als auch auf Menschen. Die Unterkunft wird voraussichtlich März 2012 geschlossen. Die Bewohner sollen daraufhin in einer ehemaligen Polizeikaserne untergebracht werden.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung der Familien und Alleinstehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schimmel- und Schädlingsbefall einleiten
- Heizung bei Sinken der Außentemperatur unabhängig vom Kalender einschalten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

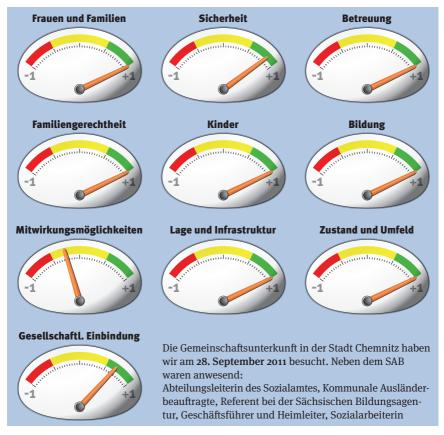
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Schule liegt in erreichbarer Nähe
- Bewohner haben über Arbeitsgelegenheiten die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren

45

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Chemnitz – Furth

Die Gemeinschaftsunterkunft ist zentral im städtischen Wohngebiet in einer großen Wohnplatte im Stil WBS 70 untergebracht. Der Bau befindet sich in einem einfachen, aber funktionalen Zustand mit adäquater und ordentlicher Ausstattung.

Es wurde uns von keinen Spannungen und repressiven Hierarchien berichtet.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Auch Berechtigte zwischen 24 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Aktiv auf die Bewohner ggf. mit Dolmetscher zugehen, damit jeder Bewohner die Sozialarbeiterin kennt

Positive Aspekte:

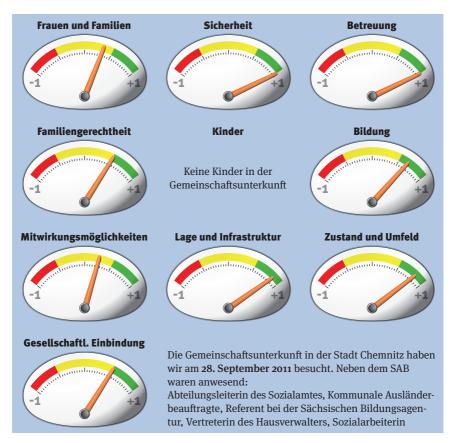
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- · Sozialarbeiter ist ganztägig anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Anzahl der Sozialarbeiter stimmt mit dem Betreuungsschlüssel überein
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"

- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Mobilität der Bewohner wird durch die Ausgabe von gespendeten Fahrrädern unterstützt
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten und in Vereinen mitzuwirken (z. B. Bühnenprojekt)

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Chemnitz – Schloßchemnitz 1

Die Gemeinschaftsunterkunft befindet sich im städtischen Umfeld. Das Gebäude ist ein ehemaliger Gasthof, der von innen und außen renoviert wurde. Der Bau ist funktional und mit einer einfachen Grundausstattung an Wohnmöbeln versehen.

Es gibt neue Sanitäranlagen. Es wurde uns von keinen Straftaten, Spannungen oder repressive Hierarchien berichtet. Der Umgang mit den Bewohnern ist respektvoll.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung der Frauen und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Auch Berechtigte zwischen 24 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren

- Abschließbarkeit der Türen vom Frauenstockwerk ins Treppenhaus sicherstellen
- Getrenntes Stockwerk für Frauen beibehalten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen: Angebote zur wohnlicheren Gestaltung der Zimmer und des Gemeinschaftsbereiches schaffen

Positive Aspekte:

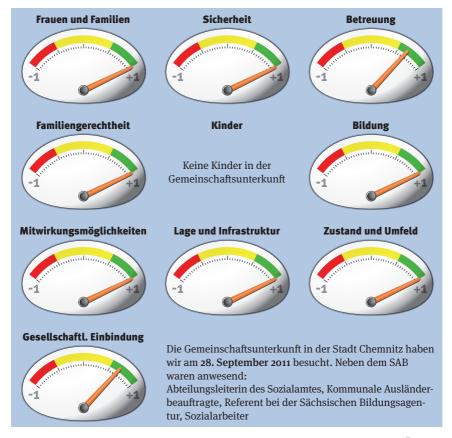
- Schule liegt in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist ganztägig anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Anzahl der Sozialarbeiter stimmt mit dem Betreuungsschlüssel überein
- Vereine bieten kostenlose Sprachkurse an
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren

- Bewohner werden in Heimabläufe und Aktivitäten einbezogen
- Mobilität der Bewohner wird durch die Ausgabe von gespendeten Fahrrädern unterstützt
- Ausländerbehörde, ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Chemnitz – Schloßchemnitz 2

Die Bewohner leben in einem normalen Wohngebäude in der Stadt. Das Wohnprojekt ist eine Kombination von Unterbringung und Bürgerbüro (Beratung, Projekte und Angebote) im selben Gebäude.

Eine eigenständige und selbstständige Lebensführung wird durch Sozialarbeiter, Sozialamt und Heimbeirat gefordert und gefördert. Das Auftreten der Mitarbeiter gegenüber den Bewohnern ist positiv und freundlich.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Anzahl der Arbeitsgelegenheiten erhöhen, um die Möglichkeit zu geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Auch Berechtigte zwischen 24 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

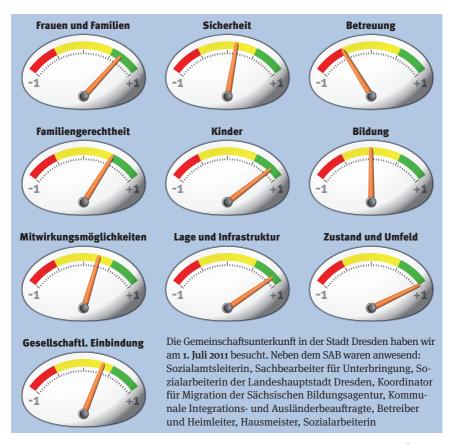
Positive Aspekte:

- Unterkunft besteht ausschließlich aus Wohnungen und kann als "Wohnprojekt" bezeichnet werden
- Schule liegt in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist einmal in der Woche und nach Bedarf anwesend
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Familien und Frauen leben in Wohnungen, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Heimbeirat fungiert als Selbstverwaltungsgremium
- Mehrere gewählte Heimbewohner arbeiten zusammen im Beirat, um Sauberkeit und Sicherheit hausintern zu organisieren und das Zusammenleben zu gestalten
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren

- Bewohner bekommen durch individuelle Gestaltung der Wohnungen die Möglichkeit im täglichen Heimleben mitzuwirken
- Mobilität der Bewohner wird durch die Ausgabe von gespendeten Fahrrädern unterstützt
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten und in Vereinen mitzuwirken

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Dresden – Mickten

Die Unterkunft ist ein zentral gelegenes Wohnhaus mit Wohneinheiten. Das Haus fällt im Vergleich zum Vorjahr durch wesentliche Verbesserungen der Wohnungen und der Ausstattung auf. Das Verhältnis zwischen den Bewohnern und dem Personal wirkt entspannt. Eine Größe von 50 Bewohnern vermeidet Hierarchien.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen

- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter sind dreimal in der Woche anwesend
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Bei der Kooperation wird der Jugendmigrationsdienst einbezogen
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt

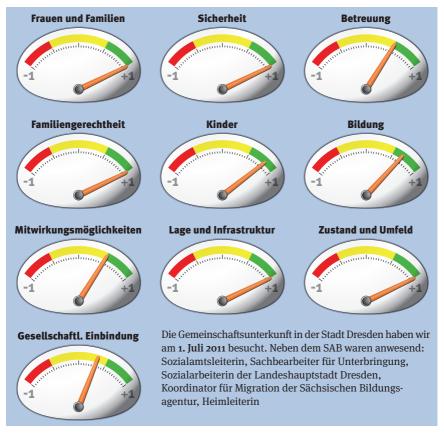
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. Interkulturelle Tage)

53

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Dresden – Friedrichstadt

Ein zentral gelegenes Wohnhaus in gutem baulichen Zustand dient Familien als Gemeinschaftsunterkunft. Das Haus ist von innen und außen renoviert und sauber gehalten. Die Heimleiterin ist engagiert und steht als Ansprechpartnerin und Betreuerin für Familien und zur Hausaufgabenbetreuung zur Verfügung.

Das Zusammenleben der Heimbewohner in der Unterkunft vermittelt den Eindruck eines durchschnittlichen Wohnhauses.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

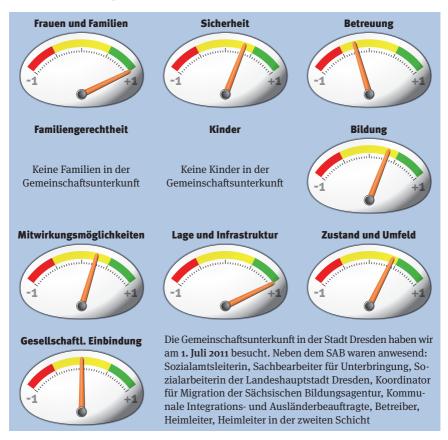
- Es leben ausschließlich Familien mit Kindern in der Gemeinschaftsunterkunft
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Bei der Kooperation wird der Jugendmigrationsdienst einbezogen
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben

- Bewohner werden in Heimabläufe und Aktivitäten einbezogen
- Bewohner haben über Arbeitsgelegenheiten die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z. B. Internationale Tage)

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Dresden – Altstadt

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein zentral gelegenes Wohnhaus für bis zu 80 Männer. Das Heim ist zwar von außen frisch gestrichen, erscheint aber von innen heruntergekommen und abgewohnt. Die Menschen wohnen teilweise in Durchgangszimmern, die ihnen keine Möglichkeit auf Privatsphäre geben.

Die angetroffenen Heimbewohner wirkten resigniert und desinteressiert. Es waren keine Hierarchien erkennbar.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen

Positive Aspekte:

- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Bei der Kooperation wird der Jugendmigrationsdienst einbezogen
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Bewohner haben über Arbeitsgelegenheiten die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben

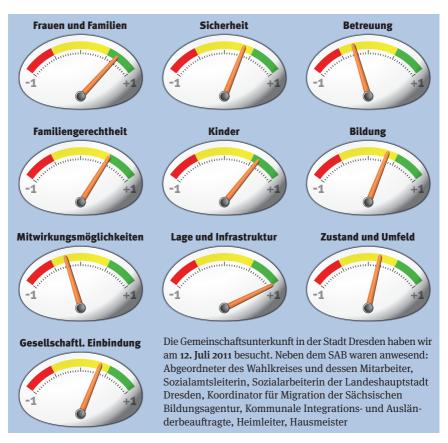
 Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. Interkultureller Tag)

57

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Dresden – Johannstadt

Die Unterkunft ist eine große Wohnplatte Stil WBS 70 in zentraler Lage mit guter Infrastruktur. Sozial- und Schuldienste befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Das Heim wirkt innen baulich heruntergewirtschaftet und abgewohnt.

Es waren keine Spannungen zwischen den Bewohnern und dem Personal erkennbar. Die marginale Sozialbetreuung erreicht nur einen Teil der Bewohner.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

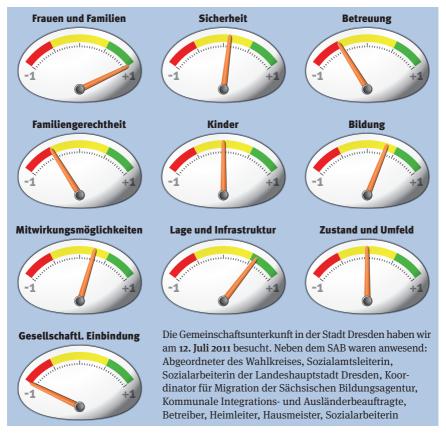
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist einmal in der Woche anwesend
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

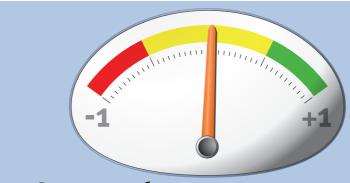
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z. B. Projekt für Gesundheitsförderung durch Medea e. V.)

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Dresden – Hosterwitz

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Schwesternwohnheim, in dem jetzt vor allem alleinstehende Männer leben. Familien werden nur vorübergehend dort untergebracht. Das Gebäude ist von außen gut erhalten, von innen abgenutzt.

Es waren keine Spannungen zwischen den Bewohnern und dem Heimpersonal erkennbar. Eine soziale Isolation ist hier von allen Heimen in Dresden am deutlichsten erkennbar: 10 km Entfernung von der Innenstadt.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Sicherstellen, dass adäquates Personal in der Gemeinschaftsunterkunft präsent ist
- Mehr räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen

- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schimmelbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

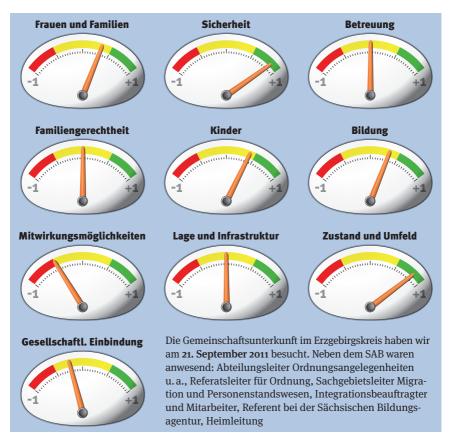
Positive Aspekte:

- Sozialarbeiter ist dreimal in der Woche anwesend
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben

Gemeinschaftsunterkunft Erzgebirgskreis – Aue-Alberoda

Die Unterkunft ist ein mehrgeschossiger Wohnkomplex im Kasernenstil, am Rande einer Ortschaft gelegen. Der Bau ist von außen und innen renoviert und es gibt neue Sanitäranlagen. Die Ausstattung ist einfach und funktional.

Das Verhältnis zwischen den Bewohnern und dem engagierten und qualifizierten Personal ist entspannt. Es sind keine Hinweise auf Spannungen und Hierarchien erkennbar.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Unterstützung für dringende Fahrten in die Stadt anbieten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

- · Sozialarbeiter ist täglich anwesend
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Aktive Hausaufgabenbetreuung wird durch die Heimleiterin zur Förderung der Sprachkompetenz angeboten
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren

63

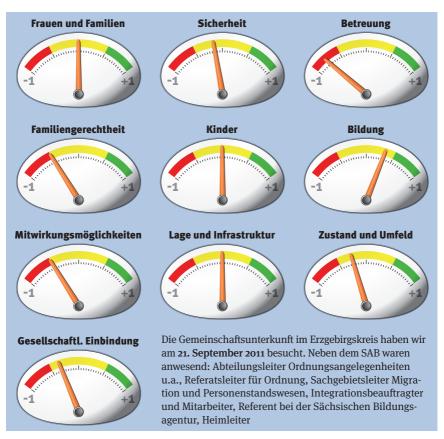
• ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Erzgebirgskreis – Schneeberg

Die Gemeinschaftsunterkunft ist Teil einer ehemaligen Fabrik und liegt abgelegen auf einem Berg am Ortsrand. Das Heim ist nach Kasernenart gebaut. Es gibt lange Flure, teilweise ohne Tageslicht. Der Bau ist alt, abgewohnt und stark renovierungsbedürftig. Auch die Ausstattung ist teilweise nicht wohnge-

recht. Es gibt keine qualifizierte Sozialbetreuung. Auch wird über repressive Hierarchien, Spannungen, Schlägereien und gewaltsame Auseinandersetzungen berichtet.

Die Unterkunft wird zum Ende des Jahres 2011 geschlossen.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung der Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte Sozialarbeit für alle Personen, nicht nur für Kinder, täglich anbieten, um damit auch den Hierarchien und Straftaten im Heim entgegenzuwirken
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstittzen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

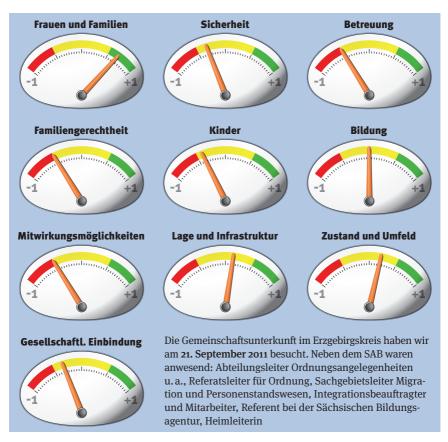
Positive Aspekte:

- Schule liegt in erreichbarer Nähe
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Aktive Hausaufgabenbetreuung wird durch Sozialarbeiter zur Förderung der Sprachkompetenz angeboten
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren

65

Gemeinschaftsunterkunft Erzgebirgskreis – Venusberg

Die Unterkunft ist ein ehemaliges Lehrlingswohnheim am Ortsrand und macht den Eindruck eines abbruchreifen Hauses. Die Ausstattung ist bescheiden, aber funktional. Es sind deutliche Spannungen zwischen den Bewohnern und dem Personal erkennbar. Unter den Bewohnern gibt es Hierarchien. Es wird von regelmäßigen Sachbeschädigungen und Gewaltausbrüchen untereinander berichtet.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Fahrtkostenzuschuss für Eltern anbieten, deren Kinder die Kita besuchen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungs agentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Kinderschutz innerhalb der räumlichen Gegebenheiten sicherstellen
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Anzahl der Arbeitsgelegenheiten erhöhen, um die Möglichkeit zu geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

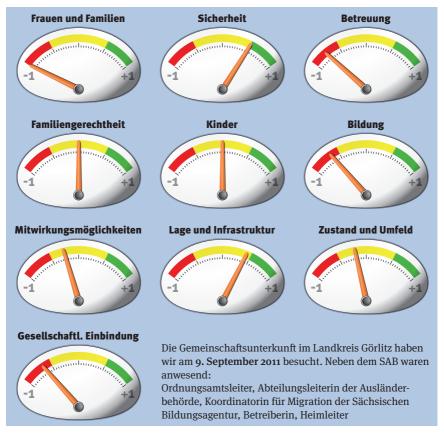
Positive Aspekte:

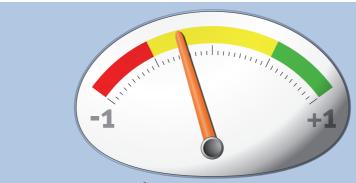
- Schule liegt in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist viermal in der Woche anwesend
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren
- Sozialarbeiter fährt die Bewohner zur Ausländerbehörde
- ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Görlitz – Niesky

Die Unterkunft ist ein ehemaliges Sozialgebäude einer Fabrik im Kasernenstil und nur über ein größeres Fabrikgelände zu erreichen. Das Zentrum der Stadt ist gut zu Fuß erreichbar. Das Haus ist von außen renovierungsbedürftig. Das Mobiliar ist veraltet und vollständig abgenutzt.

Es gibt keine Hinweise auf Hierarchien, aber es sind gegenseitige Provokationen zwischen den Bewohnern und dem Heimpersonal wahrnehmbar. Es gibt keine qualifizierte Sozialbetreuung.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Beleuchtung des Weges zur Gemeinschaftsunterkunft einrichten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten und die Bewohner über das Kursangebot informieren
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um Besuch von Berufl. Schulzentren zu gewährleisten
- Umverteilung der 18- bis 27-Jährigen, die ein Berufliches Schulzentrum besuchen, in den Nachbarlandkreis prüfen (zu lange Fahrzeiten von Niesky nach Bautzen)
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Mobiliar vervollständigen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen
- Zugang für Beratungsstellen in die Gemeinschaftsunterkunft ermöglichen

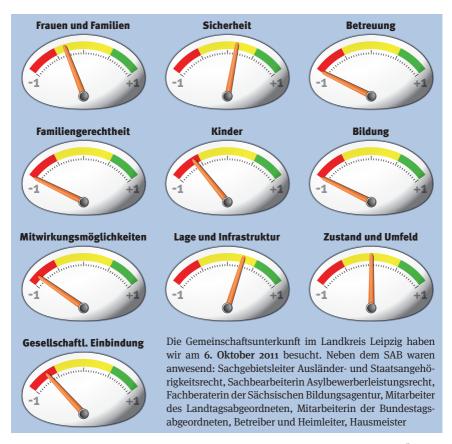
Positive Aspekte:

- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Ausländerbehörde, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

69

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Leipzig – Thräna

Die Gemeinschaftsunterkunft befindet sich am Rande des Ortes. Das Gebäude ist ein Wohngebäude mit Wohneinheiten. Teilweise gibt es Wohnmöbel, teilweise ist das Mobiliar unvollständig. Bewohner werden sich selbst überlassen und fühlen sich nicht respektiert. Es gibt keine Aktivitäten und keine ausreichende Sozialarbeit. Die Auswirkungen sind regelmäßiger Vandalismus und Gewalt unter den Heimbewohnern.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Duschmöglichkeiten in den Wohnungen wiederherstellen
- Abschließbare Haustüren sicherstellen
- Fahrtkostenzuschuss für Eltern anbieten, deren Kinder die Kita besuchen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungs agentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Kinderschutz innerhalb der räumlichen Gegebenheiten sicherstellen

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Erhalt von Bargeld gewährleisten, damit die Bewohner eigenverantwortlich haushalten können
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Mobiliar vervollständigen
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schädlingsbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

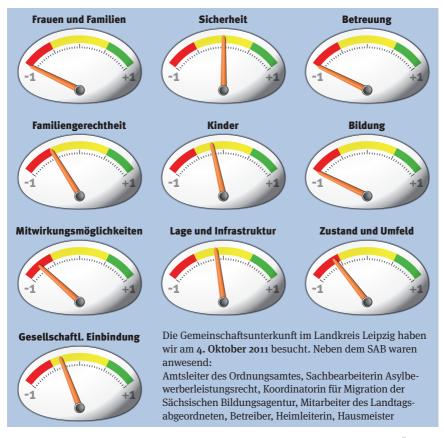
- Schule, ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit

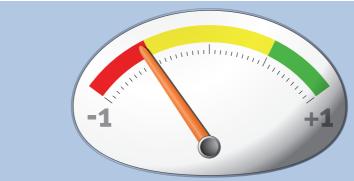
71

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Leipzig – Elbisbach

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Wohngebäude von Lehrlingen mit kasernenartigem Flur. Von außen ist das Heim renovierungsbedürftig. Es waren Hinweise auf Hierarchien und regelmäßige Sachbeschädigungen erkennbar.

Das Auftreten der Mitarbeiter gegenüber den Bewohnern wirkte überfordert, dominant und desinteressiert.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung der Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Erhalt von Bargeld gewährleisten, damit die Bewohner eigenverantwortlich haushalten können
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schädlingsbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

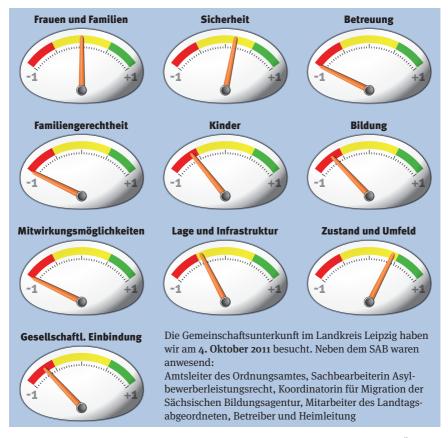
Positive Aspekte:

- Einkaufsmöglichkeit und ÖPNV liegen in erreichbarer Nähe
- Angebot eines wöchentlichen Gottesdienstes in der Gemeinschaftsunterkunft

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Leipzig – Hopfgarten

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliger Kuhstall. Die Ausstattung ist minimal und zum Teil unvollständig. Das Heim liegt am Dorfrand.

Es befindet sich 14 km von Ausländerbehörde und Migrationsberatung entfernt. Es gibt keine Hinweise auf Hierarchien. Vereinzelt gibt es Sachbeschädigungen und nach Alkoholkonsum Schlägereien.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung der Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Mobiliar vervollständigen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

75

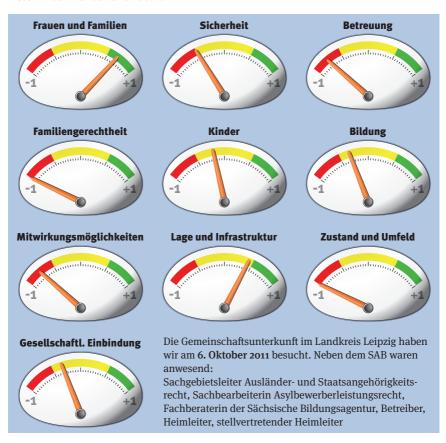
Positive Aspekte:

Schule und ÖPNV liegen in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Leipzig – Bahren

Die Gemeinschaftsunterkunft liegt am Rande des Ortes. Die Unterkunft ist ein ehemaliges Kinderferienlager sowie Unterkunft für Lehrlinge einer Papierfabrik. Von außen und innen stark renovierungsbedürftig. Das Gebäude ist schlecht isoliert mit baufälligem Rohrsystem, Rissen in den Wänden und Böden.

Die Bewohner fühlen sich von dem Heimpersonal eingeschüchtert und werden sich selbst überlassen. Es gibt keine Aktivitäten und keine ausreichende Sozialarbeit. Häufig kommt es zu Messerstechereien, Schlägereien und Vandalismus.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Abschließbarkeit der Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Kinderschutz innerhalb der räumlichen Gegebenheiten sicherstellen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Erhalt von Bargeld gewährleisten, damit die Bewohner eigenverantwortlich haushalten können
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Mobiliar vervollständigen
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schädlingsbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

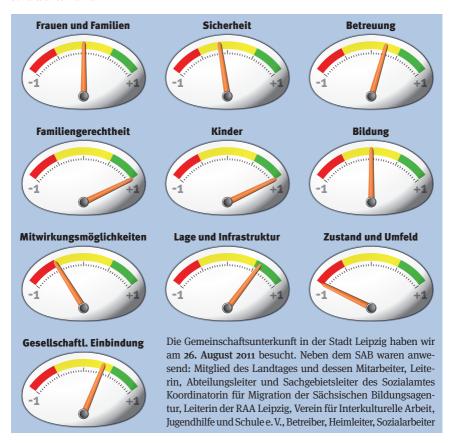
Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist einmal in der Woche anwesend
- ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe
- Mobilität der Bewohner wird durch die Ausgabe von gespendeten Fahrrädern unterstützt

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Leipzig – Schönefeld-Ost

Das Heim befindet sich in einem großen Plattenbau im Gewerbegebiet der Stadt und steht vor dem Abriss. Es ist stark abgewohnt, renovierungsbedürftig, ungepflegt und von Schädlingen schwer befallen. Es gibt keine Aktivitäten für die Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft.

Für die Sozialarbeit ist nicht der Betreiber, sondern ein Verein zuständig. Die Bewohner berichten von Spannungen und Hierarchien zwischen den Nationalitäten. Die Gemeinschaftsunterkunft soll im Jahr 2012 geschlossen werden.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Bessere Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben

- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Regelmäßige Kontrolle gemäß Infektionsschutzgesetz und effektive Maßnahmen zur Entfernung von Schimmel- und Schädlingsbefall einleiten
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

- Kita liegt in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter sind täglich anwesend
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

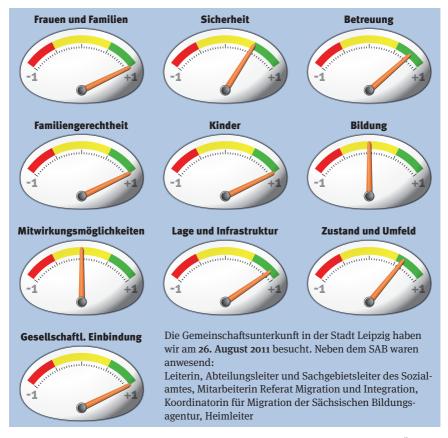
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. am Sommerfest des Kinder- und Jugendtheaters am Lindenauer Markt)

79

Gemeinschaftsunterkunft Stadt Leipzig – Grünau-Süd

Die Unterkunft ist ein großer Plattenbau innerhalb einer Wohnsiedlung. Eine Renovierung des Hauses ist notwendig und soll 2012 umgesetzt werden. Die Ausstattung ist funktional und individuell mit Wohnmöbeln. Es besteht ein gutes Verhältnis zwischen den Bewohnern und dem engagierten sowie qualifizierten Personal.

Das Haus verfügt über eine Reihe von Gemeinschaftsräumen mit verschiedenen Angeboten und einer individuellen sozialen Betreuung.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß dem Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Bewohner gerecht zu werden
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

Positive Aspekte:

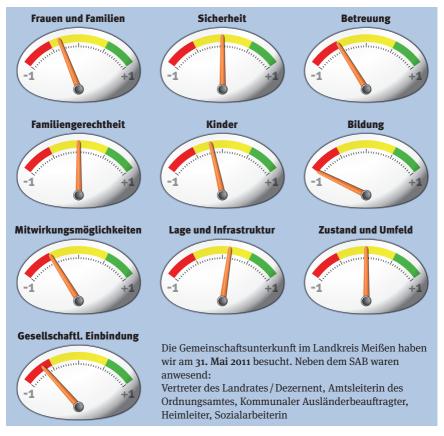
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist täglich anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Familien leben in Wohneinheiten, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Aktive Hausaufgabenbetreuung wird im Gemeinschaftsraum zur Förderung der Sprachkompetenz angeboten (Ehrenamt)
- Gute Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur gewährleistet die "besondere Bildungsberatung"
- Bewohner werden in kostenlose Sprachkurse vermittelt
- Bewohner werden in Heimabläufe und Aktivitäten einbezogen

- ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vergünstigung zum ÖPNV unterstützt die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. Ausgestaltung eines Sommerfestes)

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Meißen – Weinböhla

Diese Gemeinschaftsunterkunft liegt knapp 10 km von Meißen entfernt. Das Gebäude besteht aus Containern, die außen mit Holz verkleidet sind. Die Wohneinheiten gehen in dem kasernenartigen Bau von langen Fluren ab. Die Ausstattung ist bescheiden, funktional und abgenutzt.

Vereinzelt gibt es Schlägereien, allerdings sind keine Hierarchien erkennbar. Es gibt keine regelmäßige Sozialarbeit.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Abschließbarkeit der Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anhieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstittzen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Vereine vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

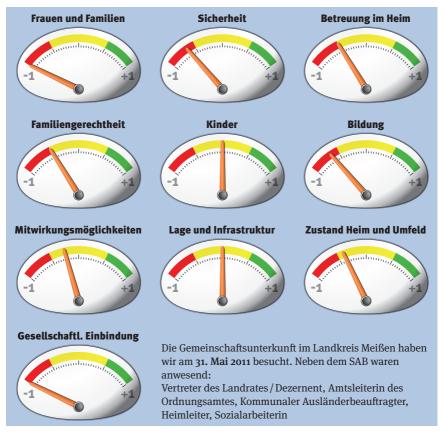
• Schule liegt in erreichbarer Nähe

• ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Meißen – Radebeul

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Arbeiterwohnheim in Leichtmetallbauweise in einem gemischten Wohngebiet. Es leben fast ausschließlich Männer in dem kasernenartigen Bau.

Es gibt keine regelmäßige Sozialbetreuung. Ein hohes Aggressions- und Frustrationspotenzial äußert sich in wiederkehrenden Schlägereien und Sachbeschädigungen. In der Unterkunft ist eine deutliche Hierarchie erkennbar.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln

- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit eine Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

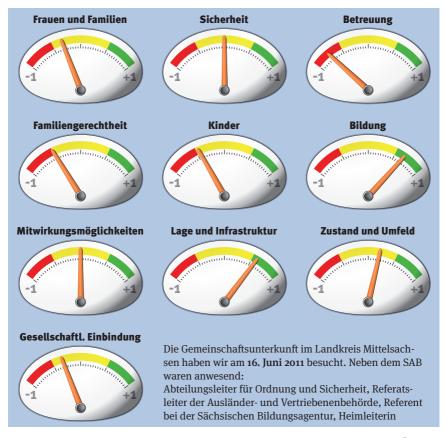
Positive Aspekte:

• ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Mittelsachsen – Freiberg

Die Gemeinschaftsunterkunft ist eine ehemalige Kaserne und befindet sich mitten in einem Wohngebiet. Die Außenfassade ist unter anderem durch abgeblätterten Putz und ausländerfeindliche Sprüche stark renovierungsbedürftig.

Innen ist es sauber hergerichtet und frisch gestrichen. Es fehlt an einer qualifizierten sozialen Betreuung. Der Umgang zwischen den Bewohnern und dem Personal ist entspannt.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Abschließbare Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen

- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

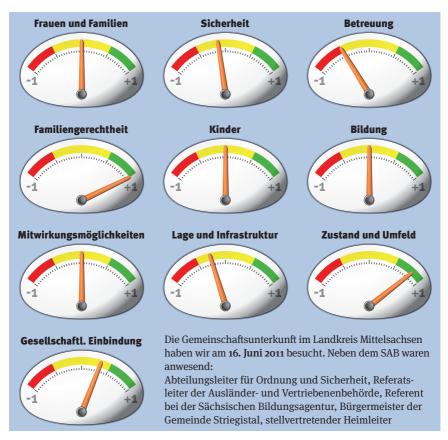
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren
- ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

• Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Mittelsachsen – Striegistal

Die Gemeinschaftsunterkunft besteht aus einem, nach dem Hochwasser 2002 erneuerten Freizeitheim und mehreren alten Bungalows, entlegen in einem Tal. Der Neubau ist in einem guten Zustand. Durch die einzelnen Wohnungen ist das Heim auf die Wohnbedürfnisse von Familien ausgerichtet.

Allerdings ist die große Entfernung zur Stadt ein erheblicher Nachteil. Auch die Ausländerbehörden und die Migrationsberatung sind dadurch schwer erreichbar. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die soziale Einbindung deutlich verbessert. Es sind keine Hierarchien erkennbar.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Abschließbare Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

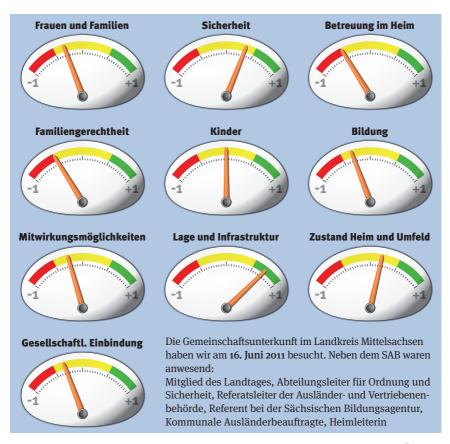
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren
- Eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben wird durch Fahrtenübernahmen des Heimleiters unterstützt
- ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. Multi-Kulti-Kochen)

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Mittelsachsen – Döbeln

Die Gemeinschaftsunterkunft befindet sich in einer ehemaligen Kaserne in einem städtischen Wohngebiet. Das Gebäude erscheint von außen stark renovierungsbedürftig, innen aber robust, sauber und frisch gestrichen. Die Ausstattung macht einen funktionalen und bescheidenen Eindruck. Das Verhältnis zwischen den Bewohnern und der Heimleitung ist entspannt. Nur vereinzelt treten Konflikte auf. Es gibt keine qualifizierte Sozialarbeit.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Abschließbare Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Fahrtkostenzuschuss zur Ausländerbehörde sicherstellen, insbesondere von Döbeln nach Freiberg ab 2012
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Fahrtkostenzuschuss gewährleistet den Besuch von Beruflichen Schulzentren
- ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe

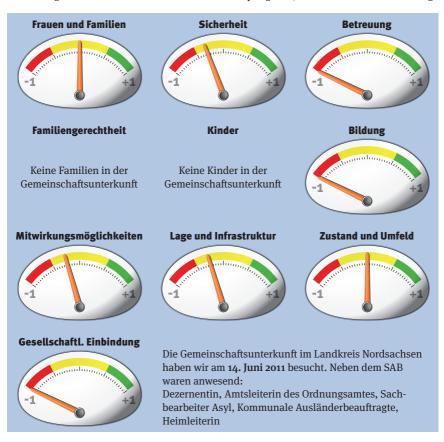
91

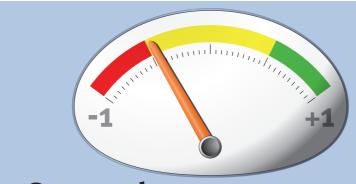
 Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Nordsachsen – Delitzsch

Die Gemeinschaftsunterkunft ist eine ehemalige Polizeischule im Kasernenstil außerhalb der Ortschaft und unmittelbar an einer Bundesstraße gelegen, in der ausschließlich alleinstehende Männer leben. Es gibt keine Rad- oder Fußwege neben der Straße. Die Baracken sind alt und abgewohnt. Fenster sind teilweise un-

dicht und zerschlagen. Die Ausstattung ist bescheiden und funktional. Die Sanitäranlagen sind teilweise renoviert. Vereinzelt kommt es zu Schlägereien und Sachbeschädigungen. Es sind keine Hierarchien erkennbar. Eine soziale Betreuung gibt es nicht. Der Betreiber investiert in Sportgeräte, anstelle einer Sozialbetreuung.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Einrichtung einer Männer-Wohngemeinschaft bei guter sprachlicher Integration und sozialem Engagement prüfen
- Supervision und Fortbildungen für Sozialarbeiter anbieten
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zugewährleisten
- Abschließbare Haustüren sicherstellen.
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten

- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

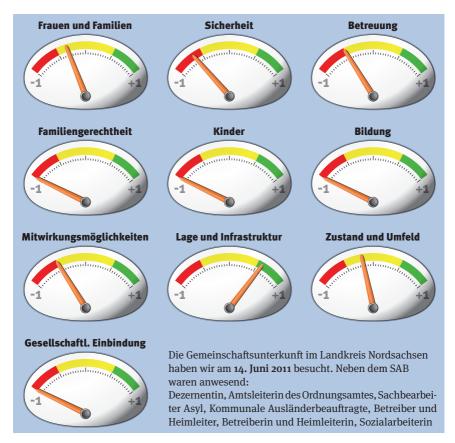
Positive Aspekte:

- Familien und Alleinerziehende werden dezentral untergebracht
- Bewohner haben über Arbeitsgelegenheiten die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren
- ÖPNV liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Nordsachsen – Torgau

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Arbeiterwohnheim in einem bebauten Mischgebiet nahe dem Stadtzentrum. Die zwei Gebäude sind abgewohnt und unhygienisch. Auf die sozialen Bedürfnisse der Bewohner wird nicht eingegangen.

Es sind sehr deutliche Hierarchien erkennbar. Sachbeschädigungen und Körperverletzungen kommen regelmäßig vor. Finanzielle Mittel werden nur für die physische Unterbringung aufgewendet. Die Unterkunft wird Ende 2011 geschlossen.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Qualifizierte soziale Betreuung besonders für Frauen und Familien bereitstellen, um auf deren Bedürfnisse einzugehen
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr, um die innere Sicherheit zu gewährleisten
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anhieten
- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen
- Bewohner gezielt in eine ehrenamtliche Tätigkeit, Vereine und Projekte vermitteln, um eine sinnvolle Betätigung zu ermöglichen

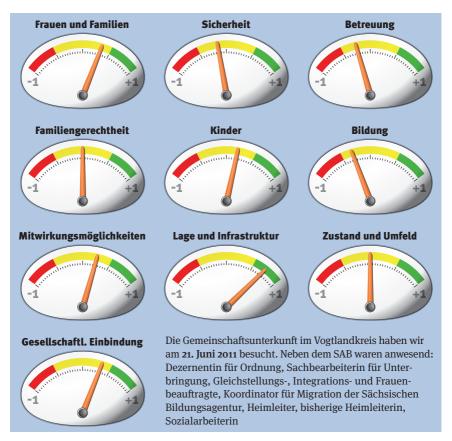
Positive Aspekte:

 Ausländerbehörde, ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe • Schule liegt in erreichbarer Nähe

Gemeinschaftsunterkunft Vogtlandkreis – Plauen

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Militärlazarett in zentraler Lage. Die Gebäude sind von außen renovierungsbedürftig, von innen frisch gestrichen.

Die Ausstattung ist überwiegend sauber und funktional. Ein großer Innenhof bietet Spielplatzgeräte. Ein Spielzimmer, Hausaufgabenraum sowie ein Fitnessraum stehen den Bewohnern zur Verfügung.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Einrichtung einer Männer-Wohngemeinschaft bzw. dezentrale Unterbringung von Männern bei guter sprachlicher Integration und sozialem Engagement prüfen
- Dezentrale Unterbringung von Opfern von Gewalt und Missbrauch umsetzen, wenn der Täter ebenfalls in der Gemeinschaftsunterkunft wohnt
- Abschließbare Haustüren sicherstellen
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung erarbeiten
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Supervision und Fortbildungen für Sozialarbeiter anbieten

- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Regelmäßige Sprachkurse für alle Bewohner durch Vereine, Initiativen oder Ehrenamt anbieten
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen

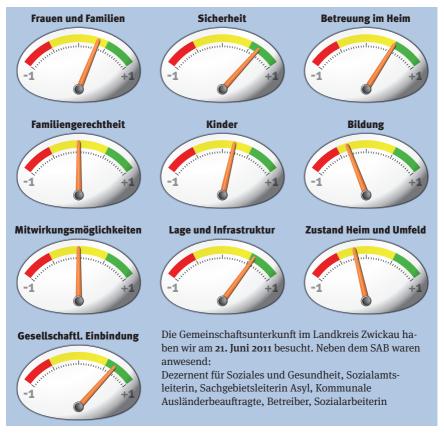
Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- · Sozialarbeiter ist ganztägig anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Aktive Hausaufgabenbetreuung wird im Gemeinschaftsraum zur Förderung der Sprachkompetenz angeboten
- ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Zwickau – Zwickau

Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein ehemaliges Arbeiterwohnheim am Rande eines Mischgebietes. Die kasernenartigen Gebäude wirken von außen renovierungsbedürftig, von innen sauber und gepflegt.

Den Bewohnern stehen Hausaufgabenraum, Spielraum, Gebetsraum und zwei Fitnessräume zur Verfügung. Das Verhältnis zwischen den Bewohnern und dem Personal ist entspannt.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Anzahl der Sozialarbeiter gemäß Betreuungsschlüssel bereitstellen, um der Zahl der Heimbewohner gerecht zu werden
- Räumlich getrennte Wohneinheiten für Familien und Frauen als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten
- Kinderschutz innerhalb der räumlichen Gegebenheiten sicherstellen

- Berechtigte zwischen 18 und 27 Jahren in Berufliche Schulzentren vermitteln
- Fahrtkostenzuschuss anbieten, um den Besuch von Beruflichen Schulzentren zu gewährleisten
- Bewohner in Heimabläufe und Aktivitäten einbeziehen, um ihnen Verantwortung und damit einen Aufgabe im Alltag zu geben
- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft zu erhöhen
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen

Positive Aspekte:

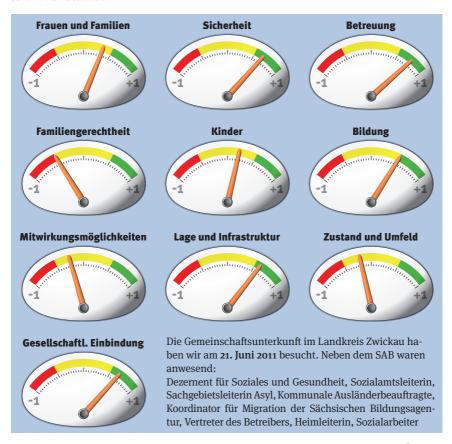
- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- · Sozialarbeiter ist ganztägig anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Aktive Hausaufgabenbetreuung wird im Gemeinschaftsraum zur Förderung der Sprachkompetenz angeboten
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt

- Bewohner werden in bestehende Arbeitsgelegenheiten vermittelt, die die Möglichkeit geben sich für die Gemeinschaft zu engagieren
- ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. Kulturspielplatz)

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Zwickau – Werdau

Die Gemeinschaftsunterkunft befindet sich im städtischen Umfeld. Das Heim ist ein ehemaliges Lehrlingswohnheim, in dem die Zimmer von einem kasernenartigen Flur abgehen. Von außen erscheint das Heim sehr renovierungsbedürftig, von innen ist es gestrichen und sauber.

Den Bewohnern steht ein Gemeinschaftsraum (u. a. für Hausaufgaben) zur Verfügung. Zwischen dem Heimpersonal und den Bewohnern sind keine Spannungen erkennbar. Der Sozialarbeiter genießt großes Ansehen bei den Bewohnern.





Anregungen für wichtigste Verbesserungen:

- Dezentrale Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden konsequent umsetzen
- Mehr räumlich getrennte Wohneinheiten für Frauen und Alleinerziehende als Rückzugsmöglichkeit und zur Gewährleistung des Kinderschutzes schaffen
- Aktive Hausaufgabenbetreuung zur Förderung der Sprachkompetenz anbieten
- Bessere Kooperation zwischen Landkreisverwaltung und Sächsischer Bildungsagentur herstellen, um die "besondere Bildungsberatung" zu gewährleisten

- Heimbeirat als Mitwirkungsgremium einrichten, um Demokratie mit zu praktizieren und das Engagement der Bewohner in
- Arbeitsgelegenheiten schaffen, die die Möglichkeit geben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, und die Bewohner darüber informieren
- Vergünstigung zum ÖPNV anbieten, um die eigenständige Mobilität im alltäglichen Leben zu unterstützen

Positive Aspekte:

- Schule und Kita liegen in erreichbarer Nähe
- Sozialarbeiter ist ganztägig anwesend
- Präsenz von Wachpersonal rund um die Uhr gewährleistet die innere Sicherheit
- Schriftliches Konzept für eine qualifizierte soziale Betreuung liegt vor
- Familien werden in Wohneinheiten untergebracht, was die innere Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit gewährleistet
- Bewohner werden in kostenlosen Sprachkurs vermittelt

- ÖPNV, Migrationsberatung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in erreichbarer Nähe
- Gemäß Betreibervertrag werden kostenlose Fahrten zur Ausländerbehörde angeboten
- Vereine kommen regelmäßig in die Gemeinschaftsunterkunft
- Bewohner erhalten verschiedene Möglichkeiten an einzelnen Projekten mitzuwirken (z.B. in Schulprojekten)

Gemeinschaftsunterkunft Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Langburkersdorf 2010

Die Gemeinschaftsunterkunft Langburkersdorf war bei unserem letzten Besuch mit rot bewertet worden. Das Gebäude ist in Metallleichtbauweise im Kasernenstil errichtet. Die Unterkunft befand sich in einem sehr heruntergekommenen Zustand mit abplatzendem Farbanstrich.

Bereits 2010 gab es Anzeichen von Hierarchien unter den Bewohnern, die auch zu Gewalt führten. Es brach immer wieder physische Gewalt aus z. B. Schlägereien. Die Heimleitung konnte das nicht verhindern.

Das Gebäude der Gemeinschaftsunterkunft ist allerdings in der Nacht vom 25. August 2011 zum 26. August 2011 zum Teil abgebrannt und kann nicht weiter genutzt werden. Das Heim konnte deshalb nicht erneut eingeschätzt werden.

Zunächst wurden den Bewohnern Urlaubsscheine ausgestellt, diese in Pensionen oder einzelnen Wohnungen im Landkreis untergebracht oder in anderen Gemeinschaftsunterkünften Sachsens aufgenommen. Zum 1. Oktober 2011 ging dann der Betrieb in dem zweiten baugleichen Gebäude auf dem Grundstück weiter.

Es stellte sich als sehr schwer heraus, eine geeignete neue Lösung zu finden, um alle Asylbewerber unterzubringen; denn es waren nicht nur die "Ehemaligen" unterzubringen, sondern es sollten Kapazitäten für neue Einreisende vorgehalten werden.

Nach unserem Besuch im Jahre 2010 regten wir an, dass das Heim unter keinen Umständen in der damaligen Form weiter betrieben werden sollte.

Eine andere Unterbringung würde auch die Probleme des bedauerlichen Umfelds einer Industriebrache und der Verkehrsgefährdung auf einer Straße ohne Gehweg lösen. Größere Stadt- und Schulnähe würden für weitere Verbesserungen sorgen.

Eine weitere Nutzung des verbleibenden Gebäudes in Langburkersdorf sollte deshalb von Maßnahmen begleitet sein, die eine Einstufung als unangemessen vermeidet. Wir werden im kommenden Jahr das Heim besuchen und einschätzen.

3.3 Erste positive Entwicklungen seit unseren Besuchen

Nach unseren Nachfolgegesprächen in den Landkreisen und Städten wurde schon eine Reihe von ersten konkreten Maßnahmen eingeleitet. Die Schließung von fünf ehemals rot bewerteten Heimen in Sachsen steht an: Kamenz, Schneeberg, Seeligstadt, Torgau und Freiberg.

Diese Schließungen haben in der Folge in einigen Landkreisen zu weiteren positiven Entwicklungen geführt. Beispielsweise wurden unsere Anregungen im Landkreis Nordsachsen zum Anlass genommen, mit ansässigen Trägern der Wohlfahrtsverbände ins Gespräch zu kommen, um mehr soziale Betreuung anzubieten. Der Landkreis unterbreitet jetzt außerdem gezielte Angebote für besondere Bildungsberatung für 18 bis 27-Jährige und richtete eine entsprechende Klasse im Beruflichen Schulzentrum ein. Ebenfalls wurde durch die Ausländerbehörde ein aufsuchender Dienst für zentral und dezentral untergebrachte Asvlbewerber und Geduldete eingerichtet. Schließlich werden im Heim Delitzsch Angebote für Deutschkurse gemacht.

In vielen Landkreisen nahmen wir Gespräche mit der Sächsischen Bildungsagentur auf, um den jungen Erwachsenen Angebote für die Weiterführung ihrer Bildung zu machen. Ein Landkreis ist bereit, geeignete Asylbewerber und Geduldete in einer Gemeinschaftsunterkunft zu diesem Zweck zusammenzuführen.

In zwei Landkreisen wurden inzwischen Stellen für hauptamtliche Kommunale Ausländerbeauftragte entsprechend unseren Empfehlungen eingerichtet.

Unsere Empfehlungen zur Einrichtung von Heimbeiräten werden in einigen Gemeinschaftsunterkünften erörtert.

In einigen von Kommunen betriebenen Heimen wird bereits an einem Konzept für soziale Betreuung gearbeitet. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit einer Kreisvolkshochschule an einer Erstellung eines Konzepts für einen Deutschkurs in Form eines Alphabetisierungskurses gearbeitet.

Einem im Hygienebereich festgestellten Schädlingsbefall wurde mit unangemeldeten Besuchen durch das Gesundheitsamt nachgegangen. Auch die von uns vorgetragenen Einzelfälle wurden größtenteils sofort von den Zuständigen bearbeitet.

In einigen Landkreisen sucht man aufgrund von Schließungen oder aufgrund der leicht zunehmenden Zahlen an Flüchtlingen neue Gebäude und Unterbringungsmöglichkeiten. Wir hoffen, dass unsere Anregungen zur dezentralen Unterbringung weiter nachgegangen wird und Gebäude von 50 – 100 Bewohnern als Gemeinschaftsunterkünfte bevorzugt werden.

Die vielen positiven Reaktionen sind ermutigend. Sie zeigen, dass die sächsische Verwaltung offen ist für angemessene Verbesserungen, die die Lebensumstände der Bewohner fördern. Offen miteinander zu sprechen erhöht die Wahrscheinlichkeit für Verbesserungen. Wir gehen davon aus, dass sich die Heime konsequent vom roten Bereich weg und hin zum grünen Bereich entwickeln werden.

4. Systemische Probleme: Gute Absichten – Ungewollte Konsequenzen

Wir haben während unserer Besuche und in den vielen Gesprächen fast ausschließlich Verantwortliche getroffen, die gute Absichten hatten. Das hat damit zu tun, dass alle Verantwortlichen nicht nur die Unterbringung der Asylbewerber, sondern ihren gesamten Verantwortungsbereich im Auge haben. Sie müssen Prioritäten setzen und dafür sorgen, dass Haushalte nicht überlastet werden. Sie müssen die rechtlichen Vorgaben einhalten und die Sorgen der Bürger ernst nehmen. Jeder einzelne Heimbetreiber muss sich dafür einsetzen, dass sein Heim als Ganzes funktioniert, dass es bezahlbar bleibt, dass keine Energie verschwendet wird usw. Alles gute Absichten und immer eine Gradwanderung zwischen "... dem öffentlichen Interesse und den Belangen der Ausländer ...", wie es im Asylverfahrensgesetz heißt.

Trotzdem haben wir in diesem Bericht nicht nur Gutes zu beschreiben, weil in komplexen Systemen gute Absichten nicht automatisch zu guten Ergebnissen führen. Deshalb suchen wir nicht nach Schuldigen, sondern fassen das gesamte System und seine Architekten ins Auge.

Wir kennen alle die Geschichte vom Frosch, der in einen mit lauwarmem Wasser gefüllten Topf gesetzt wird. Er bleibt sitzen, wenn das Wasser nur langsam genug erhitzt wird. Wir versetzten uns meist in die Rolle des Frosches und stellen uns die Frage, warum er nicht aus dem Topf springt. Seltener fragen wir uns, warum und womit wir den Topf zum Kochen bringen. Fest steht: Die Menschenwürde darf dem nicht zum Opfer fallen.

Wir wollen in diesem Kapitel zeigen, wie, trotz guter Absichten bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Sachsen unbeabsichtigte Konsequenzen eintreten können. Wir werden einige aus unserer Sicht wichtigen Dynamiken des Systems aufzeigen und die daraus entstehenden Konsequenzen beschreiben.

4.1 Finanzierung

Das Thema der Finanzierung haben wir bereits im ersten Kapitel angesprochen.

Der Sächsische Landtag verabschiedet den Haushalt, der die Mittel für die Unterbringung zur Verfügung stellt. Wenn in Zeiten von schwierigen Haushaltsentscheidungen die Mittel für die Unterbringung nicht gekürzt werden, dann könnte man der Meinung sein, dass wir richtig gehandelt haben. Ähnlich verfährt auch eine Reihe von Landkreisen, wenn sie die Ausgaben für Unterbringung Jahr für Jahr konstant halten.

Allerdings müssen die privat betriebenen Heime bei gleichbleibenden Mitteln sehen, wie sie ihre unvermeidlichen Kostensteigerungen durch Einsparungen auf anderen Gebieten ausgleichen können. Dadurch steigt die Hitze im Kochtopf, um im Bild zu bleiben.

Zusätzliche menschliche Spannungen zwischen Heimleitung und Bewohnern und andere negative Effekte sind vorprogrammiert.

Wo liegt hier das systemische Problem? Unterbringungskosten sind keine Fixkosten,

sondern flexible und häufig auch steigende Kosten. Wir können zwar sparsam mit Energie, Wasser und Wärme umgehen, aber wir entscheiden nicht, wie hoch die Preise für Heizung, Wasser und Strom sind. Das tut der Markt.

Aber wir entscheiden, dass die Versorgung mit Heizung, Wasser und Energie zu einer menschenwürdigen Unterbringung dazu gehört. Preissteigerungen können nicht zu Lasten einer menschenwürdigen Behandlung gehen.

Auch die Leistungen, die Asylbewerbern und Geduldeten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehen, wurden seit 1993 nicht mehr angehoben, obwohl beispielsweise die Lebensmittelpreise seit dieser Zeit deutlich gestiegen sind – manche Berechnungen belaufen sich auf über 20%. Das Bundesverfassungsgericht befasst sich derzeit mit der Frage, ob die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar sind, weil bezweifelt wird, dass diese Leistungen überhaupt ein menschenwürdiges Existenzminimum sicherstellen können.

Selbstverständlich muss es auch darum gehen, die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Deshalb geht man in einigen Heimen nachahmenswerte Wege, um Heimbewohner beispielsweise zu energiesparendem Verhalten zu motivieren. Andere drehen die Heizung einfach ab.

Nicht alle Landkreise und Kreisfreien Städte in Sachsen geben den Druck, der durch die realen Kostensteigerungen entsteht, unvermittelt an die Heime und vor allem die Heimbewohner weiter. Viele von ihnen setzen auf Menschlichkeit und engagieren sich trotz gleichbleibender Pauschale des Freistaates auf freiwilliger Basis mit weiteren Zuschüssen aus den eigenen Mitteln. Sie sorgen damit für Heime, die unseren eigenen Prinzipien für eine menschenwürdige Unterbringung entsprechen.

4.2 Unterbringung in Kasernen

Das Gesetz sieht in der Regel eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vor. Es macht keine Vorschriften zur Art der Gebäude. Wir haben eine Reihe von Unterkünften besucht, die einen Wohnhauscharakter haben, und akzeptabel sind.

In Kasernen und Gebäuden mit Kasernencharakter dagegen herrschen andere Dynamiken. Sie wurden ursprünglich bewusst mit der Absicht gebaut, das Durchgreifen starker (militärischer) Autorität zu begünstigen. Was geschieht heute in den Kasernen, die als Unterkünfte genutzt werden? Sie fördern die Entwicklung von selbstorganisierten Hierarchien unter den Bewohnern. Wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind für jeden Gang zur Gemeinschaftstoilette oder zum Waschraum durch lange, dunkle Flure gehen muss, dann bietet sich für dominante Personen tagtäglich die Möglichkeit, auf die Bewohner sowohl physisch wie psychisch einzuwirken. Besonders problematisch kann das in der Nacht werden, wenn das Heimpersonal zwar anwesend ist, aber bei Problemen nicht schützend eingreift oder eingreifen kann.



Uns sind immer wieder die Kostenvorteile dieser Unterbringungsform als Argument genanntworden-diese Vorteile halten allerdings nur dem ersten Blick stand. Heime in Kasernenform haben soziale Folgekosten, die nicht zu unterschätzen sind. Sie brauchen mehr qualifizierte Sozialarbeit als andere Heimarten, um das Entstehen repressiver Hierarchien rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Das Gleiche gilt für qualifizierte Wachdienste. Dabei gilt: Je größer die Kasernenanlage, desto mehr Aufwand zur Vermeidung von Hierarchien und zur Herstellung innerer Sicherheit ist angebracht.

4-3 Hygiene und Gesundheit

Alle Verantwortlichen, mit denen wir gesprochen haben, wollen eine gute Hygiene in den Heimen sichergestellt wissen. Das Gleiche gilt für einen angemessenen Zugang der Bewohner zu ärztlicher Versorgung für akute Erkrankungen und Schmerzfälle, wie es auch das Gesetz vorsieht.

Dennoch haben wir in einer Reihe von Heimen Schimmel und Kakerlaken in fast allen Räumen vorgefunden. Vereinzelt war der Befall so stark, dass die normalerweise nachtaktiven Kakerlaken auch während unseres Besuches am helllichten Tag in den Räumen herum liefen. Besonders nachts ist die Situation in einigen Heimen unerträglich, wenn die Kakerlaken über Gesichter der Bewohner laufen und versuchen, in deren Ohren- und Nasenlöcher einzudringen.

Die Gespräche ergaben natürlich, dass niemand mit solchen Situationen einverstanden war. Aber wir mussten uns auch häufig anhören, dass Betreiber und Verwaltung die Schuld allein bei den Bewohnern sehen, weil diese ihre Lebensmittel in den Zimmern aufbewahren, wo die Kakerlaken ungehindert heran könnten.

Doch wie sieht die Ausstattung der Zimmer

aus, in denen die Flüchtlinge wohnen? Die Kühlschränke sind oft zu klein, um alle eigenen Nahrungsmittel vollständig aufzubewahren. Wenn Küchenregale o. Ä. fehlen, müssen Geschirr und Lebensmittel auf Abstelltischen oder auf dem Fußboden offen abgelegt werden.

Hier drehen sich die Schuldzuweisungen über Schädlingsbefall im Kreise und führen zu nichts. Unsere Perspektive ist anders. Wir sind der Überzeugung, dass alle für das System der Hygiene im Heim verantwortlich sind, sowohl die Heimbewohner als auch die Heimbetreiber.

Ein betroffenes Heim wird nicht dadurch von Kakerlaken befreit, dass Bewohner tagsüber die frei herumlaufenden Kakerlaken einsammeln und zertreten. Zur Befreiung von Kakerlaken ist eine umfassende, mehrstündige Reinigung der gesamten Heimanlage notwendig, während derer die Heimbewohner nicht im Heim sind. Und es ist eine angemessene Ausstattung für die Aufbewahrung von Lebensmitteln und Geschirr notwendig. Sind Kakerlaken ein notwendiges Übel, dort wo Menschen auf engem Raum zusammenleben? Viele schädlingsfreie Heime in Sachsen beweisen das Gegenteil.

Auch der Umgang mit Notfällen ist von Heim zu Heim unterschiedlich. Ob Heimbewohner bei Schmerzen oder in einem Notfall rechtzeitig zum Arzt kommen, scheint auf dem gegenseitigen Vertrauen zwischen Heimleitung und Bewohnern zu basieren. In Heimen, in denen das Vertrauen gestört ist, hörten wir von den Bewohnern regelmäßig, dass der Zugang zum Arzt auch in Notsituationen spät oder gar nicht ermöglicht wurde. Das Heimpersonal beklagte sich dann, dass viele Bewohner einfach simulieren würden. In anderen Unterkünften werden Bewohner vom Heimpersonal zum Arzt gefahren, wenn es dringend ist.

Auch hier lohnt es sich, über Wege nachzudenken, wie wir das Vertrauen zwischen beiden Gruppen festigen. Das Engagement jedes Einzelnen ist gefragt, um das zu verwirklichen.

4.4 Akkulturation

Akkulturation bedeutet mit einer anderen Kultur vertraut zu werden. Dieser Prozess findet in den Gemeinschaftsunterkünften auf mehreren Ebenen statt.

Die Flüchtlinge leben in einer extrem belastenden Situation: Sie haben ihre Heimat verlassen müssen, sind teilweise traumatisiert, kämpfen mit dramatischen Verlusten und müssen häufig auch einen gravierenden Statusverlust hinnehmen. In Deutschland und damit auch in den Heimen müssen sie dazu mit einem "Kulturschock" zurechtkommen: Sie erleben hier eine zumeist gänzlich andere Welt, hier gelten andere Werte, neue Normen und vor allem auch eine andere Sprache, in der sie sich nicht verständigen können. Das alles führt zu einer extrem verunsichernden Situation für den Einzelnen.

Häufig verstehen sie weder sprachlich, geschweige denn inhaltlich, warum für uns in Deutschland bestimmte Werte und Prinzipien wichtig sind, die in ihrer eigenen Kultur keine große Relevanz haben mögen. Nehmen wir die gleichberechtigte Bildung für Mädchen und Frauen: ein für uns absolut selbstverständlicher und wichtiger Wert, den wir auch eingehalten wissen wollen. Nur muss man ihn auch sprachlich und inhaltlich verstehen und nachvollziehen können – das ist Akkulturation. Die im Übrigen auch zwischen den Nationalitäten eine Rolle spielt.

Letztlich steht auch das Personal der Gemeinschaftsunterkunft in einem Akkulturationsprozess: Es ist auch konfrontiert mit anderen Kulturen und anderen Wertvorstellungen. Bestimmte Werte, die für das Selbstverständnis von Flüchtlingen aus aller Welt bisher entscheidend waren, sind bei uns weniger wichtig. Das können wir dann nur schwer verstehen und aus Unverständnis wird schnell Empörung, warum "die" denn nicht verstehen wollen, was uns doch so einfach erscheint.



Verschiedene Wertvorstellungen können zu Konflikten führen, die dann vorprogrammiert sind, wenn man diese Prozesse dem Selbstlauf überlässt. Unsere Werte und Standards zu vermitteln, bedeutet in jedem Fall mehr als eine Einweisung in die Brandschutzregeln und die Müllsortierung.

Verzichtet man auf eine angemessene Begleitung dieser Prozesse, entstehen schnell Selbstorganisationsprozesse unter den Bewohnern. Es liegt nahe, dass sich die Bewohner an denen orientieren, die im Heim das Sagen haben. Man sucht Landsleute und kopiert deren Verhalten. Und selbst wenn deren Stil unsozial und dem eigenen Verhalten fremd ist, ist die Tendenz groß, dass sich "die Neuen" dem anpassen – solange sie keine anderen Informations- und Handlungsmöglichkeiten haben.

Wenn ein Neuankömmling von seinen langjährigen Heimbewohnern mit den selbst organisierten Regeln des Heimes bekannt gemacht wird und ihm gleichzeitig angedeutet wird, er brauche die deutsche Sprache nicht zu erlernen, dann passt er sich in eine bestehende Ordnung ein und verfestigt sie gleichzeitig. Die so entstehende Kultur wird von Heimbetreibern als "nachtaktiv" bezeichnet, weil das "wirkliche" Leben im Heim meist erst in der Nacht beginnt. Das sind eher ungewollte Auswirkungen von ausgrenzenden Systemeigenschaften.

Auch eine mögliche Skepsis der alteingesessenen Bewohner gegenüber Deutschland wird der Neuankömmling, wenn er allein gelassen wird, schnell übernehmen. Denn Menschen, die einige Jahre in solchen Situationen leben, verlieren jede Neugier auf unsere Sprache und Kultur. Und ihre Heimatkultur verliert angesichts der Heimkultur ihre Konturen.

Die Gefahr besteht also, dass bei unbegleiteter Akkulturation zur deutschen Kultur beide

Kulturen auf der Strecke bleiben. Wer nur in der "Dschungelkultur" eines Heimes lebt, kann seine eigene kulturelle Identität verlieren, ohne eine neue, nämlich die deutsche kulturelle Identität zu gewinnen. Er kann sich im kulturellen Vakuum verlieren.

Dem können konstruktive Angebote der Akkulturation entgegenwirken. Der bewusst ermöglichte Zugang zu unserer Kultur und zu unserer Sprache hilft Menschen, in unserer Kultur das Positive und Lebensbejahende zu entdecken. Er hilft vor allem, unsere Werte und Regeln zu verstehen und sich damit auseinanderzusetzen. Das ist essentiell für diejenigen, die nach einigen Jahren bei uns eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Das ist ebenso wichtig für diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren; denn ob wir wollen oder nicht, sie werden dort Meinungsmultiplikatoren für unser Land sein.

4.5 Bildung

Wir bekennen uns zu den Menschenrechten, die vorsehen, dass alle Kinder und Jugendliche ein Recht auf Bildung haben. Deshalb haben wir dementsprechende Regeln für Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten geschaffen, damit sie unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern ihren Bildungsweg bei uns fortsetzen können. Kinder ab drei Jahre haben das Recht, eine Kindertagesstätte zu besuchen, sofern Plätze vorhanden sind und die Eltern das wollen.

Schulpflichtige Kinder sollen ab dem ersten Tag nach der Zuweisung in die Landkreise oder Kreisfreien Städte in die Schule gehen. ¹³ Sachsen ist auch deshalb ein Vorreiter, weil Schüler mit Migrationshintergrund systematisch und schullaufbahnbegleitend in allen Schularten Unterricht im Fach Deutsch als

¹³ Für Illegale hat der Gesetzgeber im Juli 2011 beschlossen, die öffentlichen Bildungseinrichtungen von der Pflicht auszunehmen, den Ausländerbehörden Illegale zu melden. Aus Furcht vor ihrer damit verbundenen Entdeckung hätten diese ihre Kinder nicht beschulen lassen.

Zweitsprache erhalten. Zweisprachige Kinder entwickeln ihre Sprachfähigkeiten anders als einsprachige. Dem trägt Sachsen Rechnung und fördert aktiv die vorhandene Zwei- und Mehrsprachigkeit z. B. durch den herkunftssprachlichen Unterricht.

Auch junge Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren haben das Anrecht auf Fortsetzung ihrer Bildungslaufbahn, beispielsweise um einen Schulabschluss zu erwerben oder eine berufliche Qualifizierung zu erreichen. Auch ein Studium kann bei entsprechend mitgebrachter Qualifikation ermöglicht werden.

In der Regel funktioniert diese schulische Integration vorbildlich. Nur gelegentlich trafen wir auf Kinder, die nicht eingeschult waren. Dabei handelte es sich häufig um Familien, die kurz vor der Abschiebung standen. Nicht nachvollziehbar wird die fehlende schulische Integration allerdings, wenn sich der Zustand "kurz vor der Abschiebung" über sechs Monate hinzieht. So lange sollte kein Kind unbeschult bleiben.

Die Praxis bei der Bildungsfortsetzung für die 18 bis 27-Jährigen entspricht jedoch noch nicht überall den Zielsetzungen des Freistaates. Angebote werden oft nicht systematisch unterbreitet, und auch nicht alle Bewerber bekommen die Chance, die sie verdient hätten. Wir trafen beispielsweise auf Fälle, in denen vor der Genehmigung der Bildungsweiterführung verlangt wurde, dass die Originalzeugnisse aus dem Fluchtland vorgelegt werden. Weil das nicht in allen Fällen möglich ist, sieht es der Freistaat auch nicht ausdrücklich vor. Der Bildungsstand lässt sich auch auf andere Weise erfassen.

Die theoretischen Möglichkeiten scheitern häufig auch an den örtlichen Gegebenheiten. Gerade die Bewohner in den sehr abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften haben weniger Möglichkeiten. Um Bildungsaufwendungen nicht unnötig zu erhöhen, bietet es sich deshalb an, Bildungsmaßnahmen so zusammenzufassen, dass genügend Schüler zusammenzufassen, dass genügend Schüler zusammen.

sammenkommen. Hier bietet die Unterbringung in Schulnähe die Lösung für sinnvolle Kostenoptimierung.

Besonders schwierig ist es, wenn junge Menschen als Analphabeten oder mit nur drei bis fünf Jahren Schulbildung zu uns kommen. Um hier das Recht auf Bildung durchsetzen zu können, brauchen wir andere Wege, zum Beispiel über Europa-geförderte Programme des zweiten Bildungsweges oder der Alphabetisierung. Dazu bedarf es Organisationen, die dieses Thema aufgreifen und Fördermittel einwerben.

4.6 Sprache

Asylbewerber und Geduldete haben keinen Anspruch auf kostenfreie Teilnahme an einem Integrationskurs. Die Absicht des Gesetzgebers ist nachvollziehbar: Nur der, der auch eine Daueraufenthaltsperspektive in Deutschland hat, der soll eine Unterstützung bei der Integration bekommen. Auch diese Absicht hat ungewollte Konsequenzen. Die Asylverfahren, die die Flüchtlinge durchlaufen müssen, ziehen sich teilweise über sieben Jahre und mehr hin. Geduldeten ist eine Daueraufenthaltsperspektive verwehrt – auch sie bekommen keine Unterstützung beim Spracherwerb.

Und dennoch leben diese Menschen bei und mit uns. Ihre Kinder gehen mit unseren Kindern in die Schule und lernen die deutsche Sprache. Anders als ihre Eltern, denen das aus ordnungspolitischen Gründen verwehrt bleibt.

Bildungspolitisch ist das jedoch kontraproduktiv: Ohne Deutschkenntnisse haben diese Eltern wenig Möglichkeiten, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Sie können ihnen weder bei den Hausaufgaben helfen noch einen tragfähigen Lehrer-Eltern-Kontakt herstellen. Damit entsteht die Gefahr, dass die Kinder ihr Lernpotenzial nicht nutzen oder

ausschöpfen, und dass sie in der Schule merklich hinterherhinken, obwohl das gar nicht nötig wäre.

Außerdem kommt es in solchen Familien zu weiteren Dysfunktionalitäten. Die Kinder sind in der neuen Sprache oft schnell kompetent und treten als Übersetzer ihrer Eltern auf. Auf der einen Seite kann das leicht überfordernd werden, auf der anderen Seite bekommen sie damit mehr Macht in der Familie als ihre Eltern. Damit können Eltern nicht mehr als konstruktives Rollenvorbild für ihre Kinder wirken, und besonders junge Männer geben in der Familie den Ton an. Diese verkehrte Welt entsteht, weil Eltern der Zugang zur deutschen Sprache verwehrt bleibt.

Für die, die bereits etwas Deutsch können, ist es schwer, die Kenntnisse ohne deutsche Literatur, ohne deutsche Zeitschriften in den Heimen aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern. Ein ehemaliger Student, der den Kriegswirren in seinem Land entflohen war, berichtete uns, dass er während seines Studiums dort auch zwei Jahre Deutsch als Nebenfach studiert hatte. Nach zwei Jahren Aufenthalt in einer abgelegenen sächsischen Gemeinschaftsunterkunft sagte er uns: "Bei mir zuhause sprach ich ein besseres Deutsch als heute. Ich holte mir Bücher aus dem Goethe-Institut. Hier habe ich keinen Zugang zu Büchern oder zu Deutsch."

Spracherwerb sollte gerade wegen fehlender staatlicher Finanzierung unterstützt werden. Verschiedene Vereine, vereinzelt auch Lehrerinnen oder Lehrer versuchen den Heimbewohnern Deutsch auf ehrenamtlicher Basis beizubringen. Viel kann bei anfänglichen Kenntnissen der deutschen Sprache auch durch die Eigeninitiative der Bewohner verbessert werden. Dazu haben wir die Broschüre "Deutsch für Alle. 99 Wege zur deutschen Sprache" herausgegeben und in den Heimen aber auch den Vereinen zur Verfügung gestellt.

Deutsch für alle ist im Interesse aller.

4.7 Demokratie leben

Viele Flüchtlinge kommen aus (zum Teil noch) demokratie-fernen Ländern zu uns. Demokratie ist für sie ein attraktiver Begriff, den sie aber nur aus der Theorie kennen.

In der Demokratie wird der Einzelne respektiert, seine Stimme hat beim Gesamtergebnis das gleiche Gewicht wie die Perspektive jedes Anderen. Daraus ergeben sich anspruchsvolle und tragfähige Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

In einer Welt ohne Demokratie formt sich das Zusammenleben nach anderen Regeln. Die Macht des Stärkeren kann das ebenso sein wie einfache Gewohnheitsrechte. In Hierarchien, die auf dieser Basis entstehen, gelten sachliche Argumente weniger als schlagende Argumente.

Solche Verhaltensmuster passen nicht zu unserer Gesellschaft. Wir erwarten von allen Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte, dass sie sich an demokratische Regeln halten und dass der Einzelne respektiert wird.

Demokratie erlernt man aber nur, indem man sie praktiziert. Die Gelegenheit dazu ergibt sich in zwei Situationen. Gibt es in einem Heim einen Heimbeirat, so wie das in Sachsen z.T. schon praktiziert wird, dann entsteht Mitverantwortung für das Heimleben und für die Zustände im Heim. Vandalismus ist ein Fremdwort dort, wo es einen Heimbeirat gibt.

Zum Zweiten gibt es in verschiedenen Kommunen Sachsens schon Migrantenbeiräte. Sie treten für ein konstruktives Miteinander von Migranten und heimischer Bevölkerung ein. Auch Asylbewerber profitieren von einer Beteiligung, weil sie ihnen signalisiert, dass sie als Menschen akzeptiert werden.

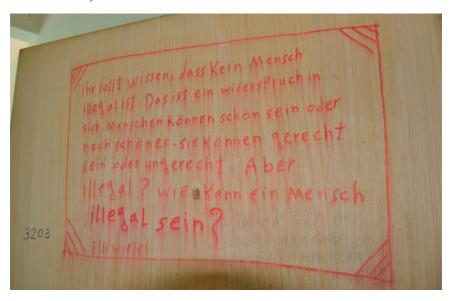
4.8 Das System den Menschen anpassen – und nicht umgekehrt

Systeme können negative Auswirkungen haben, obwohl ihre Architekten und Betreiber gute Absichten hatten und immer noch haben. So auch das System der Unterbringung der Asylbewerber, wo die Prinzipien der Würde, der Mitmenschlichkeit und der Menschenrechte auf die ordnungspolitischen Absichten der Vergrämung von Asylbewerbern stoßen.

Da die Auswirkungen der Systementscheidungen den Entscheidungsträgern an der Spitze oft nicht klar sind, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, diese Auswirkungen sichtbar zu machen. Aufgrund dieser Daten wird es möglich, das System entsprechend anzupassen, damit das System so funktioniert, wie es unseren Werten und unserem Grundgesetz entspricht.

Arbeiten wir also an mehr Transparenz – für bessere Entscheidungen und für bessere Systeme.

Passen wir das System den Menschen an.



Familia (11)

- · die durei emuldusenen Häddhen besudeen seit
 August elue UKA Klame an der
 Schule ui leipzig, Problem: keine Absideening der
 Fahrliesten (bisher über Spenden), Zuhünginger Schul besuds
 Skhl effen
- · remisser die Freihart, selbat zu entoduciden wa sie Laberraufel und bleidung einhaufen wolken
- · 40€ reidien zum Leben nicht aus
- · laugu und teuter weg zur Ausländes beheide nach (p.P. hun und zunich 5,20€)
- · alle Heusden un Heim suid deprintu
- · fühlen sich hier im Day selve isoliert
- · ohne die Todiki kann die Hulker uidels machen (2.B.

Termine bein ARL

Hilferuf einer jungen Frau – Bei einem Heimbesuch dem SAB übergeben.

5. Systemische Lösungen für eine menschenwürdigere Unterbringung

Wir sind es gewohnt, bei Missständen schnell nach einem Schuldigen zu suchen, um ihm die alleinige Schuld zuzuweisen. Dann sind alle anderen "fein heraus" – und das System wird nicht verbessert, sondern höchstens verschlimmbessert.

Doch es gibt keine Schuldigen. Es gibt nur Mitverantwortliche. Bei systemischen Problemen tragen alle einen Teil der Verantwortung. Um erkennbar unakzeptable Situationen zu verbessern, müssen die Regeln des Systems erkennbar verbessert werden.

Glücklicherweise sind wir nicht nur Teilnehmer im System. Wir sind auch seine Architekten. Wir können das System und seine Regeln so verändern, dass wir damit die Ergebnisse erreichen, die im langfristigen Interesse aller sind.

Aus dieser Perspektive heraus bittet der Sächsische Ausländerbeauftragte die Sächsische Staatsregierung, die folgenden 20 Anregungen zu erörtern und ggf. umzusetzen bzw. deren Umsetzung zu unterstützen.

Die Mehrheit unserer Anregungen ergibt sich aus den "Best Practises" der Heime.

5.1 Verantwortung, Finanzierung, Zuweisung

Die Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten sollte in die Verantwortungsbereiche des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz und der zuständigen Sozialbehörden der Landkreise bzw. Kreisfreien Städte übertragen werden.

Wir plädieren grundsätzlich für eine bescheidene, aber angemessene Unterbringung, da sich Unterbringung nicht als Vergrämungsinstrument eignet. Vergrämung führt zu einer Verelendung, aber nicht zur Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer. Sie erhöht die Wahrscheinlichkeit von zerstörerischem Verhalten gegen sich selbst, gegen Mitbewohner, Heimpersonal und letztlich gegen die Öffentlichkeit. Vermehrt führt sie auch zu chronischen psychischen und physischen Leiden, die letztendlich auch unser Gesundheitssystem zunehmend finanziell belasten.

Alle grünen Heime in Sachsen befinden sich in Landkreisen und Städten, in denen die Unterbringung in der Verantwortung der jeweiligen Sozialämter liegt.

Eine angemessene Finanzierung der Unterbringung ist die Grundlage für ein menschenwürdiges Heimleben.

Unterbringungskosten sind dynamische Kosten, da sie vom Markt abhängig sind. Deshalb sollten sie haushaltstechnisch nicht wie frei verfügbare Mittel behandelt werden. Die Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten muss angemessen finanziert sein. Das sichert eine Unterbringung, die unseren Werten und Prinzipien entspricht und vermeidet Situationen, in denen Heimbetreiber gezwungen werden, zwischen Heizung und Hausaufgabenbetreuung entscheiden zu müssen.

Konsequent den Weg dezentraler Unterbringung von Familien, Alleinerziehenden und Anderen aus humanitären Gründen weitergehen.

Die Mehrzahl der Flüchtlingsfamilien lebt bereits heute dezentral. Der Freistaat Sachsen unterstützt die dezentrale Unterbringung konsequent. Wir ermutigen alle Verantwortlichen, diesen Weg weiterzugehen, bis alle Familien und Alleinerziehenden dezentral wohnen, die dazu in der Lage sind und das auch wollen. Dazu gehört auch eine begleitende soziale Betreuung.

Wohnhäuser und Wohnheime wie z. B. Wohnplatten im DDR-Stil WBS70 können als eine Form der dezentralen Unterbringung angesehen werden, wenn sie überwiegend von Familien bewohnt und entsprechend betreut werden.

Asylbewerber und Geduldete sollten dort untergebracht werden, wo sie ihre mitgebrachte Bildung weiterführen können.

Die Zuordnung der Asylbewerber zu den sächsischen Gemeinschaftsunterkünften erfolgt zumindest unter Bildungsaspekten nach dem Zufallsprinzip. Bei der Weiterführung der schulischen Bildung von Kindern fällt das nicht ins Gewicht, weil die schulische Integration im Freistaat Sachsen überwiegend sehr gut geregelt ist.

Schwieriger ist es bei Jugendlichen zwischen 18 und 27 Jahren, die mit und ohne Schulabschluss nach Sachsen kommen. Sie haben ein Anrecht auf weiterführende Bildung. Hier gibt es praktische Probleme, wenn sie in einem Landkreis untergebracht sind, in dem es keine adäquaten Bildungsangebote gibt. Auch die Wahrnehmung von Angeboten in anderen Kreisen oder der nächsten Kreisfreien Stadt ist schwierig, da beispielsweise Asylbewerber der Residenzpflicht unterliegen und den Landkreis nicht verlassen dürfen. ¹⁴ Hinzu kommt, dass die Fahrtkosten vom Taschengeld kaum aufgebracht werden können.

Die Probleme werden noch gravierender bei denen, die mit Abitur oder Teilstudium zu uns kommen und eigentlich weiterlernen sollten. Auch das geht nicht, wenn sie in einem abgelegenen Heim untergebracht sind und die nächste Hochschule außerhalb des Landkreises liegt. Residenzpflicht und Reisekosten erschweren und verhindern die Weiterbildung, die auch im Interesse unserer Gesellschaft wäre.

Das alles könnte vermieden werden, wenn in der Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaates Sachsen die Zuordnung zu den Heimen nach abgestimmten Prämissen zwischen Kultus- und Innenministerium so geschehen würde, dass Asylbewerber in erreichbarer Nähe zur angemessenen Bildungseinrichtung wohnen würden.

5.2 Sozialarbeit, Sicherheit und Gesundheit

In jedem Heim sollte qualifizierte Sozialarbeit sichergestellt werden, um damit pro-soziales Verhalten zu fördern und notwendige Unterstützung zu leisten. Dabei sollte eine Vollzeitstelle pro 100 Bewohner zur Verfügung gestellt werden.

Besonders in Gebäuden mit Kasernencharakter sind die Gefahren für repressive Hierarchien und Gewalt groß, wenn die Bewohner sich im Wesentlichen selbst überlassen bleiben. Sozialarbeit grenzt diese Gefahr ein, erhöht die innere Sicherheit im Heim und die Akzeptanz für unsere Wertegemeinschaft, wovon auch die Gesellschaft insgesamt profitiert.

Qualifizierte Sozialarbeit sichert die adäquate Begleitung der Asylsuchenden und Geduldeten bei Behördengängen, bei der schulischen Integration der Kinder und ganz allgemein in Dingen des alltäglichen Lebens.

¹⁴ Seit 1. Juli 2011 wird aufgrund einer Änderung des AsylVfG Asylsuchenden in der Regel erlaubt den betreffenden Landkreis zu Ausbildungszwecken vorübergehend zu verlassen. In Bezug auf Geduldete gilt das Gleiche und zudem wurde im Januar 2011 die Verpflichtung der sächsischen Ausländerbehörden, den räumlichen Aufenthalt der Geduldeten auf den Bereich der jeweiligen Ausländerbehörde zu beschränken, gelockert.

Darüber hinaus hat Sozialarbeit eine wichtige vermittelnde Funktion zwischen Gemeinschaftsunterkunft, Nachbarschaft und Gesellschaft. Dazu zählt die Information über bestehende Bildungsangebote, über Arbeitsgelegenheiten, Möglichkeiten zur Teilhabe am soziokulturellen Leben oder auch über Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren und natürlich auch die Vermittlung in diese Bereiche.

Adäquate Sicherheit in allen Heimen gewährleisten.

Heime dürfen kein rechtsfreier Raum sein. Die Bewohner müssen in der Lage sein, in Recht und Ordnung zu leben. Deshalb sollten alle Heime, die nicht als Wohnhaus geführt werden, Wachdienste rund um die Uhr zur Verfügung stellen, Notruftelefone einrichten und die Belehrung der Bewohner im Brandfall sicherstellen. Die Heime sollen im Inneren genauso sicher sein wie ihr Umfeld. Auch eine gute Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden gehört dazu.

Bei schweren Übergriffen gegen einzelne Heimbewohner durch andere Heimbewohner sollten die Angegriffenen die Chance zur dezentralen Unterbringung bekommen. Wenn Opfer und Täter weiterhin nebeneinander im Heim leben, ist es unwahrscheinlich, dass das Opfer Mut zur Aussage hat und eine Wiederholungstat kann nicht ausgeschlossen werden.

Vorsorgeuntersuchungen auf ansteckende Krankheiten sowie Betreuung von Müttern mit Kleinkindern sicherstellen.

Da Tuberkulose und AIDS eine Inkubationszeit von einigen Monaten haben, sollten Neuankömmlinge nach den ersten sechs Monaten noch einmal daraufhin untersucht werden.

Mütter mit Kleinkindern brauchen ärztliche Betreuung in den ersten Monaten nach der Entbindung, zu der ggf. Dolmetscher bereitgestellt werden sollten, um sicherzustellen, dass sie die richtige Versorgung erhalten. Gesundheitsgefährdender Schimmel und Ungeziefer sind ernst zu nehmen und sollten sofort bei Entdeckung effektiv beseitigt werden.

Ungeziefer wie Kakerlaken sowie Schimmel sind in einigen Heimen an der Tagesordnung. Kakerlaken beispielsweise gelten als Gesundheitsschädlinge, weil sie Krankheiten wie Typhus, Tuberkulose, Cholera, Ruhr, Hepatitis B und Kinderlähmung übertragen können. Die Gesundheit aller Heimbewohner ist in solchen Situationen deutlich gefährdet. Besonders kleine Kinder sind stark davon betroffen. Im Interesse der Gesundheit der Bewohner, aber auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit sollten regelmäßig akute und vorbeugende Schädlingsbekämpfungen sowie nachhaltige Maßnahmen gegen Schimmel durchgeführt werden.

Außerdem sollten die zuständigen Behörden die Hygiene in Gemeinschaftsunterkünften regelmäßig kontrollieren und sicherstellen.

5.3 Soziale Inklusion, Bildung und Sprache

Soziale Inklusionsrechte und -pflichten sichtbar machen und Asylbewerbern und Geduldeten darin Orientierung geben.

In Deutschland gelten universale soziale Inklusionsrechte für alle, auch für Asylbewerber und Geduldete. Auf der anderen Seite hat unsere Gesellschaft auch das Recht, von ihnen Inklusionspflichten einzufordern; denn unsere Gemeinschaft lebt vom Konsens aller Mitmenschen.

Ein soziales Inklusionsrecht betrifft die Schulbildung der Kinder und die Rolle der Eltern dabei. Alle Kinder kommen in den Genuss von Schulbildung, unabhängig vom Status ihrer Eltern. Eltern von Schulkindern tragen allerdings damit eine wichtige Verantwortung für die Bildung ihrer Kinder.

Wie sollen sie dieser Verantwortung nachkommen, wenn sie die Lehrer nicht verstehen und umgekehrt? Wie sollen sie Vorbilder ihrer Kinder für soziale Integration und unsere Wertegemeinschaft sein, wenn sie nicht wissen, worum es geht?

Wie sollen sie unsere Demokratie respektieren und schätzen, wenn sie keine Möglichkeiten haben, ihre Ideen in Entscheidungen unserer Gemeinschaft einzubringen?

Im Anhang sind die wichtigsten sozialen Inklusionsrechte und -pflichten aufgeführt, wie wir sie derzeit sehen.

Deutscherwerb für alle.

Deutsch ist Amtssprache: Wir erwarten, dass Asylbewerber und Geduldete mit den Behörden in Deutsch kommunizieren, was diese aber in den seltensten Fällen können. Wie wir gezeigt haben, haben Asylbewerber und Geduldete keinen Zugang zu geförderten Sprachkursen, weil der Gesetzgeber kein Geld investieren will, solange nicht klar ist, ob die Asylsuchenden bleiben können oder gehen müssen.

Sprachkenntnisse sind trotzdem essentiell – sei es für die Eltern, die ihre Kinder in der Schulbildung begleiten wollen, oder für Geduldete, die über Jahre bei uns leben und sich in unsere Gemeinschaft einbringen. Außerdem ist Sprache der Schlüssel zu unseren Werten. Wie sollen die Asylbewerber unsere Kultur und unseren gesellschaftlichen Konsens kennenlernen und respektieren lernen, wenn sie keinen Zugang zu unserer Sprache erhalten?

Erfreulicherweise gibt es im Freistaat Sachsen viele Ansätze, mit denen versucht wird, Brücken zu bauen. Erwähnenswert sind die ehrenamtlich getragenen Bildungspatenschaften für Kinder, die Vereine, die Sprachkurse in den Gemeinschaftsunterkünften anbieten oder die Kommunen, die sich über die Volkshochschulen mit kostengünstigen Sprachkursen engagieren.

Hier gilt es, diese Initiativen zu ermutigen und zu unterstützen. Und wenn ein Asylbewerber mit guten Deutschkenntnissen in die eigene Heimat zurückkehrt, dann hat er eine Fähigkeit, die ihm auch in seinem weiteren Berufsleben vor Ort helfen kann.

In jedem Heim einen Leseraum mit deutschen Büchern und Zeitschriften einrichten und führen.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Das gilt auch in unseren Heimen. Wer verhindern möchte, dass Heime zu Enklaven ausländischer Kulturen werden, die sich aus Satellitenschüsseln speisen, der kann nur die Öffnung für unsere Kultur in den Heimen unterstützen.

Bücher und Zeitschriften in deutscher Sprache vermitteln unsere Kultur und unsere Wertegemeinschaft. Gebrauchte Bücher lassen sich leicht durch Spenden aus der Bevölkerung zusammentragen. Lesezirkelbetreiber könnten den Heimen ihre Magazine am Ende der Verleihzeit praktisch kostenlos zur Verfügung stellen. Das kostet de facto wenig Geld und würde den Bewohnern unsere Welt näher bringen.

Der Leseraum sollte auch mit Wörterbüchern ausgestattet sein, die den Heimbewohnern helfen, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Möglich wären auch PCs ohne Internetanschluss, aber mit CD-basierten Deutschkursen, die ein Selbststudium der deutschen Sprache vor Ort im Heim möglich machen.

Der Leseraum würde den Menschen auch einen Ruheort im Heim bieten, in dem sie nicht von ihren Zimmermitbewohnern abgelenkt werden.

Alphabetisierungskurse und Wege zum zweiten Bildungsweg für gering Beschulte einrichten.

Wir verzeichnen eine wachsende Zahl von Flüchtlingen, die in ihrer Heimat nur weni-

ge Jahre beschult wurden, oder die sogar als Analphabeten zu uns kommen. Davon sind mehr Frauen und junge Mütter betroffen als Männer. Ihnen über europäisch finanzierte Programme eine Chance zur Weiterentwicklung ihrer Bildungspotenziale zu geben, ist in unser aller Interesse.

Gebildete Frauen entwickeln mehr Selbstvertrauen. Und das brauchen sie in unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass sie auf Augenhöhe mit den Männern stehen.

Europa stellt für solche Bildungsangebote Mittel zur Verfügung. Es bedarf nur der Initiative der öffentlichen Hand und der privaten Anbieter, um hier einen Anfang zu machen.

Individuelle Mobilität mit gespendeten Fahrrädern erhöhen.

In einigen Landkreisen werden schon heute von Bürgern nicht mehr gebrauchte Fahrräder gespendet, die Asylbewerber für die eigene Mobilität nutzen können. Ähnliche Angebote sollten in allen Heimen möglich sein.

Arbeitsgelegenheiten mit Vergütung nach §5 AsylbLG für verschiedene Tätigkeiten im Heim schaffen und unterstützen.

Nach §5 des Asylbewerberleistungsgesetzes sollen Asylbewerbern Arbeitsgelegenheiten in Aufnahmeeinrichtungen "zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtungen" zur Verfügung gestellt werden. Für die zu leistende Arbeit wird eine Aufwandsentschädigung von 1,05€ je Stunde ausgezahlt (§5 Abs. 2 AsylbLG). Das Wort "soll" bedeutet dabei im Gesetz "muss, wenn man kann". Solche Arbeitsgelegenheiten sind in Sachsen im Wesentlichen ein bisher unbestelltes Feld.

In den meisten Heimen gab es diese Angebote nicht. In manchen Heimen wurden sie von etwa hundert Bewohnern nur einem oder zwei Personen gemacht.

Wer Menschen in Gemeinschaftsunterkünften

leben lässt, ist auch verantwortlich dafür, ihnen Möglichkeiten zu geben, in Menschenwürde zu leben. Arbeitsangebote nach §5 AsylbLG bieten solche Gelegenheiten.

Die Betreuung des Leseraumes ist ein Beispiel dafür. Eine Heimwerkstatt zur Fahrrad- und Möbelreparatur ist ein weiteres Beispiel, wie sinnvolle Arbeit und gegenseitige Hilfe miteinander verbunden werden können.

Weiterhin regen wir gemeinnützige Arbeit für folgende Bereiche an:

- Hausaufgabenbetreuung für Schüler, wo sie nicht vom Heim gestellt wird
- Alphabetisierungshilfe
- Pflege von Bedürftigen
- Orientierung von Neuankömmlingen über die Regeln des Heimlebens, der Sicherheit, des Brandschutzes usw.
- Kommunale gemeinnützige Tätigkeiten im Umfeld des Heimes oder im weiteren Umfeld, wenn für den Transport gesorgt ist

Demokratie erlernen durch Einbindung in Heim und Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft ist eine Demokratie mit all ihren Vorteilen. Diese Vorteile zu erkennen und zu schätzen, ist für Menschen aus Ländern ohne Demokratie ein wichtiger Lernprozess. Heimbeiräte ermöglichen nicht nur diesen Lernprozess, sie wecken auch das Verantwortungsgefühl der Bewohner für positive Zustände im Heim.

Auch die Mitwirkung in den kommunalen Migrantenbeiräten dient einem richtigen Demokratieverständnis.

Damit kommen wir den Anregungen der Wohlfahrtsverbände nach, auch Asylbewerbern und Geduldeten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sich konstruktiv an der Gesellschaft zu beteiligen.

Gemeinnützigen Vereinen Zugang zu allen Heimen gewähren, um die gesellschaftliche Inklusion der Heimbewohner zu fördern.

Wir wünschen uns, dass Heimbewohner durch gesellschaftliche Kontakte unsere Gesellschaft kennen- und respektieren lernen. Gemeinnützige Vereine können dabei eine wichtige Brückenfunktion übernehmen. Ein freier Zugang zu den Heimen ist dafür Voraussetzung.

5.4 Heime und Gesellschaft

Jährliche Tage der offenen Tür in allen Asylbewerberheimen einrichten.

Die Stadt Chemnitz macht es uns vor: Einmal im Jahr können Interessierte aus der Bevölkerung die Heime besuchen und so die Zustände mit eigenen Augen sehen. Sie können sehen, dass unsere Asylbewerber und Geduldeten sauber, spartanisch und bescheiden leben.

Wenn die Bedingungen in unseren Heimen damit für unsere Mitbürger ein menschliches Gesicht erhalten, werden die öffentlichen Diskussionen über die Unterbringung faktenbasiert und entspannter.

Ermutigung zur Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften in Wohnhäusern mit einer Belegung zwischen 50 und 100 Bewohnern.

Der Blick auf alle Heime zeigt, dass die besten Zustände in Heimen existieren, in denen Wohneinheiten zur Unterbringung dienen. Wohneinheiten gewähren den Bewohnern ein gutes Maß an Privatsphäre und Sicherheit vor Übergriffen. Mit wohnungseigenen Küchen und Sanitärbereichen geben sie mehr Gelegenheiten zur Eigenverantwortung und weniger Gelegenheiten für Repressionsversuche durch Mitbewohner.

Heimgrößen zwischen 50 und 100 Bewohner nehmen den Charakter von ganz normalen Wohnhäusern an und stellen auch für ihre Nachbarschaften wenig Belastung dar. Damit erfordern sie weniger Betreuungs- und Wachdienstbedarf. Angesichts des Überangebotes von Wohnungen im Land wird es oft möglich sein, kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in solchen Einheiten mindestens so kostengünstig zu betreiben, wie angemessen ausgestattete größere Heime.

Das Heimleben ist zur Dauerunterbringung ungeeignet. Bringen wir Menschen aus humanitären Gründen dezentral unter, wenn erkennbar wird, dass sie an den Konsequenzen des Heimlebens menschlich zu zerbrechen drohen.

Selbst "grüne" Heime sind auf lange Sicht nicht für ein menschenwürdiges Leben geeignet. Das Heimleben erlaubt keine ausreichende Privatsphäre. In gemeinschaftlich genutzten Räumen ohne Rückzugsbereich ist es fast unmöglich, die zwischenmenschlichen Kontakte aufzubauen und zu leben, die jeder Mensch braucht.

Wir sollten Menschen die dezentrale Unterbringung erlauben, für Alleinstehende ggf. auch in kleinen Wohngemeinschaften, wenn sie dazu durch deutsche Sprache und gezeigtes pro-gesellschaftliches Verhalten in der Lage sind. Eine Mutter und ihre erwachsene Tochter, die sieben Jahre in einem abgelegenen Heim wohnen, sollten die Möglichkeit erhalten, außerhalb eines Heimes zu leben und sich gemeinnützig zu engagieren, anstatt in einem abgelegenen Heim am Rande der Depression ins Nichts hineinzuleben. Die handschriftlichen Kommentare der Tochter geben wir im Bericht wieder.

Wo mehrere Menschen zusammenleben, kann das dezentrale Wohnen kostengünstiger als eine Heimunterbringung sein. Der dezentralen Unterbringung müssen keine Kostenfragen im Wege stehen.

Für eine mitmenschlichere Asylpolitik auf Bundesebene: Deutsche Verfahren verkürzen, beschleunigende internationale Rückführungsabkommen vereinbaren und ab 12 Monaten bis zur Abreise einen neuen Warte-Titel mit Arbeitsberechtigung und Deutschkursen gewähren.

Nach dem Gesetz sollten unsere Asylbewerberverfahren eigentlich alle innerhalb eines Jahres beendet sein. Unsere Gesetze sind mit dieser Erwartung an die Dauer von Asylverfahren beschlossen worden.

In Wirklichkeit ziehen sie sich oft über viele Jahre hinaus. Sieben Jahre und mehr sind keine Seltenheit. Und auch danach kann Unsicherheit weiterhin im Raum stehen. Was muss ein Mensch durchmachen in all diesen Jahren, in denen er oder sie im Heim leben soll, weitgehend isoliert? Was passiert, wenn man jahrelang nicht arbeiten darf und dadurch seine erworbenen Fähigkeiten verliert oder kein Deutsch lernen soll? Diese scheinbar endlose Zukunftsunsicherheit kann zur Unmenschlichkeit werden.

Sie kann auch kriminelles Verhalten fördern, das nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Gesellschaft insgesamt schadet. Solchen Tendenzen sollten wir auch durch beschleunigte Abschiebung bei schwerer Kriminalität begegnen.

Darüber hinaus sind sich alle Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister im Freistaat Sachsen einig, dass die jahrelangen Zeiten des Wartens für die betroffenen Menschen zu unmenschlichen Zuständen führen. Deshalb sollte kein Verfahren länger als 12 Monate dauern.

Hier bieten sich zwei Anregungen für den Bundesgesetzgeber an: erstens eine zeitliche Straffung des Verfahrens, ohne die Rechtsprinzipien unserer Verfassung zu gefährden und zweitens Verträge mit den Rückkehrländern über menschenrechtskonforme Rücknahmevereinbarungen abschließen, die die gegenwärtig unwürdige Bürokratie verkürzen würden. Das sind lohnende langfristige Ziele.

Wir regen darüber hinaus an: Erweitern wir das Asylrecht dahingehend, dass Ausländer nach 12 Monaten der Antragsbearbeitung einen "Warte-Titel" bekommen. Der sollte ihnen die Arbeitsaufnahme ermöglichen und Deutschkurse zugänglich machen, bis über ihren Aufenthaltsstatus endgültig entschieden ist bzw. bis ihre Ausreise konkret ansteht.

Das würde den betroffenen Menschen und uns allen helfen. Wer finanziell auf eigenen Beinen steht.

- lebt nicht auf Staatskosten,
- trägt dadurch zu unserer Gesellschaft bei,
- erhält und verbessert seine Qualifikationen und
- erhält entweder seine Integrationsfähigkeit oder kann, wenn er muss, mit erhobenem Haupt in seine Heimat zurückkehren.

Dieser Ansatz könnte anfänglich bei Asylbewerbern mit beruflichen Abschlüssen, Abituroder Hochschulbildung getestet, und bei Bewährung sorgfältig ausgeweitet werden.

Mit Herz gesehen

Ein alter Rabbi fragte einst seine Schüler, wie man die Stunde bestimmt, in der die Nacht endet und der Tag beginnt.

"Wenn man von weitem einen Hund von einem Schaf unterscheiden kann oder einen Feigenvon einem Dattelbaum?" "Nein", sagte der Rabbi, "es ist dann, wenn du in das Gesicht irgend eines Menschen blicken kannst und deine Schwester oder deinen Bruder siehst. Bis dahin ist die Nacht noch bei uns."

> Aus "Die Losungen 2011 für junge Leute" für den 27. März der Herrnhuter evangelischen Brüder-Unität.



Wie wir in den Wald hinein rufen, so schallt es zu uns zurück. Wie wir heute mit Asylbewerbern und Geduldeten umgehen, so werden sie sich morgen in unserer Gesellschaft verhalten.

Repression und Verelendung führen langfristig zu Desorientierung, kriminellen Verhaltensmustern oder hohen Krankheitskosten bei denen, die diesen Strategien ausgesetzt sind. Unsere analogen Erfahrungen in der Erziehung haben uns weg von Strenge und Härte und hin zum konstruktiven Umgang

geführt. Wer ein unseren Werten entsprechendes Verhalten bei den Asylbewerbern und Geduldeten erreichen will, setzt auf Letzteres. Die meisten von ihnen leben viele Jahre bei uns.

Wir wissen, dass ein positiver Umgang Gutes bewirken kann. Deshalb bekennen wir uns am besten zu Strategien, die allen helfen. Natürlich auch uns.

Das zu ermöglichen und zu fördern ist die Zielsetzung des "Heim-TÜVs".

Nachwort: Unsere gemeinsame Zukunft

Alle Menschen, die bei uns leben, sind unsere Mitmenschen. Manche bleiben langfristig bei uns, andere sind sozusagen Mitmenschen auf Zeit. In jedem Fall sind sie unsere Mitmenschen.

Öffnen wir unsere Augen: Als Land, als Gesellschaft befinden wir uns mitten in einem Veränderungsprozess, wie wir ihn bisher noch nie in der Geschichte der Menschheit erlebt haben. Auf der einen Seite werden in unserem deutschen Boot immer weniger solche Menschen sitzen, die der bisherigen Definition von "deutsch" entsprechen.

Auf der anderen Seite kommen immer mehr Menschen aus aller Welt hinzu, für die Deutschland die zweite Heimat ist. Wie die Verhältnisse in der Zukunft aussehen werden, das sehen wir schon heute in den Grundschulen der westdeutschen Städte. Nach einigen Schätzungen kann es sein, dass schon in etwa 25 Jahren die Mehrheit der Passagiere auf unserem deutschen Boot einen Migrationshintergrund haben wird.

Wie soll es auf unserem Boot zugehen? Wollen wir, dass alle konstruktiv zusammenleben? Dann sollten wir Alle nach den Werten behandeln, zu denen wir uns bekennen. Alle Menschen, die bei uns leben, sind potenziell entweder zukünftige Mitbürger oder zukünftige Botschafter unserer Gesellschaft in der Welt.

Unser menschenwürdiger und respektvoller Umgang mit den Flüchtlingen heute wird wesentlich dazu beitragen, dass wir zu einer Gesellschaft werden, die Menschen aus aller Welt gern zu ihrer permanenten Heimat machen.

Praktizieren wir den menschenwürdigen Umgang mit allen bei uns lebenden Menschen.

6. Anhang

6.1
Soziale Inklusionsrechte und -pflichten für alle Mitmenschen der Bundesrepublik Deutschland, Stand 2011, Anregung des Sächsischen Ausländerbeauftragten

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer historischen Entwicklung zu einem Land geworden, in dem Menschen mit Migrationshintergrund einen wesentlichen Teil der Gesellschaft ausmachen. Im Jahre 2010 waren das etwa 20 % unserer Bevölkerung. Dieser Prozentsatz wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Aus diesem Grund ist das weltoffene Miteinander heute schon eine wesentliche Voraussetzung für die konstruktive Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die erfolgreiche soziale Inklusion aller Menschen im Freistaat Sachsen ist unser Weg, um diese Weiterentwicklung zu ermöglichen und voranzubringen. Aus dieser gemeinsamen Aufgabe entstehen konkrete Inklusionsrechte und -bekenntnisse für alle bei und mit uns lebenden Menschen. Das Gesetz unterscheidet heute zwischen fünf unterschiedlichen Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern:

1. Deutsche ohne MigrationshintergrundD2. Deutsche mit Migrationshintergrund D_M 3. Ausländer mit Daueraufenthalt A_D 4. Ausländer mit Aufenthalt auf Zeit A_Z 5. Ausländer ohne Aufenthaltstitel A_D

Diese fünf Gruppen haben unterschiedliche Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft und damit auch verschiedene Inklusionsrechte und -bekenntnisse.

Soziale Inklusionsrechte					
	D	\mathbf{D}_{M}	\mathbf{A}_{D}	\mathbf{A}_{Z}	\mathbf{A}_{0}
Die Menschenwürde und die verschiedenen Menschenrechte	•	•	•	•	•
Ungehinderter Schul- und Bildungszugang für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres	•	•	•	•	•
Schulische Angebote für Muttersprachenunterricht für Kinder	•	•	•	•	•
Finanzierte deutsche Sprachkurse für Eltern und Erwachsene		•	•		
Zugang zu den Inhalten der europäischen Leitkultur mit den Prinzipien von Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft	•	•	•	•	•
Zugang zu den Prinzipien der interkulturellen Kompetenz	•	•	•	•	•
Aktives Beteiligungsrecht an Ausländer/Migrantenbeiräten	•	•	•	•	•
Passives Beteiligungsrecht an Ausländer/Migrantenbeiräten	•	•	•	•	
Aktives u. passives Wahlrecht in der Bundesrepublik ab 18 Jahre	•	•			

Erwartete soziale Inklusionsbekenntnisse					
	D	\mathbf{D}_{M}	A _D	\mathbf{A}_{z}	A _o
Achtung von Recht und Gesetz der Bundesrepublik	•	•	•	•	•
Bekenntnis zur europäischen Leitkultur und ihren Prinzipien	•	•	•	•	•
Eltern ermutigen Kinder zur bestmöglichen Nutzung der Bildungsangebote	•	•	•	•	•
Die deutsche Sprache erwerben und nutzen	•	•	•	•	
Respekt für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger	•	•	•	•	•
Deutsche Geschichte kennenlernen	•	•	•	•	
Interkulturelle Öffnung und Erhöhung der Kompetenz	•	•	•	•	•

Diese sozialen Inklusionsrechte und die erwarteten Bekenntnisse spiegeln die derzeitige rechtliche Lage und die Praxis.

6.2 "Heim-TÜV" Fragenkatalog 2011, Entwicklung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

Landkreis / Kreisfreie Gemeinschaftsunte		Besuch am 2011	
0. Dezentrale Unterb	ezentrale Unterbringung von Familien und Frauen im Landkreis oder in der Kreisfreien Stadt		
	Frauen wird im eisfreien Stadt		
	e Schulnähe der den Ægeln des		
Welche Form Betreuung w	der sozialen ird angeboten?		
1. Unterbringung vo	n Familien und Fr	auen in der Gemeinschaftsunterkunft	
	der Anteil der I Frauen in der tsunterkunft?		
Wie weit ist o Schulen (mit Vorbereitung entfernt?			
Welche Form qualifizierter wird für Fam angeboten?			
2. Sicherheit im Hein	1		
Wie viele Per in der Unterk	sonen wohnen unft?		
	/ Wachdienst Uhr angeboten?		
Wie wird die äußere Siche Heimbewoh gewährleiste	rheit der ner		
Gibt es Hinw repressive Hi innerhalb de	erarchien		

"Heim-TÜV" 2011

124

Fragen an die Unterbringungsbehörde Fragen an die Heimleitung/ Sozialarbeiter Eigene Beobachtungen

	Gibt es Hinweise auf Spannungen zwischen Heimpersonal und Bewohnern? Welche Straftaten sind im Heim aufgetreten?	
3. Betre	euung	
	Liegt ein schriftliches Betreuungskonzept vor?	
	Wie ist die beobachtbare Haltung des Heimpersonals zu den Bewohnern während unseres Besuches?	
	Wie oft sind qualifizierte Sozialarbeiter im Heim?	
	Wie sieht der Betreuungsschlüssel für Sozialarbeiter aus?	
4. Frau	en- und Familiengerechtheit	
	Sind Frauen und Familien in Wohneinheiten untergebracht?	
	Gibt es geschlechtlich getrennte und abschließbare Sanitäranlagen?	
5. Integ	gration von Kindern	
	Wie groß ist die Entfernung vom Heim zur Kita?	
	Welche Angebote für Hausaufgabenbetreuung gibt es im Heim?	
	Wie kooperiert die Verwaltung mit der Sächsischen Bildungsagentur?	

Fragen an die Unterbringungsbehörde Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter Eigene Beobachtungen

-2-

Fragen an die Unterbringungsbehörde Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter Eigene Beobachtungen

	Wie groß ist die Entfernung zur Ausländerbehörde?	
	Wie weit ist es zum ÖPNV?	
	Wie häufig verkehrt der ÖPNV?	
	Wie weit ist die nächste Migrationsberatungsstelle entfernt?	
	Wie weit ist es zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten?	
	Wie wird die eigenständige Mobilität im täglichen Leben unterstützt?	

9. Zust	and und Umfeld	
	In welcher Art Gebäude ist die Gemeinschafts- unterkunftuntergebracht?	
	Wie ist der bauliche Zustand (innen, außen)?	
	Wie adäquat sind die Räume ausgestattet?	
	In welchem Zustand befinden sich die Sanitäranlagen?	
	Wie ist die Hygiene des Heimes im Allgemeinen einzuschätzen (Schädlinge, Schimmel etc.)?	

10. Gesellschaftliche Einbindung				
	Welche Zugangsmöglichkeiten zur Mitarbeit in Vereinen haben die Heimbewohner?			
	Gibt es Angebote für eine Mitwirkung im Gemeinwohldienst?			

Fragen an die Unterbringungsbehörde	
Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter	
Eigene Beobachtungen	

Inwieweit erhalten Heimbewohner die Möglichkeit bei gesellschaftlichen Projekten mitzuwirken? 11. Finanzierung der Gemeinschaftsunterkunft Umgang mit steigenden Kosten (z. B. Betriebs- und Heizungskosten etc.) bei konstanten Mitteln Eingestellte Maßnahmen in den letzten Jahren Auswirkungen der Kürzungen auf Heimleben Einzelfälle Konkrete Beschreibung mit Namen		
Umgang mit steigenden Kosten (z. B. Betriebs- und Heizungskosten etc.) bei konstanten Mitteln Eingestellte Maßnahmen in den letzten Jahren Auswirkungen der Kürzungen auf Heimleben	Heimbewohner die Möglichkeit bei gesellschaftlichen Projekten	
Umgang mit steigenden Kosten (z. B. Betriebs- und Heizungskosten etc.) bei konstanten Mitteln Eingestellte Maßnahmen in den letzten Jahren Auswirkungen der Kürzungen auf Heimleben		
Betriebs- und Heizungskosten etc.) bei konstanten Mitteln Eingestellte Maßnahmen in den letzten Jahren Auswirkungen der Kürzungen auf Heimleben Einzelfälle	11. Finanzierung der Gemeinschaftsunter	kunft
letzten Jahren Auswirkungen der Kürzungen auf Heimleben Einzelfälle	Betriebs- und Heizungskosten etc.)	
Heimleben Einzelfälle		
Konkrete Beschreibung mit Namen	Einzelfälle	
	Konkrete Beschreibung mit Namen	

Fragen an die Unterbringungsbehörde Fragen an die Heimleitung / Sozialarbeiter Eigene Beobachtungen

- 5 -

6.3 Errechnung der Einschätzung eines Heimes, Stand 2011, Entwicklung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

	Faktor	Durchschnitt: Gewichtung von -1 bis +1	Zwischen- summen
1	Unterbringung von Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft	* 2 =	
2	Sicherheit	* 2 =	
3	Betreuung	* 2 =	
4	Frauen- und Familiengerechtheit	* 2 =	
5	Integration von Kindern	* 2 =	
6	Bildungsangebote	* 1 =	
7	Mitwirkungsmöglichkeiten	* 1 =	
8	Lage und Infrastruktur	* 1 =	
9	Zustand und Umfeld	* 1 =	
10	Gesellschaftliche Einbindung	* 1 =	
		Endsumme: : 15 Gesamteinschätzung:	
		o commonwellang.	

6.4 "Heim-TÜV" Bewertungsschema 2011, Entwicklung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

FAKTOREN	ROT	GELB	GRÜN
	unangemessen	zu beobachten	angemessen
o. Dezentrale Unterbringung	von Familien und		is/Kreisfreien Stadt
a. Welcher Prozentsatz der Familien u. Frauen wird im Landkreis / Kreisfreien Stadt dezentral untergebracht?	< 50 % der Familien	50 – 75 % der Familien	> 75 % der Familien
b. Entspricht die Schulnähe der Wohnungen den Regeln des Freistaates?	Überschreitungen > 50 %	Überschreitungen < 50 %	Grundschule 45 min; Mittelschule / Gym- nasium 60 min; Berufl. Schul- zentrum 90 min
c. Welche Form der sozialen Betreuung wird angeboten?	keine konkrete Regelung, keine Zuständigkeit für soziale Betreuung	Ansprechpartner steht in Verwaltung o. Beratungsstelle zur Verfügung	regelmäßige und aufsuchende Bera- tung in der Wohnung
1. Unterbringung von Familie	n und Frauen in der	Gemeinschaftsunte	erkunft
a. Wie hoch ist der Anteil der Familien und Frauen in der Gemeinschaftsunterkunft?	Familien u. Frauen machen > 0 < 33 % der Belegschaft aus	Familien u. Frauen sind 33 – 74 % der Bewohner	keine oder >75 % der Bewohner eines Heimes
b. Wie weit ist das Heim von Schulen (mit Vorbereitungsklassen) entfernt?	Überschreitungen > 50 %	Überschreitungen < 50 %	Grundschule 45 min; Mittelschule/Gym- nasium 60 min; Berufl. Schul- zentrum 90 min
c. Welche Form der qualifizierten Sozialarbeit wird für Familien und Frauen angeboten?	Betreuung durch Sozialarbeiter in der Unterkunft selten oder nie	Betreuung durch Sozialarbeiter auf Anfrage oder weni- ger als 1x wöchent- lich in der Unter- kunft oder Heim- leiter ist Psychologe oder Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge	regelmäßige Betreu- ung durch Sozialar- beiter in der Unter- kunft (mindestens 1x wöchentlich)
2. Sicherheit			
a. Wie viele Personen wohnen in der Unterkunft?	> 180 Bewohner	100 bis 180	< 100 Bewohner
b. Wird Präsenz/Wachdienst rund um die Uhr angeboten?	nur tagsüber Personal in Gemeinschafts- unterkunft	24 h Personal / Wachdienst vor- handen, doch in abgelegenen Räumen	24h Personal/Wach- Wachdienst oder nachts verschließ- bare Eingangstüren in Heim mit Wohn- einheiten

FAKTOREN	ROT unangemessen	GELB zu beobachten	GRÜN angemessen
c. Wie wird die innere und äußere Sicherheit der Heimbewohner gewährleistet?	keine Maßnahmen zum Schutz vor Be- drohungen von innen oder außen	Unversehrtheit gegen äußere Bedrohungen gewährleistet	Unversehrtheit gegen innere und äußere Bedrohun- gen gewährleistet durch regelmäßige Kontrollen des Wachdienstes
d. Gibt es Hinweise auf repressive Hierarchien innerhalb des Heimes?	deutliche Hinweise auf Dominanz und Machtausübung durch erkennbare Hierarchieführer	vereinzelt Hinweise auf Dominanz und Machtausübungen	positives soziales Gefüge, keine Be- schwerden der Heimbewohner
e. Gibt es Hinweise auf Spannungen zwischen Heimpersonal und Bewohnern?	Massive Beschwer- den der Bewohner o. massive Besorg- nis der Betreiber wegen der Sicher- heit im Heim	Einzelne tragen Be- schwerden gegen einzelne Personen vor	Gespräche zwischen Heimbewohnern u. Heimleitung ent- spannt u. zwischen- menschlich. Besu- chern gegenüber freundlich-offen. Von keiner Seite Beschwerden oder Sorgen vorgetragen
f. Welche Straftaten sind im Heim aufgetreten?	immer wieder vor- kommende, erkenn- bare oder berichtete mehrfache Straf- taten gegen Perso- nen und Gegen- stände	einzelne Hinweise auf Sachbeschädi- gungen o. Berichte über eine gelegent- liche, einzelne Straf- tat gegen Personen oder Gegenstände	Straftatenfreiheit gegen Personen oder Sachen von Bewohnern und Heimpersonal bestätigt, keine anderweitigen Hinweise vor Ort
3. Betreuung			
a. Liegt ein schriftliches Betreuungskonzept vor?	nein	angekündigt	ja, umfassend
b. Wie ist die beobachtbare Haltung des Heimpersonals zu den Bewohnern während des Besuches?	respektlos oder herablassend gegenüber den Bewohnern bzw. Hinweise auf Überforderung mit den Aufgaben	innere Distanz ge- genüber den Bewoh- nern, bürokrati- scher Umgang	respektvoll, enga- giert u. kompetent gegenüber den Bewohnern
c. Wie oft sind qualifizierte Sozialarbeiter im Heim?	selten oder nie	unregelmäßig oder nur auf Anfrage	täglich
d. Wie sieht der Betreuungs- schlüssel für Sozialarbeiter aus?	weniger als ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) pro > 150 Personen	ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquvialent) für 100 – 150 Personen	ein Sozialarbeiter (Vollzeitäquivalent) für bis zu 100 Personen

FAKTOREN	ROT	GELB zu beobachten	GRÜN
4. Frauen- und Familiengered	unangemessen	zu beobachten	angemessen
a. Sind Frauen und Familien in Wohneinheiten untergebracht?	keine getrennten Wohneinheiten, Räume gehen vom kasernenartigen Flur ab. Weder ei- gener Sanitär- noch Kochbereich	entweder kasernen- artige Struktur, aber nur von Frauen/ Familien bewohnt oder "Wohnplatte/ Wohn-Container" mit niedrigem Familienanteil	jede Familie lebt in getrennter Wohn- einheit mit eigenem Sanitär- und Koch- bereich, gleiches gilt für mehrere zusammenlebende Frauen
b. Gibt es geschlechtlich ge- trennte und abschließbare Sanitäranlagen?	nein oder nicht sicher abschließba- re Sanitäranlagen	nein, aber Sanitär- anlagen sicher ab- schließbar und vor Einsicht geschützt	für jede Familie eigene Sanitär- anlagen
5. Integration von Kindern			
a. Wie groß ist die Entfernung vom Heim zur Kita?	kein befestigter, sicherer Fußweg o. Entfernung > 30 min sowie ÖPNV für Begleitperson nicht bezahlt	Entfernung 20 – 30 min auf befestigtem und sicheren Fußweg	zu Fuß auf befestig- tem und sicheren Weg (< 20 min) zu erreichen o. bezahl- ter ÖPNV auch für Begleitperson
b. Welche Angebote für Hausaufgabenbetreuung gibt es im Heim?	weder Hausaufga- benbetreuung noch Gemeinschaftsraum verfügbar	Angebot nur an einzelnen Tagen o. kein Gemeinschaftsraum für Hausaufgaben vorhanden	ja, mindestens an vier Tagen wärend der Schulzeit, mit Gemeinschaftsraum für Hausaufgaben
c. Wie kooperiert die Verwaltung mit der Säch- sischen Bildungsagentur?	keine Kooperation zwischen Landrats- amt / Kreisfreier Stadt und Sächsi- scher Bildungs- agentur	nur vereinzelte Ko- operation zwischen Landratsamt / Kreis- freier Stadt und Sächsischer Bil- dungsagentur	gut abgestimmte Ko- operation zwischen Landratsamt/Kreis- freier Stadt und Sächsischer Bil- dungsagentur
d. Wie weit wird der Kinder- schutz durch räumliche Gegebenheiten begünstigt?	kasernenartige Unterbringung in Einzel- o. Familien- zimmern oder bau- liche Gefahren für Kinder	eigene Wohneinheit ohne eigene Küche oder Sanitäranlage	Familie lebt in eige- ner Wohneinheit und keine baulichen Gefahren
e. Wie wird mit Hinweisen auf Gefährdung des Kindeswohls – gemäß SGB VIII – umgegangen?	Hinweise auf Ver- nachlässigung o. Missbrauch	Verfahren zum Schutz der Kinder werden gerade eingeführt	Präventionsarbeit im Heim u. umge- hendes Einschalten der Behörden bei Kindeswohl- gefährdung

FAKTOREN	ROT	GELB zu beobachten	GRÜN
6. Bildungsangebote	unangemessen	zu beobachten	angemessen
a. Welche Sprachangebote gibt es für Personen, die keine schulische Ausbildung erfahren?	keine Angebote in der Unterkunft	gelegentliche Sprachangebote in der Unterkunft	regelmäßig u. verbilligt mit Unterstützung der Verwaltung o. des Betreibers in o. außerhalb der Unterkunft
b. Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der in Berufliche Schulzentren eingebunden ist?	< 10 % vermittelt	zwischen 10 und 30 % vermittelt	Bedarf identifiziert und > 30 % vermittelt
c. Werden Fahrtkosten zu Schule oder Ausbildungs- stätte subventioniert?	keine Unterstützung durch öffentliche Stellen	Eigenbeteiligung > 25 % des Taschengeldes	Eigenbeteiligung in Höhe von 25 % des Taschengeldes
7. Mitwirkungsmöglichkeiten			
a. Welche Mitgestaltungs- möglichkeiten der täglichen Abläufe im Heim gibt es?	keine Angebote von Aktivitäten inner- oder außerhalb der Gemeinschaftsun- terkunft; keine Ein- beziehung beim Reinigen oder Waschen	vereinzelt und unregelmäßig Austausch zu Aktivitäten und zur Mitwirkung bei Heimabläufen	regelmäßiger Austausch zu Aktivitäten außer- u. innerhalb der Unterkunft; Regelmäßiges Einbeziehen bei den Abläufen in der Unterkunft (z.B. Waschen, Reinigen der gemeinsam genutzten Räume, Außenanlagen)
b. Gibt es einen aktiven Heimbeirat?	kein aktiver Heimbeirat	Heimbeirat ange- dacht aber noch nicht aktiv	es existiert ein aktiver Heimbeirat
c. In welcher Form werden die Mittel zum Bestreiten des Lebensunterhaltes gewährt?	Magazin	Gutscheine	Bargeld
d. Wie oft werden Arbeitsgelegenheiten nach AsylbLG angeboten?	werden nicht ange- boten oder nicht genutzt	werden nur gele- gentlich angeboten oder von < als 5 % der Bewohner genutzt	werden regelmäßig in der Gemein- schaftsunterkunft angeboten und von mindestens 5 % der Bewohner angenommen

FAKTOREN	ROT	GELB	GRÜN
0.7 17.6 4.14	unangemessen	zu beobachten	angemessen
8. Lage und Infrastruktur	-11	Committee and the	
a. In welcher Art Wohngebiet oder Umgebung befindet	abgelegen, angren- zend an Feld und	Gewerbegebiet, am Ende des Ortes	normale Wohnge- gend oder
sich das Heim?	Wald oder Ruinen	aber einbezogen	Mischgebiet
b. Wie groß ist die Entfernung zur Ausländerbehörde?	schlechter ÖPNV u. Ausländerbehörde weiter entfernt als 6 km	Ausländerbehörde ist stündlich mit ÖPNV erreichbar o. 3–6 km entfernt	Ausländerbehörde fußläufig erreichbar (3 km) o. Transport durch Betreiber ohne Kosten gewährleistet
c. Wie weit ist es zum ÖPNV?	Haltestelle > 2 km entfernt	Haltestelle zwischen 1 und 2 km entfernt	Haltestelle < 1 km entfernt
d. Wie häufig verkehrt der ÖPNV?	Schulbus 1x täglich, Rufbus o. weniger als halbtags stündlich	halbtags stündlich o. alle 2 Stunden	stündlich Verbindungen
e. Wie weit ist die nächste Migrationsberatungsstelle entfernt?	schlechter ÖPNV u. Beratung weiter entfernt als 6 km	Beratung stündlich mit ÖPNV erreichbar o. 3 – 6 km entfernt	Beratung fußläufig erreichbar (3 km)
f. Wie weit ist es zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten?	> 3 km Entfernung und ÖPNV weniger als einmal stünd- lich, keine befestig- ten Gehwege	1–3 km über befes- tigte Wege o. min- destens halbtags stündlich ÖPNV	fußläufig erreich- bar < 1 km über befestigte Wege
g. Wie wird die eigenständige Mobilität im täglichen Leben unterstützt?	selten oder nie	gelegentlich	systematisch
9. Zustand und Umfeld			
a. In welcher Art Gebäude ist die Gemeinschafts- unterkunft untergebracht?	Kasernenstil, besonders großes Gebäude, dunkle Flure	große Wohnplatte oder Kasernenstil nach Männern und Frauen getrennt, o. kleinere Kaserne (bis 50)	Wohnhaus oder kleinere Wohnplatte
b. Wie ist der bauliche Zustand (innen/außen)?	abgewohnt, schad- haft, renovierungs- bedürftig	adäquat aber deut- liche Schönheits- fehler	gepflegt, gut erhal- ten, aktueller Standard
c. Wie adäquat sind die Räume ausgestattet?	vollständig abge- nutzt oder unvoll- ständig / defekt	teilweise neu u. individuell, teil- weise abgenutzt und unvollständig	funktional mit Wohnmöbeln

FAKTOREN	ROT unangemessen	GELB zu beobachten	GRÜN angemessen
d. In welchem Zustand befinden sich die Sanitäranlagen?	dreckig/infektiös, defekt, unsicher (nicht sicher ab- schließbar, oben/ unten offen)	alt, abgenutzt, aber desinfiziert und funktionsfähig, Frauen separiert, eingeschränkte Duschzeiten	sauber gehalten und funktional, jederzeit offen, sicher/abschließbar
e. Wie ist die Hygiene des Heimes im Allgemeinen einzuschätzen (Schädlinge, Schimmel etc.)?	mehrfach sichtbare Hinweise auf Schimmel oder Schädlingsbefall	keine sichtbaren Hinweise aber mehrfach erwähnte Berichte über Schädlingsbefall	keine Hinweise auf Schimmel und Schädlings- befall
10. Gesellschaftliche Einbind	ung		
a. Welche Zugangsmöglich- keiten zur Mitarbeit in Vereinen haben die Heimbewohner?	selten oder nie oder Verein ist einmal im Jahr im Heim	ja, etwa einmal im Monat oder Verein ist mehr als einmal im Jahr im Heim	ja, regelmäßig wöchentlich oder Verein ist einmal im Monat im Heim
b. Gibt es Angebote für eine Mitwirkung im Gemein- wohldienst?	selten oder nie	ja, für einen Teil der Bewohner bzw. bei Anfrage bekom- men Bewohner ge- legentlich Angebote	ja, mit den Bewoh- nern wird individu- ell das Einbringen in Gemeinwohl- dienst erörtert und dann Möglichkeiten gefunden
c. Inwieweit erhalten Heim- bewohner die Möglichkeit, bei gesellschaftlichen Projekten (z.B. "Markt der Kulturen") mitzuwirken?	nein	einmal im Jahr	ja, mehrmals im Jahr

6.5 "Besondere Bildungsberatung" für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bis 27 Jahre

Die Bildungsberatung erhalten alle Schüler. Sie versteht sich als systematische Begleitung und Beratung der Bildungslaufbahn und Unterstützung von Bildungsentscheidungen. Bei Schülern mit Migrationshintergrund geht es um eine zusätzliche Bildungsberatung, deshalb der Begriff "besondere Bildungsberatung".

Diese "besondere Bildungsberatung" wird durch die Schulaufsicht vor der Schulaufnahme durchgeführt. Sie ist die Voraussetzung für die Fortsetzung einer im Herkunftsland begonnenen Schullaufbahn auf dem ersten Bildungsweg, dient der individuellen Beratung über Bildungsmöglichkeiten und der bestmöglichen persönlichen Schullaufbahnentscheidung.

Gegebenenfalls geht es auch um die Anerkennung von Schulabschlüssen oder der bisher besuchten Schuliahre im Herkunftsland.

Über die erfolgte "besondere Bildungsberatung" wird eine Bestätigung erteilt. Die Durchführung erfolgt entweder zu den offiziellen Sprechzeiten der Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur oder nach entsprechenden Vereinbarungen.

Jeder Koordinator für Migration ist dafür zuständig, diese "besondere Bildungsberatung" abzusichern. Die Information erfolgt über www.sachsen.de – Willkommen in Sachsen und vor Ort durch die Koordinatoren für Migration der Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur.

6.6

Unsere Perspektive für die Besuche und Gespräche in den Gemeinschaftsunterkünften

- Wir haben die Perspektive eines freundlichen und menschlichen Datenerfassers.
- Wir sind fair gegenüber allen, führen Kommunikation auf Augenhöhe und mit ehrlichem Interesse an den Bewohnern und der Situation im Heim.
- Im Umgang mit den Bewohnern begegnen wir ihnen als Mitmenschen und Subjekte (nicht als Objekte).
- Unser Interesse gilt der neutralen Diagnose und Erfassung des Ist-Zustandes. Eine Bewertung erfolgt erst im Nachhinein.
- 360° Blick in alle Richtungen: Wir kommen vorurteilsfrei, unvoreingenommen und mit guter Absicht.
- Wir nehmen alle Ideen der Befragten auf: Wir hören zu und schreiben das Gehörte ausführlich auf.
- Wir hinterlassen ein "Abschiedsgeschenk": Dazu gehört, dass wir die Interviewten auf ihre Chancen der Eigeninitiative hinweisen und sie ermutigen, diese auch zu ergreifen.
- Ferner nehmen wir auch ihre persönlichen Belange und Vorstellungen mit.



Notizen		
-		
-		
-		

Notizen		

Impressum

Herausgeber Der Sächsische Ausländerbeauftragte Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Postanschrift: Postfach 120705 01008 Dresden

Telefon: 0351 493 5171 Telefax: 0351 493 5474

E-Mail: saechsab@slt.sachsen.de Internet: www.offenes-sachsen.de

V.i.S.d.P. Dr. Ute Enderlein

Redaktion:

Dr. Ute Enderlein, Maria Friedrich, Prof. Dr. Martin Gillo, Markus Guffler, Hang Thanh Phung, Anke Hering, Christiane Krebs, Christiane Nevoigt und Julia Rump

Fotos: Archiv SAB, S. 120 © Julian Weber - Fotolia.com

Diese Broschüre kann kostenfrei über die Internetseite des Sächsischen Ausländerbeauftragten bestellt werden:

www.offenes-sachsen.de/Service/Publikationen

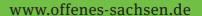
2. Auflage 2012, 1.500 Stück Titelgrafik: Alexander Atanassow

Realisierung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

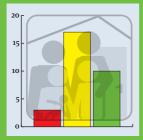
Druck: addprint AG

Die Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten sollte in die Verantwortungsbereiche des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz und der zuständigen Sozialbehörden der Landkreise bzw. Kreisfreien Städten übertragen werden.

- 2. Eine angemessene Finanzierung der Unterbringung ist die Grundlage für ein menschenwürdiges Heimleben.
- Konsequent den Weg der dezentralen Unterbringung von Familien, Alleinerziehenden und Anderen aus humanitären Gründen weitergehen.
- 4. Asylbewerber und Geduldete sollten dort untergebracht werden, wo sie ihre mitgebrachte Bildung weiterführen können.
- 5. In jedem Heim sollte qualifizierte Sozialarbeit sichergestellt werden, um damit pro-soziales Verhalten zu fördern und notwendige Unterstützung zu leisten. Dabei sollte eine Vollzeitstelle pro 100 Bewohner zur Verfügung gestellt werden.
- 6. Adäquate Sicherheit in allen Heimen gewährleisten.
- Vorsorgeuntersuchungen auf ansteckende Krankheiten sowie Betreuung von Müttern mit Kleinkindern sicherstellen.
- 8. Gesundheitsgefährdender Schimmel und Ungeziefer sind ernst zu nehmen und sollten, sobald sie entdeckt sind, effektiv beseitigt werden.
- 9. Soziale Inklusionsrechte und -pflichten sichtbar machen und Asylbewerbern/Geduldeten darin Orientierung geben.



Empfehlungen und Anregungen des Sächsischen Ausländerbeauftragten für eine menschenwürdigere Unterbringung



- 10. Deutscherwerb für alle.
- 11. In jedem Heim einen Leseraum mit deutschen Büchern und Zeitschriften einrichten und führen.
- Alphabetisierungskurse und Wege zum zweiten Bildungsweg für gering Beschulte einrichten.
- 13. Individuelle Mobilität mit gespendeten Fahrrädern erhöhen.
- 14. Arbeitsgelegenheiten mit Vergütung nach § 5 AsylbLG für verschiedene Tätigkeiten im Heim schaffen und unterstützen.
- Demokratie erlernen durch Einbindung in Heim und Gesellschaft.
- 16. Gemeinnützigen Vereinen Zugang zu allen Heimen gewähren, um die gesellschaftliche Inklusion der Heimbewohner zu fördern.
- 17. Jährliche Tage der offenen Tür in allen Asylbewerberheimen.
- 18. Ermutigung zur Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften in Wohnhäusern mit Belegung zw. 50 und 100 Bewohnern.
- 19. Das Heimleben ist zur Dauerunterbringung ungeeignet. Bringen wir Menschen aus humanitären Gründen dezentral unter, wenn erkennbar wird, dass sie an den Konsequenzen des Heimlebens menschlich zu zerbrechen drohen.
- 20. Für eine mitmenschlichere Asylpolitik auf Bundesebene: Deutsche Verfahren verkürzen, beschleunigende internationale Rückführungsabkommen vereinbaren und ab 12 Monaten bis zur Abreise einen neuen Warte-Titel mit Arbeitsberechtigung und Deutschkursen gewähren.

Der Sächsische Ausländerbeauftragte

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Tel. 0351 493 5171 Fax: 0351 493 5474

saechsab@slt.sachsen.de